

# SUARA

Watch  
INDONESIA!

1/2012 | Jahrgang 21

6,50 Euro

Zeitschrift für Indonesien und Osttimor



**Kalimantan**

neuer Wein in alten Schläuchen

**Religion**

neue Konfrontationen

**Osttimor**

neuer Präsident

<b>Religion</b>	<b>Valentinstag</b> Das weltliche Leben gerät ins Visier religiöser Sittenwächter von <i>Alex Flor</i>	3
<b>Wirtschaft</b>	<b>Benzinpreiserhöhung stärkt Gewerkschaftsbewusstsein</b> von <i>Tia Mboeik</i>	8
<b>Aceh</b>	<b>Zerreißprobe für den Friedensprozess? - Acehs ›Vorwahlkrimi‹</b> von <i>Gunnar Stange</i>	11
<b>Menschenrechte</b>	<b>Gerechtigkeit sorgt für Sozialneid</b> Gericht zwingt die Niederlande zur Entschuldigung für das Massaker von Rawagede von <i>Alex Flor</i>	16
	<b>Mesuji, Lies and Video</b> von <i>Alex Flor</i>	17
<b>Entwicklung</b>	<b>Mehr als ein Armenhaus in Indonesiens Peripherie</b> Eindrücke und Betrachtungen über Nusa Tenggara Timor von <i>Timo Duile</i>	19
<b>Landrechte</b>	<b>Gewalt um Land eskaliert</b> von <i>Marianne Klute</i>	23
<b>Umwelt</b>	<b>Unvereinbare Welten - Indigene versus REDD</b> <i>Aus Katunjung und Palangkaraya</i> von <i>Anett Keller</i>	26
	<b>Lange Wege zur Freiheit - BOS wildert wieder Orang-Utans aus</b> von <i>Ulrich Holberg</i>	30
<b>Westpapua</b>	<b>In Memoriam: Papua Dialog 1999</b> von <i>Budi Hernawan</i>	33
	<b>Die Spirale der Gewalt dreht sich weiter</b> von <i>Henri Myrntinen</i>	35
<b>Gesellschaft</b>	<b>Eine internationale Bedrohung? - Drogen in Indonesien</b> von <i>Antje Mißbach</i>	37
	<b>Das Phänomen BlackBerry</b> Symbol für kulturelle Veränderung ohne Substanz von <i>Vinka Siregar</i>	39
	<b>Porno im Parlament</b> von <i>Alex Flor</i>	40
<b>Osttimor</b>	<b>Kleiner Bruder verliert, großer Bruder gewinnt</b> Präsidentenwahlen in Osttimor von <i>Henri Myrntinen</i>	41
	<b>UN-Mission sieht ihrem Ende entgegen</b> von <i>Monika Schlicher</i>	43
	Osttimor vor dem UN Menschenrechtsrat <b>»Wir müssen selbst entscheiden, ob wir Reformen oder Stagnation wollen«</b> <i>Interview mit Botschafter Joaquim da Fonseca</i> von <i>Henri Myrntinen</i>	45
	<b>Muttersprachlicher Unterricht soll Kindern das Lernen erleichtern</b> von <i>Monika Schlicher</i>	48
	<b>Armut: Allgegenwärtig und weitverbreitet</b> von <i>Monika Schlicher</i>	51
<b>Aktivitäten</b>	<b>Angesagt – aus der Arbeit von Watch Indonesia!</b> Nr. 8, November 2011 – März 2012	52
<b>Impressum</b>		56

# Valentinstag

## Das weltliche Leben gerät ins Visier religiöser Sittenwächter

von Alex Flor

Valentinstag, der »Tag der Liebenden«. Ich war zu früh. Meine Frau war noch nicht gekommen. Statt ihrer und einiger Bekannter, die ich erwartet hatte, traf ich am *Bundaran HI*, dem großen Kreisverkehr im Herzen Jakartas, auf eine gänzlich andere Versammlung. Junge Frauen, sämtlich Kopftücher tragend, und junge Männer, größtenteils in Uniformen islamischer Bildungseinrichtungen gekleidet, demonstrierten gegen einen nach ihrer Meinung die Moral verletzenden Marketingtrick. Irgendwo in einem Supermarkt in Bandung hatten sich zum Valentinstag Verkaufspackungen im Angebot befunden, die Schokolade und ein Kondom enthielten. Meine Nachfragen, ob hier möglicherweise ein Missverständnis vorliege und es sich vielmehr um Kondome mit Schokoladengeschmack

*atau kondom rasa coklat?*) freundlich lächelnd als Problem mangelnder Sprachkenntnis aufzufassen.

Ich musste an Überraschungseier in der Auslage deutscher Geschäfte denken. Verbraucherschutzinitiativen kritisieren, die Eier seien eine unzulässige Kombination von gesundheitsschädlichen Süßigkeiten mit Spielzeug, was den Konsum für Kinder erst interessant mache. Ich verstand aber auch, dass die Karies fördernde Wirkung von Schokolade nicht die Hauptsorge der hier am *Bundaran HI* Versammelten darstellte.

Kondome und deren Auswirkungen auf die Moral hin oder her, die grundsätzliche Kritik, dass der Valentinstag nicht Teil der indonesischen Kultur ist, stößt bei mir auf offene Ohren. Ebenso wie *Halloween* hat dieses Fest weder in Asien noch in Europa eine Tradition.

Doch die Globalisierung macht davor nicht halt. In meiner Jugend undenkbar, machen heute zu *Halloween* als Monster verkleidete Kinder auch in Berlin-Kreuzberg die Runde, klingeln an unserem Büro und drohen Furcht einflößend: »Süßes oder Saures!«

Wen wundert es, wenn findige Unternehmen auch in Indonesien versuchen, auf diesen Trend aufzuspringen? In der Adventszeit sitzen an den Kassen indonesischer Supermärkte Kassiererinnen mit Nikolausmütze – von einigen ganz offenbar vorübergehend als Ersatz für das islamische Kopftuch getragen. Aber die Kommerzialisierung von Weihnachten genügt nicht mehr. Ungeachtet der routinhaften Kritik seitens der Kirchen, notorischer Antikapitalisten und Konsumverweigerer sucht der Handel nach immer neuen Gelegenheiten, auch mit (religiösen) Festen zu anderen Jahreszeiten den Umsatz zu steigern. Und so werden eben zum Valentinstag Läden und Bars mit rosa Luftballons dekoriert. Entgegen der Ängste und Sorgen vieler orthodoxer Muslime hat dies rein gar nichts mit den längst in Vergessenheit ge-



Indonesien ohne FPI

Foto: Alex Flor

gehandelt haben könne, trafen auf völlige Verständnislosigkeit. Angesichts meines fremden Aussehens schienen sich die Befragten damit zu begnügen, die in flüssigem Indonesisch gestellte Frage (*»Kondom sama coklat*

ratenen christlichen Wurzeln des Tages gemein, und noch weniger steckt dahinter die Absicht, die öffentliche Moral zu untergraben und dem »freien Sex«, wie er in westlichen Ländern mutmaßlich gang und gäbe ist, Vorschub zu leisten. Für einige Eiferer, die es anders sehen wollen, genügen allerdings ein paar irgendwo aufgetauchte Packungen mit Kondomen und Schokolade als schlagender Beweis der Richtigkeit ihrer Ansichten.

## Valentin ohne FPI

Die jungen Leute, die am *Bundaran HI* demonstrierten, gehörten keineswegs zu den militanten Kräften. Dennoch war ich erleichtert, als ich sah, dass sie kurz vor 16.00 Uhr geordnet und friedlich den Platz verließen. Eine direkte Konfrontation mit der um diese Zeit angemeldeten Demo, zu der wir mit unseren Bekannten verabredet waren, hätte vielleicht doch noch zu un schönen Szenen geführt. Denn diese Versammlung trat für die genau entgegengesetzten Ziele ein: für religiöse Freiheit, Toleranz und Pluralität – und gegen radikalislamische Gruppen, die versuchen, die Gesellschaft nach ihren Vorstellungen umzukrempeln.

Eine der berühmtesten dieser Gruppen ist die FPI (*Front Pembela Islam*, Front der Verteidiger des Islam; s. SUARA Nr. 2/2010, S. 8), die zuletzt am 12. Januar von sich Reden machte, als sie zum offenen Angriff auf das Innenministerium blies. Anlass war die Forderung für ein generelles Alkoholverbot, welches auch von der islamischen Entwicklungspartei PPP und anderen Parteien

der Regierungskoalition gefordert wird. Dass sich nach zahlreichen Angriffen auf Bars, Gotteshäusern von Andersgläubigen und andere Ziele mehr die Aggressivität der FPI nun erstmals direkt gegen eine Einrichtung der Regierung entlud, hat deren milde Haltung gegenüber ihren »Brüdern« (Zitat von Staatspräsident Yudhoyono) nicht beeinträchtigt.

Weniger duldsam zeigten sich einige hundert Angehörige des indigenen Dayak-Volkes, die wenige Tage vor unserem Rendezvous am *Bundaran HI* im fernen Palangkaraya, der Provinzhauptstadt von Zentralkalimantan, den Flughafen besetzt hatten. Sie verhinderten

damit die Ankunft einer Delegation der FPI, die in Palangkaraya eine lokale Sektion ins Leben rufen wollte. »Wenn die die FPI aus Palangkaraya fern halten können, dann können wir das auch«, erklärte Vivi Widayawati, eine der KoordinatorInnen der Aktion in Jakarta.

So fand sich ein buntes Grüppchen zusammen, um gemeinsam unter dem Motto »Valentin ohne FPI« für ein weltoffenes Indonesien zu demonstrieren. Von jungen Frauen mit Kopftuch, über einen Aktivisten, der ein rosa Plüschschwein, das als »a Valentine's gift for Habib Rizieq«, den Vorsitzenden der FPI bestimmt war, wie auf einem mitgeführten Plakat zu lesen war, bis hin zu ein paar Promis wie der Tochter von Expräsident Abdurrahman Wahid und dem Regisseur Hanung Bramantyo. Letzterer setzt sich in seinen Filmen mit verschiedenen Facetten des Islam auseinander. »*Ayat-ayat cinta*« (Liebesverse) wurde 2008 zu einem der größten Kassenschlager der indonesischen Kinogeschichte. Die Geschichte des Filmhelden Fahri, einem jungen Studenten in Kairo, und seiner zwischen vier Frauen hin- und hergerissenen Gefühlswelt trieb bei der Premiere selbst Staatspräsident Yudhoyono die Tränen in die Augen. Der Film ließ den Islam in durchaus positivem Lichte erscheinen und schien nebenbei noch das Verständnis

für Polygamie zu befördern. Das Publikum war begeistert.

Auf völlig gegensätzliche Reaktionen stieß Hanungs neuester Film »?« (*tanda tanya*; Fragezeichen). Der Film wirbt für das friedliche Zusammenleben der Religionen. Die Story gipfelt darin, dass eine Muslimin zum katholischen Glauben konvertiert. Der ultra-konservative Rat der Gelehrten (*Majelis Ulama Indonesia*, MUI), der Pluralismus in einer *fatwa* 2005 als *haram*

(unrein) erklärt hatte, lief Sturm und Demonstrationen der FPI ließen nicht lange auf sich warten. Als der Sender SCTV vergangenes Jahr »?« im Fernsehen ausstrahlen wollte, demonstrierte die FPI erneut und erwirkte die Absetzung des Films aus dem Programm.

Etwa 20 Minuten nach Beginn der Aktion streute die Polizei, welche soeben noch die Schokoladenkondom-Demo eher gelangweilt beobachtet hatte, das Gerücht, die FPI sei im Anmarsch und suche möglicherweise den Konflikt. Die Polizei könne die Sicherheit der DemonstrantInnen nicht gewährleisten und fordere sie daher auf, die Versammlung aufzulösen. Noch im sel-



Demo gegen die FPI in Jakarta

Foto: Alex Flor

ben Atemzug wurden DemonstrantInnen, JournalistInnen und ZuschauerInnen gewaltlos, aber bestimmt vom Platz getrieben. Die Demo ging trotzdem weiter. Am Rande des Platzes, direkt vor dem Zugang zur Edel-Shopping Mall »Plaza Indonesia«, verharrten die 50-60 DemonstrantInnen und wiederholten lautstark ihren Slogan: »Indonesien ohne FPI!«.

### Ein Provokateur und die Rolle der Medien

Trotz der zahlreichen anwesenden Kamerateams hätte es die kleine, an den Rand gedrängte Demo wohl kaum in die Fernsehnachrichten geschafft. »Zum Glück« gab es einen Provokateur, der plötzlich inmitten der Menge eines der Transparente zu Boden riss und eine kleine Schlägerei auslöste. Der Provokateur wurde von der Polizei gefasst und dem Haftrichter vorgeführt. Wenig überraschend soll er der FPI nahe stehen, hieß es später.

Tatsächlich schreitet die Polizei gegen einzelne Gewalttäter ein, wenngleich selbige sich häufig binnen kürzester Zeit wieder auf freiem Fuß befinden. Vor weiter reichenden Schritten gegen die FPI und ihr verwandte Gruppierungen scheut die Regierung jedoch zurück. Ein von verschiedenen Seiten gefordertes Verbot ist gewiss ein fragwürdiger Schritt. Die FPI erklärt falsch, sie werde sich gegebenenfalls eben unter anderem Namen neu gründen. Vergleichbar mit der deutschen Diskussion um ein Verbot der NPD muss auch wohlüberlegt sein, ob ein Verbot tatsächlich mehr bewirkt als die Extremisten in den Untergrund zu verdrängen, wo sie ungleich schwerer zu überwachen wären.

Was in Indonesien fehlt, sind klare Ansagen aus Politik und Gesellschaft, dass solche Elemente nicht erwünscht sind. Ein paar meiner Mitstreiter scherzten: »Vielleicht ist das ja eine geheime Taktik. Früher haben wir immer darüber geklagt, dass das Bekenntnis zur Staatsdoktrin *Pancasila* obligatorische Voraussetzung zur Gründung einer neuen Organisation war. Heute haben sie uns soweit, dass wir von unseren Politikern das Bekenntnis zur *Pancasila* einfordern«. Die während der *Neuen Ordnung* unter Diktator Suharto gängige Auslegung dieser Doktrin kam einem Verbot jeglicher sektiererischer Strömungen gleich. Das Schüren von *SARA* (*suku, agama, ras, dan antar-golongan*), Konflikten zwischen Völkern, Religionen, Rassen und Klassen, war praktisch gleichbedeutend mit Subversion.

Es gibt keinen gesellschaftlichen Grundkonsens, welcher der religiösen Intoleranz in all ihren Formen entgegengetreten würde. Extremisten und Hardliner spielen gekonnt die gesamte Klaviatur der Öffentlichkeitsar-

beit und werden daran von niemandem gehindert. Während die Regierung tausende von Webseiten sperrt, die sie für pornografisch hält, ist keine Rede davon, auch islamistische Seiten ins Visier zu nehmen. Fernsehsender bieten Extremisten ein Forum, indem sie deren Sprecher zu Talkshows einladen. Am Abend des Valentinstags sah ich im Fernsehen Szenen der Demo vom Nachmittag. Live hinzu geschaltet war Munarman, der Rechtsberater der FPI und selbst aktives Mitglied der Organisation, der die Szenen kommentieren durfte. Man stelle sich vor, ein deutscher Fernsehsender würde den Vorsitzenden der NPD zu einer Anti-Nazi-demo interviewen!

### Keine Yasminrevolution in Jakarta

Wohl kaum ein Fall führt das Versagen des Staates deutlicher vor Augen als der Konflikt um die Kirche der GKI Yasmin in Bogor (s. SUARA Nr. 2/2011, S. 39). Weiterhin ignoriert Bürgermeister Diani Budiarto (*Partai Golkar*) einen letztinstanzlichen Entscheid des Obersten Gerichtshofes (*Mahkamah Agung*), nach welchem die Kirche nicht länger der Nutzung durch die Gemeinde verschlossen bleiben dürfe. Nach wie vor machen radikal-islamische Kräfte mobil, wenn die GKI-Gemeinde den Sonntagsgottesdienst auf der Straße abhalten möchte, da ihr der Zugang zu der immer noch amtlich versiegelten Kirche verwehrt ist.

Der Rechtsweg ist erschöpft, einschließlich der Möglichkeit eines Wiederaufnahmeverfahrens für den Fall, dass neue Beweismittel auftauchen sollten, nach denen die Kirchengegner seit geraumer Zeit suchen. Und ganz bestimmt können nachgeschobene Argumente wie die Begründung von Bürgermeister Diani Budiarto, nach der es in einer nach einem muslimischen Gelehrten (K.H. Abdullah bin Nun) benannten Straße keine



Demo der GKI Yasmin

Foto: Alex Flor

christliche Kirche geben dürfe, an einem letztinstanzlichen Entscheid noch etwas ändern.

Andreas Harsono von *Human Rights Watch* berichtete mir von einer Gemeinde in Kupang, Westtimor. Dort sind die Christen in der Mehrheit. In Reaktion auf die Behinderung von Kirchenbauten wie in Bogor und zahlreichen anderen Orten blockieren die Behörden dort mit ähnlich kruden Argumenten nun den Bau einer Moschee. Es steht zu befürchten, dass sich solche Fälle häufen, wenn die Regierung dem Recht nicht bald Geltung verschafft.



»Öffnet die Versiegelung unserer Kirche«

Foto: Alex Flor

Rachland Nashidik, früherer Aktivist bei den NGOs *Yayasan Pijar* und *Imparsial*, ist mittlerweile Sekretär für Menschenrechte der Regierungspartei PD (*Partai Demokrat*) von Präsident Yudhoyono. »Jetzt, wo es die regionale Autonomie gibt, kann der Präsident nicht einfach einen lokalen Regierungschef absetzen, selbst wenn dieser gegen die Verfassung verstößt«. Dies könne nur auf Antrag und Beschlussfassung des Lokalparlamentes erfolgen. »Bis heute hat keine einzige Partei im Lokalparlament die Absetzung des Bürgermeisters von Bogor beantragt«, erklärte Rachland (*Tempo Interaktif*, 22. Januar 2012). Warum weder der Präsident, noch einer seiner Minister wenigstens in deutlichen Worten diese Missachtung des Rechts anprangern, erklärt Rachland nicht. Stattdessen bemüht sich die Regierung nun um eine Vermittlungslösung. So wurde versucht, der GKI Yasmin ein Ausweichquartier schmackhaft zu machen – ein Angebot, welches die Gemeinde rigoros ablehnt.

Vergleichslösungen sind manchmal gute Lösungen. Im Interesse des Aufbaus eines Rechtsstaates müsste die Regierung allerdings deutlich machen, dass die Lösung eines Rechtsstreites in Form eines Vergleichs nur vor, keinesfalls aber nach einem Urteil erfolgen kann. Andernfalls kann man sich die Gerichte einfach sparen.

Gut ausgerüstet mit Transparenten, rot-weißen Fähnchen und anderen Utensilien waren am 26. Februar Mitglieder der GKI Yasmin aus Bogor angereist, um zum wiederholten Male vor dem Präsidentenpalast in Jakarta zu demonstrieren. Halb Demo, halb Gottesdienst verlief die Aktion ohne jegliche Zwischenfälle geordnet und absolut friedlich. Selbst der Polizei, die einfach nur professionell ihren Dienst erfüllte, wurde am Ende ein Applaus gespendet. Doch zum zweiten Mal innerhalb weniger Tage gab mir die geringe Teilnehmerzahl zu denken. Die UnterstützerInnen aus Jakarta beschränkten sich auf eine Hand voll Leute, die mir fast ohne Ausnahme namentlich bekannt waren.

Anlässlich der mittlerweile an fast jeder Straßenecke spürbaren Zunahme religiöser Intoleranz hätte ich sowohl am Valentinstag als auch vor dem Präsidentenpalast mit hunderten, wenn nicht tausenden von DemonstrantInnen gerechnet. Ich war enttäuscht, dass es im Herzen Jakartas letztlich jeweils nur doppelt bis dreimal so viele Leute waren, wie ziemlich exakt ein Jahr zuvor zu ähnlichem Anlass im fernen, bitterkalten Berlin vor der Kulisse des Brandenburger Tors (s. *SUARA* Nr. 1/2011). Ich fürchte, der Grund dafür liegt nicht in Ignoranz für das Thema, sondern im Gegenteil vielmehr in einem sehr klaren Bewusstsein über die Problematik. Sich für oder gegen tagespolitische Themen auszusprechen ist Dank der Demokratisierung des Landes heute praktisch risikofrei. Sich jedoch gegen die Religion zu positionieren erfordert Mut.

## Minderheiten und Minoritäten

Angriffe und Bedrohungen auf religiöse Minderheiten häufen sich. Fast genau ein Jahr nach dem tödlichen Angriff auf die *Ahmadiyah* in Cikeusik (s. *SUARA* Nr. 1/2011), wurde in Cipeuyeum, Westjava, eine Moschee dieser islamischen Sekte von ca. 50 Leuten angegriffen und teilweise zerstört. Es war bereits der zweite Angriff dieser Art auf dasselbe Gebäude.

Unter unsäglichen Bedingungen leben rund 100 Angehörige der *Ahmadiyah* seit nunmehr sechs Jahren in einem Flüchtlingscamp bei Mataram auf der Ferieninsel Lombok. Sie können nicht zurück nach Westlombok, von wo aus sie 2006 vertrieben wurden, denn die Randalierer machten ganze Arbeit und zerstörten ihre Häuser. Mit allerlei Ausreden verweigern die Behörden seit Jahren eine Lösung dieses Flüchtlingselends. Derweil müssen die BewohnerInnen des Camps auf die elementarsten Sozial- und Serviceleistungen wie Arztbesuche und Führerscheinverlängerungen verzichten, da sie an ihrem neuen »Wohnort« über keine gültigen Personalausweise verfügen.

Neu, aber nicht überraschend ist die Ausweitung der verfolgten religiösen Gruppen auf die Schiiten. Sie stellen im mehrheitlich sunnitischen Islam Indonesiens eine kleine Minderheit dar. Kurz vor Neujahr wurde auf der zu Ostjava gehörenden Insel Madura eine schiitische Koranschule (*pesantren*) in Brand gesteckt. Aus Angst vor weiteren Übergriffen verließen hunderte von Anwohnern fluchtartig ihre Häuser und nahmen vorübergehend Zuflucht in einem Fußballstadion. Nach wenigen Tagen wurden sie von den Behörden dazu gedrängt, in ihre Häuser zurückzukehren, wo sie neuerlichen Bedrohungen ausgesetzt waren.

Wen sollte es wundern, wenn angesichts all dessen, was im Namen der Religion verbrochen wird, manch einer sprichwörtlich vom Glauben abfällt? Doch damit entzieht sich niemand der Situation – im Gegenteil. Atheismus ist verboten. Alexander Aan aus der orthodox-muslimischen Provinz Westsumatra hat dem Glauben abgeschworen. Er bezeichnet sich als Atheist und betreibt im Internet einen Blog unter dem Namen »*Ateis Minang*«. Verschiedene Koranzitate analysierend kam er zu dem Schluss: »es gibt keinen Gott«. Als er an einem Morgen Mitte Januar an seinem Arbeitsplatz erschien, wurde er ohne Vorwarnung verprügelt, als Abtrünniger beschimpft und letztlich inhaftiert. Nun drohen ihm bis zu sechs Jahre Gefängnis wegen Blasphemie. Hardliner forderten gar die Todesstrafe für Alexander Aan.

Doch längst beschränken sich Drohungen und Gefahren nicht mehr auf religiöse Minderheiten und Ungläubige. Der organisierte Angriff auf »unislamische« Lebensstile ist in vollem Gange. Die autonome Provinz Aceh Nanggroe Darussalam, die als einzige über das Privileg einer Scharia-Rechtsprechung sowie einer eigenen Scharia-Polizei verfügt, scheint islamische Politiker in anderen Regionen immer häufiger dazu zu inspirieren, auch in ihrem Wirkungsbereich »die islamische Moral wiederherzustellen«. Es wird bis heute darüber gerätselt, was die Verwaltung in Aceh dazu bewogen haben könnte, im Dezember ein paar Dutzend Punks von einem Konzert weg in ein Umerziehungslager zu deportieren, wo sie in einem Teich baden mussten, bevor ihnen anschließend »ordentlich« die Haare geschneit wurden. Gegen welche Vorschriften der Scharia hatten diese Leute verstoßen? Nicht so wichtig, fanden einige Beamte der Stadtverwaltung von Medan, Nordsumatra, und beschlossen künftig ebenfalls energischer gegen das Punkertum vorzugehen. Als ob Medan keine dringenderen Probleme hätte!

Restriktionen und handfeste Menschenrechtsverletzungen in Zusammenhang mit schwulem, lesbischem, trans-gender, bzw. vor- und außerehelichem Sex gehören fast schon zum Alltag. Langsam, aber spürbar zieht sich die Schlinge immer enger und würgt bereits die Mitte der Gesellschaft. Ein wichtiger Grundstein wurde mit dem 2008 verabschiedeten Anti-Pornografiegesetz gelegt (s. SUARA Nr. 3/2008, S. 42). Derzeit noch Zu-

kunftsmusik, beginnen viele zu ahnen, dass der Tag, an dem Fernsehmoderatorinnen und sämtliche Frauen im öffentlichen Dienst ein Kopftuch tragen müssen, in greifbare Nähe rückt. Händchen halten oder Küsse in der Öffentlichkeit sind schon jetzt erklärtermaßen unerwünschte Gesten.

Vorläufiges Zwischenziel ist das Verbot von Miniröcken. Der in Deutschland ausgebildete Ingenieur Fauzi Bowo, derzeit Gouverneur von Jakarta, erklärte anlässlich einer Vergewaltigung im öffentlichen Nahverkehr letzten September, Frauen sollten sich eben nicht so aufreizend kleiden. Ein Aufschrei ging durch die Frauenbewegung Indonesiens. Waren die *Slut Walks*, die auch in mehreren asiatischen Städten wie Hongkong, Singapur und Seoul stattgefunden hatten, spurlos an ihm vorüber gegangen? Zwei Tage später, am 18. September 2011, erlebte dann auch Jakarta seinen ersten *Slut Walk*. Fauzi Bowo hatte sich blamiert und entschuldigte sich für seine Bemerkung.

Aus der Blamage nichts gelernt hat Parlamentspräsident Marzuki Ali. Das Hohe Haus beriet gerade über eine züchtigere Kleiderordnung. Danach gefragt, ob das möglicherweise auf ein Verbot von Miniröcken hinauslaufe, erklärte Marzuki: »Das Parlament befasst sich nicht mit Miniröcken. Aber wir wissen, dass viele Vergewaltigungen und unmoralische Handlungen passieren, weil Frauen unangemessen gekleidet sind«. Die Diskussion ist noch nicht ausgestanden, da möchte die Regierung die neue Kleiderordnung bereits auf die gesamte Nation ausdehnen. Vielleicht um endlich einmal Entschlossenheit zu zeigen, vielleicht auch nur, um von der Debatte um die Benzinpreiserhöhungen abzulenken, machte Präsident Yudhoyono den Kampf gegen die Pornografie zur Chefsache. Im März rief er eigens dazu eine *task force* ins Leben, die mit mehreren Kabinettsmitgliedern besetzt ist, darunter Religionsminister Suryadharma Ali, der auch den Vorsitz der Kommission übernimmt.

In einem Interview mit der *Jakarta Post* räumte der Minister ein, dass die Kommission noch damit beschäftigt sei, sich eine Übersicht über die Problematik zu verschaffen und einen Arbeitsplan zu erstellen. Dennoch scheint für ihn bereits klar zu sein, wo es lang geht: »Ich weiß, dass einige Teile des Landes besondere Kulturen haben, so wie Bali oder Papua. Dennoch denken wir, dass wir einige universelle Kriterien festlegen müssen, die in allen Teilen des Archipels zur Anwendung kommen. Die Aufforderung an Frauen, Röcke zu tragen, die bis übers Knie reichen, wird ein solches Kriterium sein.« (Jakarta Post, March 30, 2012)

Ob es tatsächlich jemals zu einer solchen gesetzlichen Regelung kommen wird, steht in den Sternen. Aber schon jetzt dürfen sich die Eiferer von FPI und anderen Organisationen auf sicherem Boden fühlen, wenn sie das »Recht« in die eigene Hand nehmen und zur Jagd auf Frauen mit Miniröcken blasen. Die Angst vieler IndonesierInnen ist berechtigt. ♦

# Benzinpreiserhöhung stärkt Gewerkschaftsbewusstsein

von Tia Mboeik

Aufgrund weltweit steigender Ölpreise plante die indonesische Regierung eine Kürzung der Treibstoffsubventionen. Das hätte eine Anhebung des Benzinpreises um 30% bedeutet. Die unpopuläre Maßnahme führte zu Massenprotesten. Besonders ArbeiterInnen, Gewerkschaften und StudentInnen protestierten gegen den Plan. Nachdem die Parteien PKS, *Golkar* und andere unter dem Eindruck der Proteste in einer dramatischen Parlamentsdebatte Ende März aus der Koalitionsdisziplin ausscherten, wurde das Vorhaben einstweilen verschoben.

Für ArbeiterInnen kam der Plan der Regierung, den Benzinpreis um 1.500 Rp. pro Liter auf 6.000 Rp. (0,50 €) anzuheben, wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Erst im Februar waren sie nach harten Verhandlungen und spektakulären Streikaktionen in den Genuss allgemeiner Lohnerhöhungen gekommen. Der relative Anstieg der Löhne um 10-20% mag sich nach viel anhören, aber wenn man die absoluten Zahlen betrachtet, sind die Löhne immer noch erbärmlich gering. Den mit 1.529.150 Rp. (ca. 127,- €) derzeit höchsten monatlichen Mindestlohn gibt es in der Hauptstadt Jakarta, während Bekasi, zwei Fahrstunden von Jakarta entfernt, die höchste Steigerung in einer städtischen Region erfuhr: 1,4 Mio. Rp (ca. 117,- €) sollen hier künftig bezahlt werden. Es gibt aber auch Provinzen, wo der Mindestlohn nur knapp über der Hälfte dieses Werts liegt. Die hier zugrundeliegende Annahme geringerer Lebenshaltungskosten in ländlichen Regionen ist nicht mehr gerechtfertigt, schaut man auf den miserablen Zustand der öffentlichen Infrastruktur, wie das Transportwesen oder die Energieversorgung. Wegen des begrenzten Angebotes sind die Preise viel höher als in den Städten. Sogar LehrerInnen auf dem Land, die in einem Nachbardorf unterrichten, sind wegen der hohen Transportkosten und der schlechten Infrastruktur häufig nicht in der Lage, ihrer Pflicht nachzukommen. Der Film *Laskar Pelangi*, der einige Wochen lang die indonesischen Kinokassen klingeln ließ und 2009 auch auf der Berlinale zu sehen war, gibt ein realistisches Abbild der Armutbedingungen in diesem ölreichen Land.

## Ein Ölstaat leidet unter dem Ölpreis

Seit man 1885 erstmals auf Erdöl in Nordsumatra stieß, ist das Land bis heute reich an Öl- und Gasvor-

kommen. Wenngleich Indonesien 2009 die OPEC verlassen hat, so bleibt es weiterhin ein wichtiger Akteur in der internationalen Öl- und Gasindustrie. 2004 wurde Indonesien erstmals zum Netto-Ölimporteur, gleichzeitig ist es aber der weltweit sechstgrößte Exporteur von Erdgas und der zweitgrößte von Kohle. Die Erlöse aus dem Öl- und Gassektor beliefen sich 2011 auf 31,088 Mrd. US\$ (23,4 Mrd. €) und damit weit höher als das ursprünglich gesetzte Ziel in Höhe von 26,554 Mrd. US\$ (20,0 Mrd. €). (*US Energy Information Administration; www.eia.gov/country/cab.cfm?fips=ID*)

Der *Upstream*-Bereich ist fest in der Hand von internationalen Ölgesellschaften, namentlich *Chevron*, *Total*, *Conoco Phillips*, *Exxon* und *BP*. Der mit 40% der Rohölproduktion des Landes mit Abstand größte Produzent ist *Chevron*, gefolgt vom staatlichen Energiekonzern *PT Pertamina*, der etwa 15% des Rohöls und Kondensats produziert. *Pertamina* betreibt auch fast sämtliche Raffinerien Indonesiens, wickelt die Importe von Rohöl und Ölprodukten ab und versorgt damit den heimischen Markt. Obgleich *Pertaminas* Monopol auf den Endverbrauchermarkt 2004 aufgebrochen wurde, war der Konzern bis Anfang 2010 alleiniger Vertreiber von subventioniertem Treibstoff. Laut *Oil & Gas Journal* verfügt Indonesien derzeit über eine Raffineriekapazität von knapp über 1 Mio. bpd (*Barrel pro Tag*).

Das größte Problem ist jedoch der rasant wachsende Primärenergieverbrauch. Die Steigerung um 50% innerhalb von 10 Jahren (1999 bis 2008) ist beachtlich. Auf Erdöl entfällt mit 44% (2009) der mit Abstand größte Anteil im Energiemix. An zweiter Stelle, noch vor Erdgas, steht Kohle. Der Verbrauch von Kohle hat sich innerhalb der letzten Dekade verdreifacht und trägt mit 29% (2008) zur gesamten Energieversorgung bei. Aufgrund der reichhaltigen heimischen Vorkommen plant die Regierung einen weiteren Ausbau der Kohleenergie.



Von den erneuerbaren Energien spielen lediglich Wasserkraft und Geothermie in einigen Regionen eine gewisse Rolle. Der Anteil von Solar- und Windenergie liegt trotz enormer Potenziale praktisch bei Null. Bis 2025 sollen 15% des Strombedarfs aus erneuerbaren Energien gewonnen werden. Die größte Rolle soll dabei die Geothermie spielen. Dem geschätzten Potenzial von 28 Gigawatt steht bislang jedoch nur eine Nutzung von rund 1 Gigawatt gegenüber. Bis 2014 soll die Nutzung vorwiegend durch private Betreiber auf 4 Gigawatt ausgebaut werden. (US Energy Information Administration; [www.eia.gov/country/cab.cfm?fips=ID](http://www.eia.gov/country/cab.cfm?fips=ID))



### Gewerkschaftsdemo gegen Spritpreiserhöhung

Foto: Tia Mboeik

Die seit Ende der 90er relativ konstant bei 4,7% liegenden jährlichen Zuwachsraten des Energieverbrauchs erfuhren nur 2005 eine kurze Unterbrechung, nachdem der Preis von subventioniertem Treibstoff um 29% angehoben und die Subventionen für industrielle Verbraucher gestrichen wurden. Es waren dies die frühen Versuche von Präsident Yudhoyono, die Treibstoffsubventionen schrittweise abzubauen. Diese beliefen sich 2010 auf fast 7,5 Mrd. €, was ca. 10% der Steuereinnahmen des Staates entspricht. Im Dezember 2010 bewilligte das Parlament die Streichung von Treibstoffsubventionen für alle Fahrzeuge mit Ausnahme von Motorrädern und öffentlichen Transportmitteln. Barauszahlungen an die wirtschaftlich Benachteiligten sollten die Folgen abfedern. Die ursprünglich für April 2011 im Großraum Jakarta bzw. 2013 landesweit zur Umsetzung geplante Maßnahme wurde jedoch im März 2011 auf unbestimmte Zeit verschoben, da man sich Sorgen über die Auswirkungen auf die Inflationsrate machte.

Die Subventionskürzungen sollen einen Beitrag zur Reduzierung des wachsenden Haushaltslochs leisten und einen Anreiz zur Effizienzsteigerung geben. Infolge weltweit immer höherer Ölpreise und weil die staatliche Elektrizitätsgesellschaft PT PLN ihre Kraftwerke mit nicht subventioniertem Diesel betreiben muss, ist auch eine zehnprozentige Erhöhung des Strompreises von derzeit 720 Rp./kWh auf dann 796 Rp./kWh geplant. Aber auch dieser Preis wird nicht kostendeckend sein. PLN's Erzeugungskosten liegen bei ca. 1.100

Rp./kWh. Die Differenz wird aus der Staatskasse beglichen. Selbst wenn die in Aussicht genommene Tarifierhöhung erfolgen sollte, werden die staatlichen Zuschüsse an PLN auf 96 Bio. Rp. (8,0 Mrd. €) hoch schießen, das sind über 200% mehr als die im Haushalt eingeplanten Mittel in Höhe von 44 Bio. Rp. (3,7 Mrd. €). Insgesamt könnten sich somit die Energiesubventionen in diesem Jahr auf 230,4 Bio. Rp. (19,2 Mrd. €) belaufen – 36,7% mehr als im Haushalt veranschlagt.

### Wirtschaftswachstum für die Reichen

Die gegenwärtige Wirtschaftslage Indonesiens ist keineswegs schlecht. Gute Exportergebnisse vor allem bei Primärprodukten und ein hoher Binnenkonsum sorgten 2011 für ein Wirtschaftswachstum von 6,7%. Laut einer Studie der Ratingagentur Moody's wurden 2011 20,5% mehr Investitionen realisiert als im Vorjahr.

Aber leider spiegeln sich diese positiven Zahlen kaum im Realsektor wider. Es wird deutlich, dass die wirtschaftliche Entwicklung in zunehmendem Maße ungerecht und unsozial ist. Das Einlagensicherungsinstitut LPS (*Lembaga Penjamin Simpanan*) stellte fest, dass 51% sämtlicher Bankeinlagen von nur 0,13% der Kunden gehalten werden (*Kompas*, 08.02.2012). Daraus wird ersichtlich, dass das Wirtschaftswachstum vor allem den Investoren und den reichen Besitzern des Produktionskapitals nützt. Die ADB (*Asian Development Bank*) beobachtete, dass nur 16% der Bevölkerung 60% der Gewinne aus der wirtschaftlichen Entwicklung genießen. Die Zahl der Armen wächst schnell. 2011 betrug ihre Zahl zwischen 30 bis 43 Mio. Menschen, das sind bis zu 18% der 240 Mio. Menschen zählenden Gesamtbevölkerung. Der erkennbare Trend einer wachsenden Mittelklasse, von 25% der Bevölkerung 1999 auf 43% 2009, ist aufgrund unscharfer Kriterien, welche die Trennlinie zwischen unterer Mittelklasse und den Armen definiert, ebenfalls irreführend.

Als Folge der Subventionskürzungen wollte die Regierung das Wachstumsziel auf 6,5% reduzieren. Auch andere makroökonomische Indices sollten einer Korrektur unterliegen. Die angepeilte Inflationsrate von 5,3% wurde auf ein Maximum von 7% gesetzt. Es scheint, als ob die Regierung sich auf einiges gefasst machte. Die Beamtenbezüge wurden bereits um 10% angehoben.

Auch die bereits im Dezember 2010 geplanten Barauszahlungen an die Bedürftigsten wurden nach oben korrigiert. Über einen Zeitraum von neun Monaten sollen die 18,5 Mio. berechtigten Familien (ca. 74 Mio. Menschen) je 150.000 Rp. Unterstützung erhalten. Bei einem durchschnittlichen Vierpersonenhaushalt macht das pro Kopf 37.500 Rp. (3,12 €) im Monat – und für den Staatshaushalt zusätzliche 25 Bio. Rp. (2,1 Mrd. €) Ausgaben. Auch einige Transportunternehmen, aber nicht alle, sollen weiterhin mit staatlichen Subventionen rechnen dürfen.

Verschiedene Seiten werteten diese Maßnahmen als Imagepflege für Präsident Yudhoyonos *Partai Demokrat* (PD) im Vorfeld der 2014 anstehenden Wahlen. Die Logik dieses Arguments liegt in der Befürchtung begründet, dass einmal mehr Staat und Regierung wechselt und die Geldgaben an die Armen somit als Geschenk des Präsidenten verstanden werden. Die Bargeldunterstützungen wurden noch aus anderen Gründen kritisiert. Es wurde befürchtet, dass das schnelle Geld auf der Hand zum Konsum verleitet und somit letztlich nicht mehr für die Deckung der Grundbedürfnisse zur Verfügung stünde. Den Armen wäre damit nicht geholfen.

Bevölkerungstatistisch gesehen berücksichtigte die Regierung allerdings nur einen geringen Teil des Volkes: 74 Mio. Arme und rund 2,5 Mio Beamte. Was ist mit den übrigen mehr als 160 Mio. Menschen?

### Wut und Frust wegen steigender Preise

Letztlich wäre die große Bevölkerungsmehrheit von dem Preisanstieg am stärksten betroffen. Von insgesamt 119,4 Mio. Beschäftigten arbeiten 70% im informellen Sektor. Eine Preiserhöhung um 30% käme einer sozialen Zeitbombe für das Land gleich. Am 21. März demonstrierten 30.000 Beschäftigte, die den drei wichtigsten Gewerkschaftsdachverbänden angehören, verschiedene unabhängige Gewerkschaften, StudentInnen und weitere Organisationen friedlich in Jakarta. Sie fürchten, dass die Preiserhöhungen die Einkommensverbesserung aus den gerade errungenen Lohnsteigerungen mehr als zunichte machen und viele der ArbeiterInnen in die Armut treiben würden. Ohnehin genügt der Mindestlohn in keinem Fall zur Deckung der Lebenshaltungskosten.

Nach Ansicht der Gewerkschaften behindert das existierende Tarifsysteem eine Verbesserung der sozialen Gerechtigkeit und mindert die Kaufkraft der ArbeiterInnen jedes Jahr mehr. Nun kommen die Preiserhöhungen hinzu. Noch bevor die endgültige Entscheidung über die Kürzung der Treibstoffsubventionen gefallen war, begannen Geschäfte die Preise von Konsumgütern um 10% zu erhöhen. Das Gesundheitsministerium kündigte eine Steigerung der Preise von Arzneimitteln um 6-9% an und in ländlichen Regionen wurde aufgrund von Hamsterkäufen der Treibstoff knapp. Mieten stiegen um 100.000 Rp. und es ist absehbar, dass in Kürze auch die Verkehrstarife steigen.

Die Demoroute der 30.000 begann am *Bundaran HI*, führte vorbei am staatlichen Rundfunk RRI und endete vor dem Präsidentenpalast. Beim RRI angekommen drängten die DemonstrantInnen in das Gebäude und verlangten, dass ihre Forderungen übers Radio verbreitet werden. Said Iqbal, Präsident der Verbände KSPI (*Kongres Serikat Pekerja Indonesia*) und FSPMI (*Federasi Serikat Pekerja Metal Indonesia*), Andi Gani, Präsident von KSPSI (*Konfederasi Serikat Pekerja Seluruh*

*Indonesia*) und Mudhofir, Präsident von KSBI (*Konfederasi Serikat Buruh Indonesia*) verkündeten ihre Forderungen und Statements:

1. Die Regierung wird aufgefordert ihren Plan für Energiepreiserhöhungen zurückzuziehen, andernfalls drohen die ArbeiterInnen mit einem Generalstreik,
2. Die ArbeiterInnen werden sehr genau die entscheidende Sitzung des Parlaments am 27. März verfolgen,
3. Die Regierung wird aufgefordert umgehend das Sozialversicherungssystem BPJS in die Tat umzusetzen (s. SUARA Nr. 2/2011, S. 17)

Am selben Tag demonstrierten landesweit 5,7 Mio. Leute, größtenteils ArbeiterInnen und StudentInnen mit ähnlichen Forderungen in den Städten Medan, Madiun, Makassar, Gorontalo, Batam, Sidoarjo, Tangerang und anderen Orten.

Das massive Aufgebot an Sicherheitskräften machte deutlich, wie ernst die Regierung die Lage einschätzt. Tatsächlich sollte es in den folgenden Tagen mehrfach zu gewalttätigen Auseinandersetzungen kommen. Der friedliche Aufmarsch der Gewerkschaften am 21. März aber veranlasste die Parlamentsabgeordnete Rieke Diah Pitaloka von der Fraktion der PDI-P den DemonstrantInnen zu gratulieren und sie zu »Vorkämpfern des Volkes im Kampf gegen die Spritpreiserhöhungen« (*Lasakar pejuang rakyat tolak (kenaikan) BBM*) zu betiteln. Die öffentliche Klage von Präsident Yudhoyono (SBY) über Kräfte, die ihn aus dem Amt vertreiben wollen, erntete Mißfallen. Said Iqbal machte in seiner Rede deutlich, dass der Massenprotest darauf abzielt, die Regierung zum Zuhören und Überdenken ihrer Entscheidung zu bewegen. Es gehe um Menschen, die Härten erleiden und Probleme haben, ihr Überleben zu sichern. Die Proteste seien nicht gegen SBY persönlich gerichtet. ArbeiterInnen und StudentInnen im ganzen Land seien bereit, sich selbst zu verteidigen – notfalls in Form eines Generalstreiks.

Die Proteste blieben nicht ohne Wirkung. Nachdem sich die Oppositionsparteien PDI-P, *Hanura* und *Gerindra* von Anbeginn gegen die höheren Spritpreise ausgesprochen hatten, bröckelte in der abschließenden Parlamentsdebatte Ende März auch die Unterstützung der Koalitionsfraktionen. Namentlich die islamistische PKS erklärte ihren Widerstand, während *Golkar* den Beschluss vor allem wegen der geplanten Barauszahlungen scheitern ließ. Letztlich stand die *Partai Demokrat* des Präsidenten alleine da. Die Subventionskürzung fand im Parlament keine Mehrheit und die Benzinpreise bleiben bis auf weiteres stabil – ganz im Gegensatz zur gegenwärtig regierenden Koalition. ♦

Tia Mboeik ist Mitbegründerin und Vorsitzende der Betriebsgewerkschaft SP-STIFTUNG für lokale Angestellte des Indonesienbüros der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES).

# Zerreißprobe für den Friedensprozess?

## Acehs »Vorwahlkrimi«

von Gunnar Stange

Am 9. April wählte die Bevölkerung in Aceh nach mehrfacher Verschiebung der Abstimmung einen neuen Gouverneur sowie 17 neue Landräte und Bürgermeister. Das vorläufige Endergebnis deutet auf einen klaren Sieg von Zaini Abdullah, dem Kandidaten der Aceh-Partei.

Anfangs wehrte sich die Aceh-Partei, das politische Vehikel der ehemaligen Unabhängigkeitsbewegung Freies Aceh (*Gerakan Aceh Merdeka, GAM*) und mittlerweile stärkste politische Kraft in Indonesiens nordwestlichster Provinz, vehement gegen die Zulassung unabhängiger Kandidaten zu den ursprünglich für Oktober 2011 anberaumten zweiten Gouverneurs- und Landratswahlen nach dem Friedensschluss. Ziel der Partei war es, die aussichtsreiche Wiederwahl des in der Parteiführung in Ungnade gefallenen amtierenden Gouverneurs Irwandi Yusuf zu verhindern und die eigenen Kandidaten Zaini Abdullah und Muzakkir Manaf in Stellung zu bringen (s. *SUARA*, Nr. 2/2011, S. 7). Nach einem bisher einzigartigen Vabanquespiel aus politischem Blockadeverhalten, intensiver politischer Lobbyarbeit in Jakarta und gezielter Gewalteskalation lenkte die Aceh-Partei schließlich ein. Sie trat bei den Wahlen vom 9. April 2012 mit eigenen Kandidaten gegen den unabhängigen Kandidaten Irwandi Yusuf an. Die gute Nachricht ist, dass die Wahlen stattfinden konnten und am Wahltag selbst ohne nennenswerte Zwischenfälle verliefen, die schlechte, dass sich im Wahlkampf zwei tief gespaltene Fraktionen der ehemaligen GAM gegenüberstanden. Irwandi Yusuf beschuldigte seine Gegner unmittelbar vor dem Wahltag des Mordes an 13 Menschen.

Der vorliegende Artikel beschäftigt sich mit den politischen Manövern und Intentionen der zwei rivalisierenden Fraktionen der GAM im Vorfeld der Gouverneurswahlen und beleuchtet die mit den Wahlen verbundenen Risiken für den weiteren Verlauf des Friedensprozesses.

### Das Ringen um parteiunabhngige Kandidaten

Acehs »Vorwahlkrimi« nahm seinen Ausgang bereits Anfang 2011 mit der Kr von Zaini Abdullah, dem ehemaligen »Außen- und Gesundheitsminister« der GAM, und Muzakkir Manaf, in Personalunion Vorsitzender

des Aceh-Übergangs-Komitees (*Komite Peralihan Aceh, KPA*), der Nachfolgeorganisation des GAM-Militärs, und der Aceh-Partei, zum offiziellen Kandidatenpaar für die Gouverneurswahlen. Allen vorherigen Lippenbekenntnissen der Parteiführung zum Trotz waren die Kandidaten nicht von der Parteibasis gewählt, sondern per Akklamation von der Parteiführung bestimmt worden.<sup>1</sup>

Dies löste eine offene Kontroverse sowohl in der Aceh-Partei als auch innerhalb des KPA aus, in deren Folge im Jahresverlauf 2011 hunderte KPA-Mitglieder, unter ihnen ranghohe Kader, die Organisation verließen, um Irwandi Yusuf zu unterstützen. Irwandi hatte seinerseits öffentlich erklärt, außer Hasan di Tiro, dem im Juni 2010 verstorbenen Gründer und Führer der GAM, keine anderen GAM-Führer anzuerkennen und selbst erneut kandidieren zu wollen. Das indonesische Verfassungsgericht hatte Ende 2007 für ganz Indonesien unabhängige Kandidaten bei Wahlen zur Exekutive auf Lokal- und Regionalebene zugelassen. Ende 2010 mahnten die obersten Verfassungshter darüber hinaus die Streichung des Paragraphen 256 des »Gesetzes zur Regierung Acehs« (*Undang-Undang Pemerintahan Aceh, UUPA*) an, da dieser die Zulassung parteiunabhngiger Kandidaten nur einmalig für die erste Wahl nach dem Friedensabkommen 2005 vorsah. Irwandi sah sich somit in der komfortablen Situation, als unabhängiger Gouverneurskandidat antreten zu können, ohne auf die Unterstützung der Aceh-Partei oder anderer nationaler Parteien, die in Aceh ein vergleichsweise geringes Whlerpotential haben, angewiesen zu sein.

Auf Initiative der Aceh-Partei verabschiedete das Regionalparlament Acehs Ende Juni 2011 ein neues Wahlgesetz (*qanun*)<sup>2</sup>, welches entgegen der genannten Bestimmungen keine unabhängigen Kandidaten für die kommenden Wahlen vorsah. Zuvor hatte die Partei das Gesetz soweit verzögert, dass die Wahlbehörde Acehs (*Komite Independen Pemilihan Aceh, KIP Aceh*) die ursprünglich für den 10. Oktober anberaumten Wahlen auf den 14. November 2011 verschieben musste. Gou-

verneur Irwandi Yusuf verweigerte seinerseits, das Gesetz zu unterschreiben und verhinderte dessen Inkrafttreten. Dennoch entschied KIP auf offizielle Weisung der nationalen Wahlbehörde (*Komisi Pemilihan Umum*, KPU), auf Grundlage des alten Wahlgesetzes aus dem Jahre 2006 mit den Wahlvorbereitungen fortzufahren. Die Aceh-Partei begriff dies ihrerseits als offenen Affront, da KIP die Wahlvorbereitungen nicht wie gesetzlich vorgesehen mit dem Regionalparlament koordiniert hatte. Die Situation schien unauflösbar und der Disput verlagerte sich in der Folge auf die höchste politische Ebene – nach Jakarta.

### Politische Manöver zwischen Banda Aceh und Jakarta

Auf Einladung des Innenministeriums trafen sich am 3. August 2011 die Führung der Aceh-Partei und Irwandi Yusuf mit Djohermansyah Djohan, dem Generaldirektor für Regionalautonomie, in Jakarta und vereinbarten, alle wahl-relevanten Aktivitäten während des Ramadans einzustellen und so die Gemüter zu beruhigen. Laut der *International Crisis Group* versprach die Aceh-Partei ein neues Wahlgesetz inklusive der Bestimmung für unabhängige Kandidaten vorzubereiten.<sup>3</sup>

Im Gegenzug soll Djohermansyah der Aceh-Partei zugesichert haben, dass es zukünftig keine weiteren Veränderungen am UUPA geben würde – ein Versprechen, mit dem er seine Kompetenzen weit überschritt. KIP verlegte aufgrund der einmonatigen Wahlvorbereitungspause den Wahltermin auf den 24. Dezember 2011.

Nachdem die einmonatige Ruhephase zu keinen nennenswerten Ergebnissen geführt hatte, nahm sich Präsident Susilo Bambang Yudhoyono höchstpersönlich der Sache an. Am 27. September 2011 empfing er die gesamte Führungsebene der Aceh-Partei im Beisein von Innenminister Gumawan Fauzi, des Oberbefehlshabers der indonesischen Streitkräfte Agus Suhartono, des Polizeipräsidenten Timur Pradopo und anderer hochrangiger Kabinettsmitglieder. Zeitungsberichten zufolge versicherte der Präsident seinen Gästen, dass die Aufrechterhaltung des Friedens wichtiger sei als jede Wahl. Für die Aceh-Partei schien dies ein klares

Zeichen für einen erheblichen Verhandlungsspielraum in Jakarta zu sein.

Die Parteiführung hatte verstanden, dass sie unabhängige Kandidaten zwar nicht würde verhindern können, aber durchaus die Möglichkeit hatte, Irwandi seines strategischen Vorteils zu berauben – des Gouverneursamtes. Bei einem weiteren Treffen im Innenministerium am 31. Oktober 2011 unterzeichneten Muzakkir Manaf, Zaini Abdullah und Djohermansyah einen Dreipunktepakt, der vorsah, dass (1.) die Wahlen bis zur Verabschiedung eines neuen Wahlgesetzes verschoben werden würden, (2.) das Innenministerium einen Übergangsgouverneur einsetzen würde, falls der Wahltermin auf die Zeit nach dem Ende der Amtszeit von Irwandi am 8. Februar 2012 fiel und (3.) das Regionalparlament Acehs über die Inklusion unabhängiger Kandidaten beraten solle. Eine verbindliche Zusage für unabhängige Kandidaten machten die Emissäre indes nicht. Gleichzeitig war das Dokument bestenfalls eine Absichtserklärung, da ihm jegliche rechtliche Grundlage fehlte.

Die Aceh-Partei spielte nun auf Zeit, um die Wahlen soweit zu verzögern, bis Irwandi den Vorteil des Gouverneursamtes nicht länger für sich würde nutzen können. Im November bot sich aufgrund der Eingabe eines vorgeblichen Gouverneurskandidaten beim Verfas-

sungsgericht eine erneute Chance für die Aceh-Partei, doch noch an den Wahlen zu partizipieren. Das Verfassungsgericht sah es als erwiesen an, dass die Wahlbehörde Acehs das Abstandsgebot von 210 Tagen zwischen Wählerregistrierung und Wahltermin nicht eingehalten hatte. Am 10. November verschob KIP die Wahlen daraufhin erneut auf den 16. Februar 2012 und ließ weitere Kandidatenregistrierungen zu. Die

Aceh-Partei entschied sich jedoch für einen offenen Boykott der Wahlen. Der zeitliche Abstand von nur acht Tagen zwischen dem Ende der Amtszeit Irwandis und dem Wahltermin hätte den Vorteil des Amtsinhabers nur unwesentlich gemindert. Gleichzeitig sah sich die Partei vor dem Dilemma, keine Kandidaten registriert zu haben. Drastischere Methoden, so schien es, mussten her.



Wahlkampfposter von Zaini Abdullah und Muzakkir Manaf

## Gewalt – Das Mittel der Wahl?

Nachdem für die Aceh-Partei alle politischen Mittel, die Bedingungen zu diktieren oder die Wahlen hinauszuzögern, erschöpft waren, konnten nur noch Naturkatastrophen oder die Gefährdung der öffentlichen Sicherheit Anlass für eine neuerliche Verschiebung der Wahlen sein (Gesetze 10 und 42/2008). Vor diesem Hintergrund fällt es schwer, die Welle der Gewalt mit Todesfolge, welche Aceh ab Anfang Dezember 2011 überrollte, nicht im Zusammenhang mit der ›Wahlkampfstrategie‹ der Aceh-Partei zu sehen.

Bereits von März bis Juni 2011 war es in Aceh zu Brand- und Bombenanschlägen auf Häuser von Unterstützern Irwandis gekommen. Ein erster Höhepunkt in der sich zuspitzenden Auseinandersetzung der beiden GAM-Fraktionen war die Ermordung des KPA-Vorsitzenden des Distriktes Bireuen, Saiful Husen alias »Cagee«, Ende Juli 2011. Er war zu Beginn des Jahres 2011 aus Protest gegen die Kandidatur von Zaini Abdullah und Muzakir Manaf von seinem Amt zurückgetreten und hatte Irwandi offen unterstützt.

Am 4. Dezember 2011, dem symbolträchtigen Jahrestag der GAM-Gründung 1976 (*milad GAM*), ereignete sich die erste einer Reihe von Exekutionen einfacher javanischer Arbeiter durch bislang nicht identifizierte Täter (*oknum tak dikenal*, OTK) im Distrikt Nordaceh, einer ehemaligen Hochburg der GAM, die von der Aceh-Partei kontrolliert wird. Dabei eröffneten mehrere Männer das Feuer auf neun javanische Plantagenarbeiter eines Irwandi Yusuf nahestehenden Subunternehmers. Vier der Männer kamen ums Leben und weitere fünf wurden schwer verletzt. Die Rekonstruktion des Ablaufs offenbarte ein krudes Muster: Nachdem die Angreifer sichergestellt hatten, dass die Männer aus Java stammten, mussten sie sich auf den Boden legen und wurden rücklings erschossen. Bis in den frühen Januar 2012 kam es zu vier weiteren Vorfällen ähnlicher Art, bei denen sieben weitere javanische Arbeiter getötet wurden. Dieses Vorgehen beschwor Erinnerungen an die Ermordungen und Vertreibungen javanischer Transmigranten durch die GAM während der Konfliktjahre herauf.

Bereits im Juni 2011 hatte der Sprecher der Fraktion der Aceh-Partei im Regionalparlament, Adnan Beuransyah, erklärt, dass die Aceh-Partei für den Fall der Zulassung unabhängiger Kandidaten nicht für die öffentliche Sicherheit in der Provinz würde garantieren können. Im November 2011 sprach er in einem Interview mit der *International Crisis Group*<sup>4</sup> davon, dass, sollten unabhängige Kandidaten zu den Wahlen zugelassen werden, die Menschen in Aceh öffentlich ein Referendum beziehungsweise die Unabhängigkeit fordern würden. Obschon Adnan Beuransyah als Marktschreier und Einheber der Aceh-Partei gilt, macht dies deutlich, dass die Parteiführung bereit war, mit dem Äußersten zu drohen, um ihre Interessen durchzusetzen.

Alternative Erklärungsmodelle für die Morde sehen

deren Ursache eher in Differenzen zwischen konkurrierenden Unternehmen um knappe Aufträge beziehungsweise als tragische Äußerungen von Sozialneid gegenüber auswärtigen Arbeitskräften. Dagegen spricht zum Einen das politische Moment und zum Anderen der Umstand, dass Arbeitskräfte für den Niedriglohnsektor in Aceh nur schwer zu rekrutieren sind und daher zu meist aus anderen Gegenden Indonesiens angeworben werden. Nachdenklich muss darüber hinaus die Verlautbarung des Polizeichefs von Aceh stimmen, dass die Hintermänner der Taten der Polizei bekannt seien. Eine derartige Zurückhaltung erscheint zu einem Zeitpunkt, in dem ein Ermittlungserfolg dringend von Nöten ist, nur aus politischen Gründen plausibel.

Der jüngste Vorfall in der Reihe dieser bisher ungeklärten Attentate ereignete sich am 8. März dieses Jahres, als der Vorsitzende des Stadtparlamentes von Lhokseumawe, Saifuddin Yunus, ein Abgeordneter der Aceh-Partei, vor seinem Wohnhaus niedergeschossen wurde. Die Frage der Kleinwaffenverbreitung in Aceh ist indes zum Wahlkampfthema avanciert. Am 13. Februar äußerte Irwandi in einem Interview mit der *Jakarta Post*, dass noch 5.000 illegale Waffen in Aceh zirkulieren. Die Aceh-Partei beharrt indes darauf, während der offiziellen Entwaffnung der GAM im September 2005 alle Waffen übergeben zu haben. Dagegen spricht jedoch die in Aceh nach wie vor hohe Zahl an Gewaltverbrechen mit Schusswaffengebrauch.

---

## Kompromiss oder Pyrrhussieg?

Die Ereignisse in Aceh ließen das Innenministerium in Jakarta erneut die Initiative ergreifen. Am 12. Dezember 2011 kam es zu einer Neuauflage des Treffens vom 31. Oktober 2011. Nochmals wurde ein zwar nicht rechtskräftiger jedoch symbolisch durchaus bedeutsamer »Pakt« unterzeichnet: Die Aceh-Partei willigte nun ein, in einem zügig zu erarbeitenden Wahlgesetzentwurf unabhängige Kandidaten zu berücksichtigen. Djohermansyah versicherte im Gegenzug, dass es zukünftig keine Veränderungen am UUPA ohne Konsultation und Zustimmung durch Acehs Regionalparlament geben würde. Obgleich es weit über die Kompetenz des ranghohen Beamten hinausging, derartige Versprechen zu machen, traf er an dieser Stelle einen wichtigen Nerv bei der Aceh-Partei. Im UUPA war die Zustimmungspflicht durch Acehs Parlament für Aceh betreffende Entscheidungen der Nationalebene, wie im Friedensvertrag (*Memorandum of Understanding*, MoU) vereinbart, auf eine reine Beratungspflicht abgeschwächt worden. Dies war ein wesentlicher Grund dafür, dass die GAM-Führung das UUPA lange abgelehnt und eine vollständige Umsetzung des MoU gefordert hatte.

In den folgenden Wochen trat das Innenministerium öffentlich dafür ein, die Wahlen ein weiteres Mal zu verschieben, um eine Partizipation der Aceh-Partei zu

ermöglichen und gab damit dem Druck, welcher sich angesichts der Gewalteskalation in Aceh aufgebaut hatte, nach. Mitte Januar beantragte es beim Verfassungsgericht die Prüfung des Wahlgesetzes von 2007, um die Wahlen selbst verschieben zu können. Die Verfassungsrichter gingen zwar nicht soweit, dem stattzugeben, verlautbarten jedoch am 16. Januar 2012, dass die Kandidatenregistrierung in Aceh für eine weitere Woche wiederzueröffnen sei. Daraufhin wurden die Wahlen ein vorerst letztes Mal auf den 9. April 2012 verschoben und die Aceh-Partei hatte ihr Ziel, den Abstand zwischen dem Ende der Amtszeit Irwandis und dem Wahltermin zu maximieren, erreicht. Das Verfassungsgericht scheiterte kläglich an dem Versuch, den Schein der Gewaltenteilung in Indonesien aufrecht zu erhalten. Letztlich hatte es dem Druck aus Präsidentenpalast und Innenministerium nachgegeben.

Am 9. Februar trat schließlich der vom Innenministerium eingesetzte Interimgouverneur Tarmizi Karim, der in der letzten Hochphase des Konfliktes zwischen 1998 und 2004 Landrat (*bupati*) in Nord-Aceh gewesen war, die vorläufige Nachfolge von Irwandi Yusuf als Gouverneur an. Die Aceh-Partei registrierte am 19. Februar ihre Kandidaten Zaini Abdullah und Muzakkir Manaf. Die Straßen Banda Acehs waren in schwarz-weiß-rot, den Parteifarben, getüncht und von Auto- und Mopedkorsos geflutet. Dies war ein deutliches Zeichen des Mobilisierungspotentials der Partei und ein Vorgeschmack auf das, was für die Zeit der offenen Kampagne ab dem 22. März zu erwarten sein würde.

Am 13. Februar dieses Jahres versammelte Irwandi in der Provinzhauptstadt Banda Aceh 130 ehemalige Kombattanten der GAM aus dem Distrikt Aceh Besar, um sie auf seine Wahlkampagne einzuschwören. Von insgesamt 16 KPA-Führern auf der Distriktebene (*panglima wilayah*) sollen 14 Irwandi unterstützt haben und demzufolge durch Muzakkir Manaf ersetzt worden sein. Aufgrund der immensen Bedeutung persönlichen Charismas innerhalb der GAM-Struktur ließ dies auf ein signifikantes Mobilisierungspotential des Irwandi-Lagers schließen. Die Führung der Aceh-Partei widersprach diesen Zahlen jedoch vehement und deutete sie als politische Provokation und Propaganda.

## Aussichtsreiche Kandidaten

Obschon während seiner Amtszeit wiederholt mit Korruptionsvorwürfen konfrontiert und ineffizienter Amtsführung beschuldigt, erfreut sich Irwandi Yusuf aufgrund seiner Nahbarkeit und seines hemdsärmeligen Auftretens nach wie vor großer Beliebtheit in der Bevölkerung. Als offizieller Vertreter der GAM bei der *Aceh Monitoring Mission* (AMM), die zwischen September 2005 und Dezember 2006 die Umsetzung des MoU überwachte, hatte er sich bereits prominent für die Belange ehemaliger Kombattanten eingesetzt. Während seiner Amtszeit als Gouverneur erwarb er sich zu-

dem den Ruf des Wohltäters armer Bevölkerungsschichten, als er im Juni 2010 per Dekret eine kostenlose »Krankenversicherung« für ganz Aceh (*Jaminan Kesehatan Aceh*)<sup>5</sup> einführte, deren Verabschiedung die Aceh-Partei im Regionalparlament verzögert hatte.

Irwandi trat aufgrund persönlicher Differenzen nicht erneut mit seinem ehemaligen Vize Muhammad Nazar an, der sich nun als Gouverneurskandidat der *Partai Demokrat*, der Partei von Staatspräsident SBY, empfahl. Dies sehr zum Ärger der Aceh-Partei, die 2009 bei den Präsidentschaftswahlen dafür gesorgt hatte, dass SBY in Aceh 90 % der Stimmen erhielt. Irwandis neuer Partner für das Amt des Vizegouverneurs war in mehrfacher Hinsicht eine strategisch interessante Wahl. Muhyan Yunan, ehemaliger Leiter von Acehs Hoch- und Tiefbauamt, gilt als akademisch hoch dekoriertes und international ausgebildeter Technokrat, der aus der in Acehs Regionalpolitik unterrepräsentierten Region Süd- und Südwestaceh stammt, deren Stimmen dem Kandidatenpaar damit sicher schienen. Gleichzeitig ist Muhyan Vorsitzender einer Organisation für die Kinder ehemaliger Militärangehöriger (*puanawirawan*) und verfügt damit über ausgezeichnete Kontakte ins indonesische Militär. Irwandi kündigte darüber hinaus am 14. Februar dieses Jahres an, eine eigene Partei gründen zu wollen, da es die Aceh-Partei bisher versäumt habe, ihre Politik an den Bedürfnissen der Menschen auszurichten. 2008 hatte er von seinem Plan, die *Partai Independen Aceh* (Unabhängige Partei Acehs) zu gründen, noch abgesehen, um eine offene Spaltung der GAM zu verhindern. Die Parteigründung könnte dazu beitragen, weitere Unterstützer zu mobilisieren. Sie hätte das Potential, zu einer politischen Kraft anzuwachsen, mit der bei den Parlamentswahlen 2014 mit Sicherheit gerechnet werden müsste.

Die Aceh-Partei wiederum konnte seit ihrem Erdbebenrutschsieg im April 2009 kaum politische Akzente setzen. Besonders Acehs urbane Mittelschicht sieht in ihr eine feudalistische (*fedal*) Partei, die weder mit Sachkompetenz aufzuwarten hat, noch Dialogbereitschaft demonstriert und einen autokratischen Führungsstil lebt, der stark an die Zeiten der Suharto-Diktatur erinnert.<sup>6</sup>

In der Tat ist der legislative Umsetzungsprozess des UUPA auf der Regionalebene seit dem Wahlsieg der Partei 2009 ins Stocken geraten. Zuletzt gelangte ihre Fraktion im Regionalparlament weit über Acehs Grenzen hinaus zu trauriger Berühmtheit, da sie die Verabschiedung des Provinzbudgets für das Jahr 2011 aufgrund von Streitigkeiten über die Aufteilung einzelner Budgetposten um vier Monate verzögerte. Dies schwächte Acehs, in hohem Maße von öffentlichen Ausgaben und Investitionen abhängige, Wirtschaft empfindlich.

Wenn auch auf weniger subtile Weise als Irwandi Yusuf, hat sich die Aceh-Partei ebenso wie er für einen Schulterchluss mit dem indonesischen Sicherheitssektor entschieden. Das wahrscheinlich prominenteste

Mitglied des Wahlkampfteams von Zaini Abdullah und Muzakkir Manaf war der pensionierte General Sunaroko, welcher nicht nur Oberkommandierender der berühmtesten indonesischen Spezialstreitkräfte *Kopassus*, sondern auch bis Ende 2009 Oberbefehlshaber aller Streitkräfte in Aceh war. Während dieser Zeit galt er als einer der schärfsten Kritiker der Aceh-Partei. Beide Seiten schienen sich demnach auf die Kooperation und Unterstützung des Militärs verlassen zu wollen. Auch wenn es sich dabei um sehr fragwürdige Allianzen handelte, könnte es die Gefahr von Zusammenstößen zwischen Anhängern der beiden Lager mit indonesischen Sicherheitskräften – wie bei den Wahlen 2009 mehrfach geschehen – deutlich verringert haben.

## Fazit

Das vorläufig wichtigste Ergebnis von Acehs ›Vorwahlkrimi‹ ist, dass die Wahlen unter Beteiligung der Aceh-Partei stattfinden konnten. Die hohe Wahlbeteiligung lässt auf eine dementsprechende Legitimation der Wahl hoffen. Dennoch entbehrt es nicht einer düsteren Ironie, dass freie Wahlen in Aceh, die den Friedensprozess erst ermöglichten, angesichts der tiefen Spaltung der GAM zu dessen größter Bedrohung geworden waren.

Dem Vorschlag, so viele Wahlbeobachter wie möglich nach Aceh zu entsenden, wurde leider von kaum einer Seite entsprochen. Irwandi Yusuf hat Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Wahlsieges der Aceh-Partei angemeldet, der er eine wiederholte Einschüchterungskampagne gegenüber der Wählerschaft vorwirft. Sein Wahlkampfteam sammelt derzeit entsprechende Beweise und wird aller Voraussicht nach Klage beim Verfassungsgericht einreichen. Andererseits verlautbarte die indonesische Menschenrechtskommission (*Komnas HAM*), dass die Wahlen regelkonform verlaufen seien. Angesichts dieser konträren Auffassungen wäre eine Beobachtung bis zur Verkündung des amtlichen Endergebnisses Anfang Mai sinnvoll gewesen. Aufgrund der besonderen Rolle der internationalen Gemeinschaft für den Friedens- und Wiederaufbauprozess der vergangenen Jahre hätte eine internationale Wahlbeobachtungsmission, beispielsweise durch EU und ASEAN personell und finanziell ausgestattet, ein wichtiges Zeichen setzen können. Jedoch hatten weder die indonesische Regierung noch die Aceh-Partei (ganz im Gegensatz zu den Parlamentswahlen 2009) ein gesteigertes Interesse an einer solchen unabhängigen Wahlbeobachtung. Die EU hatte nur zwei Experten zur »Dokumentation« der Wahlen entsandt. Am Wahltag machten sich zudem einige Diplomaten europäischer Länder vor Ort selbst ein »Bild«. Internationale Wahlbeobachter waren darüber hinaus lediglich von dem in Bangkok ansässigen *Asian Network for Free and Fair Elections* (ANFFREL) sowie der US-amerikanischen Botschaft entsandt worden.

Mit Blick auf die Frage, ob der Friedensprozess in Aceh anlässlich der Wahlen auf dem Prüfstand steht, sind zweierlei Beobachtungen von Bedeutung. Zum Einen hat die Aceh-Partei bei aller Tragik, die ihre symbolische Machtprobe mit sich brachte, letztlich Kompromissbereitschaft bewiesen und deutlich gemacht, dass sie das politische Verfahren, dessen Regeln sie freilich wiederholt brach, einem offenen Gewaltkonflikt vorzieht. Zum Anderen war dieser Kompromiss in Bezug auf die Glaubwürdigkeit der Partei tatsächlich ein Pyrrhussieg, da sie ihrer Wählerschaft nicht nur versprochen hatte, unabhängige Kandidaten um jeden Preis verhindern zu wollen, sondern auch die ›Einmischung‹ des Verfassungsgerichtes zunächst ablehnte, diese jedoch, als es ihr zum Vorteil gereichte, letztlich willkommen geheißen hatte. All dies ist der Öffentlichkeit in Aceh nicht verborgen geblieben und könnte der Partei Warnung sein, den Bogen nach dem nun errungenen Wahlsieg nicht zu überspannen. Es bleibt zu hoffen, dass die Gewalt der letzten Monate nun ein Ende gefunden hat, Wahldispute auf dem Wege juristischer Verfahren ›ausgehandelt‹ werden und *Aceh Nangroe Darussalam* – das Land des Friedens – allen Unkenrufen zum Trotz seinem Namen Ehre machen wird. ♦

<sup>1</sup> Yahya Muadz, der Generalsekretär der Aceh-Partei, hatte dem Autoren bei verschiedenen Gesprächen im Mai 2010 in der Provinzhauptstadt Banda Aceh erklärt, dass das Kandidatenpaar für die Gouverneurswahlen durch 500 Delegierte der Aceh-Partei aus allen Sub-Distrikten (*kecamatan*) Acehs gewählt werden würde.

<sup>2</sup> Die in Aceh auf Provinz- und Distriktebene verabschiedeten Gesetze werden mit dem arabischen Wort *qanun* bezeichnet. Dies entspricht der in allen anderen Provinzen üblichen sogenannten *peraturan daerah*.

<sup>3</sup> Vgl. *International Crisis Group* (ICG) 2012: Indonesia – Averting Election Violence in Aceh. Asia Program Briefing Nr. 135. Jakarta/ Brüssel, S. 2.

<sup>4</sup> ebd., S. 4.

<sup>5</sup> Der Begriff Krankenversicherung ist im Grunde irreführend, da es sich nicht um ein Versicherungssystem, das durch Beitragszahlungen nach Äquivalenz- oder Solidaritätsgesichtspunkten organisiert ist, sondern um eine wenig nachhaltige, vollständige Subventionsleistung aus dem Provinzbudget Acehs handelt.

<sup>6</sup> Am 15. April 2011 erklärte ein ehemaliger Aktivist der islamischen Studentenorganisation FARMIDIA dem Autoren in Banda Aceh: »In der Zeit des [bewaffneten] Konflikts hatten die Händler in Banda Aceh Aufkleber des Militärs an ihren Ständen, um sich sicher zu fühlen. Heute sind es Aufkleber der Aceh-Partei.«

Gunnar Stange ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Ethnologie, Goethe-Universität Frankfurt am Main

# Gerechtigkeit sorgt für Sozialneid

## Gericht zwingt die Niederlande zur Entschuldigung für das Massaker von Rawagede

von Alex Flor

Nach 62 Jahren verurteilt ein Gericht in Den Haag die Regierung der Niederlande wegen des Massakers von Rawagede. Doch die Anerkennung des Unrechts fördert neue Konflikte um finanzielle Entschädigungen.

**E**in Ehrenfriedhof etwas außerhalb der Ortschaft erinnert an eines der düstersten Kapitel der niederländischen Kolonialherrschaft. Schlichte weiße Grabsteine Reihe in Reihe – wie einst die hier Beigesetzten in ihrer letzten schrecklichen Minute. Niederländische Soldaten hatten sie gezwungen, mit den Händen hinterm Kopf in Reihen zu jeweils zwanzig auf einem Reisfeld niederzuknien. In dieser Position verharrend wurden 431 Männer und Jungen kaltblütig erschossen, berichten Überlebende. Es waren alle männlichen Bewohner des Dorfes Rawagede, deren die Soldaten habhaft werden konnten.



**Ehrenfriedhof Rawagede**

Facebook Monumen Rawagede Karawang

Das Massaker am 9. Dezember 1947 war eine Strafaktion der königlich-niederländischen Armee, die mehr als zwei Jahre nach Ausrufung der Unabhängigkeit Indonesiens am 17. August 1945 noch immer mit allen Mitteln versuchte, die Kontrolle über ihre in den Wirren des 2. Weltkriegs abhanden gekommene Kolonie wiederherzustellen. In dem Örtchen Rawagede (heute Balongsari), zwischen Bekasi und Karawang, Westjava, gelegen, suchten sie Lukas Kustario, einen bekannten Widerständler, den sie aber nicht fanden. Die Einwoh-

nerInnen von Rawagede konnten oder wollten keine Hinweise auf den Flüchtigen geben.

Genau 62 Jahre nach dem schrecklichen Ereignis reichten einige Hinterbliebene Klage beim Bezirksgericht von Den Haag ein. Die ins hohe Alter gekommenen KlägerInnen forderten von den Niederlanden eine offizielle Anerkennung und Entschuldigung sowie finanzielle Entschädigungen. Nachdem dergleichen Forderungen zuvor des öfteren zurückgewiesen worden waren, urteilte das Gericht in Den Haag am 14. November 2011 im Sinne der KlägerInnen. Der niederländische Staat wurde schuldig gesprochen und dazu verpflichtet, den KlägerInnen Entschädigungen zu zahlen. Die indonesische Menschenrechtsorganisation *KontraS* begrüßte das Urteil. Es beweise die Unabhängigkeit der Justiz und erkläre der Verjährung schwerer Menschenrechtsverbrechen eine klare Absage, hieß es in einer Presseerklärung vom 15. November 2011: »Dies sollte Anregung sein für die Übernahme von Verantwortung und die Aufarbeitung von in Indonesien, insbesondere in der Vergangenheit, begangenen schweren Menschenrechtsverletzungen«. In ähnlichen Worten äußerte sich auch der Vorsitzende der nationalen Menschenrechtskommission (*Komnas HAM*), Idris Kasim.

»Heute gedenken wir Ihrer Familienangehörigen, die vor 64 Jahren durch niederländische Soldaten ihr Leben lassen mussten«, sagte Tjeerd de Zwaan, Botschafter der Niederlande in Indonesien, bei einer Zeremonie auf dem Ehrenfriedhof mit den vielen weißen Grabsteinen von Rawagede am 9. Dezember 2011. »Im Namen der niederländischen Regierung entschuldige ich mich für die Tragödie, die sich zugetragen hat«. Trotz dieses offiziellen Bedauerns hielten die Niederlande allerdings an einer Version der Geschichtsschreibung fest, die anstatt der von indonesischer Seite genannten 431 Opfer von Rawagede nur 150 Tote anerkennt.

20.000 € Entschädigung sprach das Gericht in Den Haag den KlägerInnen zu. Aufgrund ihres hohen Alters haben nicht alle von ihnen das Urteil noch erleben dürfen. Die ihnen zustehende Entschädigung wurde an die rechtmäßigen Erben ausbezahlt.



Muskar Warjo ist Sohn einer der mittlerweile verstorbenen Witwen, die in Den Haag geklagt hatten. Sie hatte bei dem Massaker 1947 ihren Mann und ihren Vater verloren. Mit 75 Jahren selbst bereits im fortgeschrittenen Alter, wollte Muskar das Geld aus den Niederlanden dazu verwenden, den Traum seiner Mutter zu verwirklichen: ein aus Ziegeln gebautes Haus. Es wird wohl auch sein Traum bleiben müssen.

Denn weder Muskar, noch die indonesischen Behörden – und schon gar nicht das Gericht im fernen Den Haag waren auf neuerliche Bedrohungen von Leib und Leben vorbereitet, die das Urteil hervorrufen würde. 20.000 € sind viel Geld in einem kleinen Dorf in Westjava. Die Entschädigungszahlung schürte den Sozialneid von NachbarInnen, FreundInnen und sogar Mitgliedern der eigenen Familie. »Warum soll ich keine Entschädigung bekommen? Ich habe genauso gelitten«, fragt sich Kadun bin Siot, ein damals zwölf Jahre alter Überlebender des Massakers, dem es gelungen war, sich zu verstecken. Er hat sich nicht an der Klage in Den Haag

beteiligt, aber entsprechend seines Gerechtigkeits sinnes müsste er als Opfer dennoch ein Anrecht darauf haben, von den eingeklagten Entschädigungen zu profitieren.

Muskar Warjo berichtete Hunderte von Leuten aus der Nachbarschaft hätten sich vor seinem Haus versammelt und gedroht, es niederzubrennen, sollte er nicht bereit sein, die erhaltene Entschädigung mit ihnen zu teilen. »Ich hatte keine Wahl«, sagte Muskar. Er floh in einen Außenbezirk der Hauptstadt Jakarta, wurde dort aber aufgegriffen und zur Rückkehr bewogen. Es wurde ihm versichert, die Behörden könnten für seine Sicherheit garantieren, wenn er nur ein Papier unterzeichne, in dem er sich bereit erkläre seine Entschädigung mit anderen zu teilen. Schließlich bemühte sich der Dorfbürgermeister um einen Ausgleich. Leute wie Kadun bin Siot sollten mit rund 375,- € abgefunden werden – auch das noch immer viel Geld in einem kleinen Dorf in Westjava. Aber sicher nicht genug, um Frieden einkehren zu lassen. (*Niniek Karmini, AP, 16. Januar 2012*) ♦

## Mesuji, Lies and Video

von Alex Flor

**Landkonflikte forderten Tote und Verletzte in Südsumatra und Lampung. Ein Video zeigt grausamste Szenen bis hin zu Enthauptungen. Doch seine Echtheit wird bezweifelt.**

Mitte Dezember 2011 mussten sich die Mitglieder des Ausschusses für Justiz, Menschenrechte und Sicherheit im indonesischen Parlament (*Komisi III*) ein Video der grausamsten Art anschauen. Zu sehen waren ein am Pfahl hängender Ge-köpfter und minutenlange detaillierte Aufnahmen zweier Männer, denen vor laufender Kamera mit einem Messer der Kopf vom Leib getrennt wurde. Die Parlamentarier – wie später auch Präsident Yudhoyono – zeigten sich in höchstem Maße schockiert. Eine Delegation, bestehend aus Vertretern von Menschenrechtsorganisationen, Betroffenen, Anwälten und General a.D. Saurip Kadi hatte das Video mitgebracht, um auf schwerste Menschenrechtsverletzungen in Zusammenhang mit Landrechtskonflikten zwischen lokaler Bevölkerung und kommerziellen Großplantagen aufmerksam zu machen.

Dem Ausschuss wurde von 32 Toten und zahlreichen Verletzten berichtet, die dem Konflikt in Mesuji zwischen 2008 und 2011 zum Opfer gefallen sein sollen. Doch bereits mit der Ortsangabe »Mesuji« beginnt die Verwirrung um Einzelheiten, Fakten und Verantwortlichkeiten. Denn Mesuji ist eine Region, die sich über etliche Dutzend Kilometer in alle Richtungen über die Grenze zwischen den Provinzen Südsumatra und

Lampung erstreckt. Sie ist geprägt von Großplantagen, größtenteils Ölpalmen, zu geringerem Anteil aber auch Kautschuk und andere *cash crops*.

Die über fast vier Jahre dokumentierten Menschenrechtsverletzungen machen deutlich, dass es *den* Fall Mesuji nicht gab, sondern vielmehr eine ganze Reihe von Vorfällen in der Region. Ob diese in einem Zusammenhang miteinander stehen oder es sich um eine »zufällige« Anhäufung handelt, ist derzeit noch unklar.

Nachdem der erste Schock über die gesehenen Bilder einigermaßen überwunden war, ließen die örtlichen und zeitlichen Unbestimmtheiten Fragen aufkommen: warum werden Jahre zurück liegende Menschenrechtsverletzungen erst jetzt gemeldet? Warum engagiert sich der ehemalige Reformgeneral Saurip Kadi, der als politischer Gegner des Präsidenten bekannt ist, für diese Sache? Was hat er damit tun und woher hat er seine Erkenntnisse?

Letztlich kam sogar der Verdacht auf, dass es sich bei dem Video um einen Zusammenschnitt verschiedener Fälle handeln könnte, der Szenen beinhaltet, die möglicherweise nicht in Mesuji aufgenommen wurden. Beobachter verorteten einige der brutalsten Szenen in der im Süden Thailands liegenden Unruheprovinz Pattani. Namentlich die Polizei (POLRI), die im Bericht an den

Parlamentsausschuss als Mittäter genannt wurde, gab sich viel Mühe, mit solchen Zweifeln die Aufmerksamkeit von sich selbst abzulenken.

Doch allem Anschein nach, sind die Zweifel berechtigt. Das Video ist auf *youtube* verfügbar – leider ohne jede Einschränkung für Minderjährige. Hinweise, die auf Ort oder Zeit der Aufnahmen schließen lassen, gibt es in dem knapp zehnmütigen Horrorfilm kaum. Es sind Fahrzeuge zu sehen, aber nicht deren Nummernschilder. Lediglich einige Straßen und Häuser, die irgendwo in Südostasien stehen könnten, ließen sich vielleicht mit sehr viel Zeit und etwas Glück identifizieren. Irritierend sind die deutlich vernehmbaren »*Al-lahu akbar*«-Rufe von nicht im Bild zu sehenden Zuschauern der Köpfungsszenen. Diese Rufe lassen eher auf einen islamistischen Hintergrund schließen als auf Morde in Zusammenhang mit Landrechtskonflikten. Und ganz am Ende des Films ist deutlich zu verstehen, dass Umstehende »*Pattani Merdeka!*« (malaiisch: Unabhängigkeit für Pattani!) und nicht etwa »*Petani Merdeka!*« (indonesisch: Freiheit für die Bauern!) rufen.

Über Urheber und Motive kann derzeit nur spekuliert werden. Sicher ist nur, dass die angeblich dokumentarischen Aufnahmen aus Mesuji gefälscht sind. Dennoch ist es mit diesem Video gelungen, die Aufmerksamkeit auf die dortigen Landkonflikte zu lenken. In den vergangenen Jahren gab es mindestens drei gewaltsame Zusammenstöße, die mit Toten und Verletzten endeten.

Am besten dokumentiert ist der Konflikt im Dorf Sungai Sodong, bei dem sieben Menschen getötet wurden. Das Dorf liegt im Subdistrikt Ogan Komang Ilir auf Gebiet der Provinz Südsumatra. Bereits 1997 hatten dort Anwohner mit dem Plantagenunternehmen *Sumber Wangi Alam* (SWA) ein Abkommen über die gemeinsame Landnutzung nach dem Modell *Plasma/Induk* (Kleinbauern/Großunternehmen) getroffen, dessen Bedingungen jedoch von Seiten des Unternehmens nie erfüllt wurden. Letztlich erklärte SWA das Abkommen im Jahr 2002 gar für null und nichtig. Die ursprünglichen Landbesitzer erklärten sich damit prinzipiell einverstanden, forderten aber freilich ihr Land zurück. SWA beharrte dagegen auf einem zehn Jahre währenden Nutzungsrecht und versprach den Landbesitzern dafür eine von der Firma selbst noch festzulegende monatliche Pachtgebühr zu bezahlen. Doch bis 2009 wurden weder Beteiligungen, Pachtgebühren oder Entschädigungszahlungen getätigt. Seit August 2010 gab es daher regelmäßige Landbesetzungen durch die rechtmäßigen Besitzer.

2011 spitzte sich der Konflikt weiter zu. Im April 2011 engagierte SWA eine 50 Mann zählende Schutztruppe, sogenannte *Pam Swakarsa*. Es ist unwahrscheinlich, dass diese in irgendeiner Verbindung mit den gleichnamigen Schlägertruppen stehen, die 1998/99 von sich reden machten. Letztere waren nach dem Sturz von Diktator Suharto vom Militär angeheuert wurden, um unter anderem eine entscheidende Sitzung der *Beratan-den Volksversammlung* (MPR) vor Protesten zu schüt-

zen. Doch diese Truppen haben sich längst aufgelöst. Teile von ihnen haben sich zu neuen *Gangs*, wie der islamistischen FPI, zusammengefunden und entziehen sich heute der Kontrolle der Kräfte, die sie einst ins Leben gerufen hatten. Die neuerlich Verwendung des Namens *Pam Swakarsa* für die privaten Schutztruppen in Mesuji sollte vermutlich nur dazu beitragen, sich gehörigen Respekt zu verschaffen.

Am 21. April 2011 wurden zwei der rechtmäßigen Landbesitzer aus Sungai Sodong ermordet – allem Anschein nach jedoch nicht in direktem Zusammenhang mit einer Protestaktion. Dennoch starteten in Reaktion auf diese Morde ca. 400 Leute zum Angriff auf die Firma SWA und deren *Pam Swakarsa*, von denen fünf ihr Leben lassen mussten.

Die Zahl der Todesopfer auf beiden Seiten ist unstrittig. Ein von der *Komisi III* des Parlaments entsandtes Untersuchungsteam kam zu dem Schluss, zwei der privaten Sicherheitskräfte von SWA seien enthauptet worden. Ridha Saleh von der nationalen Menschenrechtskommission (*Komnas HAM*) erklärte dagegen nach einem Besuch der Region, es habe dort keine Enthauptungen gegeben. Zwei weitere Tote habe es im November 2011 bei einem Konflikt in dem zur Provinz Lampung gehörenden Teil von Mesuji gegeben, befand das Untersuchungsteam des Parlaments. »Die beiden Opfer waren Angehörige informeller Sicherheitskräfte. Der eine von dem Ölpalmplantagenunternehmen *PT Silva Inhutani*, der andere von *PT BMSI (Barat Selatan Makmur Investindo)*«, erläuterte Aziz Syamsuddin, der Vizeobmann des Ausschusses. Anderen Angaben zufolge sollen offizielle Sicherheitskräfte – die Polizei? – hier einen Dorfbewohner erschossen haben. Im Dorf Pelita Jaya, das ebenfalls in Lampung liegt, wurde bereits am 6. November 2010 ein Dorfbewohner erschossen, der zusammen mit anderen versuchte, sich gegen eine Zwangsräumung zu wehren.

Hasyim Widhiarto von der englischsprachigen *Jakarta Post* stieß bei einer Recherche in Mesuji auf dubiose Geschäfte von Angehörigen des indigenen Volkes der *Megou Pak*. Demnach haben verschiedene Honoratioren dieses Volkes an nichts ahnende Dritte Landtitel verkauft, die rechtlich wertlos waren. Mehr als 800 Familien von Zuwandern aus Java, Bali und Lampung hätten gutgläubig solche Landtitel gekauft. Es handelte sich dabei um brach liegende Flächen, auf die die *Megou Pak* Besitzansprüche geltend machten oder zumindest so taten als ob, denn die verkauften Flächen befanden sich nach geltendem Recht bereits in Händen *PT Silva Inhutani* (*Jakarta Post*, 30.12.2011). Glaubt man der *Jakarta Post*, verstanden es die *Megou Pak*, den Konflikt auf Dritte abzuwälzen und sich selbst dabei schadlos zu halten. Es waren letztlich die betrogenen Zuwanderer, die sich in blutiger Konfrontation mit den Plantagenunternehmen wiederfanden.

So scheinen alle nur denkbaren beteiligten Seiten ihr jeweils eigenes Süppchen zu kochen. Man vermisst »die Guten« im Drehbuch dieses Krimis. ♦

# Mehr als ein Armenhaus in Indonesiens Peripherie

## Eindrücke und Betrachtungen über Nusa Tenggara Timur

von Timo Duile

Die Provinz Nusa Tenggara Timur (in Indonesien auch oft mit NTT abgekürzt), zu der neben Flores und Sumba auch der westliche Teil Timors und weitere, kleinere Inseln gehören, liegt abgelegen im Südosten Indonesiens. Diese Provinz nimmt in mancherlei Hinsicht eine Sonderstellung in Indonesien ein: Über 90% der Einwohner bekennen sich zum katholischen oder protestantischen Glauben, der jedoch fast überall mit Geistervorstellungen und Ahnenverehrung synkretistisch verbunden ist. Die Provinz hat die ausgedehntesten Trockenperioden des Landes. Von Mai bis Oktober regnet es, abgesehen von höher gelegenen Gebieten, fast gar nicht. Auf Sumba und Timor gibt es Landstriche, die nur spärlich mit Bäumen und Büschen bewachsen sind und eher an eine zentralasiatische Steppe als an Indonesien erinnern, das in den Vorstellungen vieler Menschen mit grünen Reisfeldern und Regenwald assoziiert wird. Ganz anders dagegen die grünen Landschaften in den Bergen von Flores. Schon hier zeigt sich: Es handelt sich um eine kleine, aber überaus vielfältige Provinz. Neben den Landschaftsbildern trifft dies besonders auch auf die kulturelle Vielfalt zu: Alleine auf Flores gibt es acht größere ethnische Gruppe, die sich in ihren Traditionen und Sprachen teils erheblich voneinander unterscheiden.

Allen voran ist NTT in Indonesien pauschal bekannt als ein Armenhaus in der Peripherie. In den Augen so mancher Javaner oder Balinesen sind die Menschen dort unzivilisiert, wenig gebildet und leben von der Hand in den Mund. Diese Ansichten sind mir jedenfalls immer wieder in Indonesien begegnet. Reiseführer, touristische Filme und Reiseagenturen erzählen gerne von der »Ursprünglichkeit« der Menschen dort, beschreiben Besuche als eine »Reise in die Vergangenheit« und machen die Einheimi-

schen somit zu exotischen Besuchsobjekten. Reisen mit einem Hauch von Exotik fremder Stämme und Traditionen verkaufen sich eben besser, und bei nur wenigen Tagen Aufenthalt sollen sich Einheimische und Besucher ruhig fremd bleiben. Letztere dürfen sich dann einerseits ihrer zivilisierten Herkunft versichern und gleichzeitig das Gefühl haben, einmal etwas ganz anderes und ursprüngliches kennen gelernt zu haben.

In der Entwicklungszusammenarbeit wird die Provinz immer wieder als ein Problemfall beschrieben und auch hier mangelt es nicht an Stereotypen über die Einheimischen. Tatsächlich ist NTT eine der ärmsten Provinzen des Landes. Ein Bericht des *United Nations Resident Coordinator* (UNRC) aus dem Jahre 2009 beschreibt die Situation so: 65% der Haushalte leben unterhalb der absoluten Armutsgrenze. Die Region sei gefährdet durch Hungersnöte, da die Landwirtschaft ineffizient sei und der Bildungsstand niedrig. Insgesamt weise die Bevölkerung wenig unternehmerische Fähig-



Reisfelder mit Gunung Irie im Hintergrund

Foto: Timo Duile

keiten auf. Auch die medizinische Situation ist, besonders auf dem Land, Besorgnis erregend. Beispielsweise liegt die Müttersterblichkeit in der Region mit 306 Frauen pro 10.000 Geburten weit über dem Landesdurchschnitt.

Ich möchte im Folgenden argumentieren, dass es sich einerseits wirklich um eine Provinz mit gravierenden sozialen Problemen handelt. Andererseits ist die einseitige Bezeichnung der Provinz als »Armenhaus«, die pauschal den Großteil der Menschen dort in eine passive Opferrolle drängt, deren einzige Hoffnung nationale und internationale Entwicklungsprogramme sind, anmaßend und geht an der alltäglichen Lebensrealität vieler Einwohner vorbei. Meine Eindrücke beziehe ich dabei in erster Linie aus einem Dorf auf Flores, das ich über mehrere Jahre hinweg immer wieder besucht habe, und aus mehreren Reisen in andere Teile der Provinz.

Wer auf Flores reist, braucht Zeit. Busse und Autos können nur selten schneller als 50 Stundenkilometer fahren. Die kurvigen Straßen, die oft schlechten Straßenverhältnisse und Wasserbüffel, Ziegen, Hunde und Kinder, die die Straße ebenfalls für sich beanspruchen, lassen kaum höhere Geschwindigkeiten zu. So bleibt genügend Zeit, die eindrucksvolle Landschaft zu genießen.

Von weitem sehen die grünen Berge wie unberührter Urwald aus. Und tatsächlich führen rechts und links der *Jalan Lintas Flores*, einer zweispurigen Fernstraße, die von Labuhan Bajo im Westen bis Larantuka im Osten alle wichtigen Städte der Insel miteinander verbindet, Trampelpfade in urtümlich anmutende Landschaften: steiles Gelände, Bäche, Bambuswälder und Sümpfe.

Doch der Eindruck vom Urwald täuscht, denn dieser Wald ist in Wahrheit eine extensiv genutzte Kulturlandschaft. In Stockwerkanbau gedeihen hier Ananas, Maniok und Kaffee, darüber Bananenstauden, Kakao, Mangos, Papaya, Rambutan, Avocados und Kokospalmen. Auf Feldern wachsen in Mischkulturen Mais, Kürbisse, Trockenreis und Bohnen. Lichtungen mit Reisterrassen durchbrechen den Wald. Die meisten dieser Nutzpflanzen stammen nicht aus Flores, sondern wurden von den Portugiesen und Niederländern hierher gebracht. Durch Mischkulturen und Stockwerkanbau wird das Land optimal genutzt: die verschiedenen Pflanzen mit ihren jeweils unterschiedlich ausgeformten Wurzeln stabilisieren die steilen Hänge und schützen vor Erosion. Die Brandrodung der Felder vor der Aussaat führt dem Boden durch die Asche wichtige Nährstoffe zu.

Doch meist wird nur für den Eigenbedarf angebaut. Die von den Kleinbauern geernteten Früchte finden nicht ihren Weg in den Handel, schaffen kein monetäres Einkommen und entziehen sich somit auch den Statistiken von Weltbank, UN und anderen internationalen Institutionen. Obgleich diese Bewirtschaftung nach den Maßstäben der Entwicklungsorganisationen nur ein Le-

ben »unterhalb der Armutsgrenze« zulässt, kann sie doch in aller Regel für eine ausreichende Ernährung sorgen. Auch schwankende und verkürzte Regenzeiten wie 2009 und 2011 konnten gemeistert werden, da die Mischkulturen den Boden gut bedecken und seiner Austrocknung entgegenwirken.

Anders sieht es allerdings in Teilen Sumbas und Timors aus. Hier führen längere Trockenperioden häufig zu massiven Ernteaufschlägen. Der Westen Sumbas war jedoch nicht immer eine Trockensavanne. Erst der massive Einschlag, vor allem von Sandelholz, hat das Landschaftsbild entsprechend verändert und die Wälder, die als natürliche Feuchtigkeitsspeicher mit eigenem Mikroklima fungierten, auf mickrige Reste dahinschrumpfen lassen. Eine Wiederaufforstung oder ein ertragreicher Ackerbau sind heute kaum noch möglich, da die oberen Bodenschichten längst erodiert sind.

Anstatt aber die kleinbäuerliche Landwirtschaft mit ihrem an die ökologischen Verhältnisse angepassten Anbau zu stärken, bemängelt der UN-Bericht von 2009, dass »die Provinz völlig abhängig von der Landwirtschaft ist. Circa 80% der Bevölkerung sind von der Landwirtschaft abhängig, während nur etwa 40% des Einkommens aus diesem Sektor erwirtschaftet wird«. Wie schon erwähnt, wird ein beachtlicher Teil der kleinbäuerlichen Produktion für die Selbstversorgung angebaut. Dieser Wert wird aber nicht in Einkommen gemessen, da er nicht gehandelt wird. Dennoch erfüllt er eine zentrale Funktion, indem er die Ernährung der Landbevölkerung sicher stellt.

In meinen Gesprächen mit den Menschen vor Ort über ihre Probleme, wurden mir immer wieder zwei Dinge genannt: erstens die mangelnde Gesundheitsversorgung und zweitens die Korruption. Viele haben auch in dieser abgelegenen Region mitbekommen, dass die indonesische Regierung nun das Gesetz zur allgemeinen Sozialversicherung (*Jaminan Sosial*) endlich umsetzen will. Nach den Einschätzungen meiner Gesprächspartner wird es aber noch mindestens 5 bis 10 Jahre dauern, bis sich dies auch in Flores bemerkbar machen wird. »Je weiter weg von Java, desto länger wird es dauern. Wir werden hier lange warten müssen, und wie lange wird es erst in Papua dauern?«, fragt sich ein Freund, mit dem ich an einem Sonntag nach seinem Gottesdienstbesuch über die Gesundheitsversorgung in dem Dorf spreche. »Hier gibt es nur eine Krankenschwester in der Gesundheitsstation. Wenn jemand krank wird, müssen wir in die Stadt, vielleicht so gar nach Ruteng«. Eine Fahrt nach Ruteng dauert drei Stunden. Oft greift man hier zu traditionellen Heilmitteln. Kräuter gegen eine Erkältung haben mir gut geholfen, aber auch bei einer ersten Erkrankung sind die Menschen oft auf sich selbst gestellt. In dem Kiosk im Dorf kann man Malariatabletten kaufen, leider ohne Beipackzettel, so dass kaum jemand weiß, wie viel von der Medizin im Ernstfall einzunehmen ist. Hier stellt sich die Frage, was wirklich ineffektiv ist: die kleinbäuerliche Landwirtschaft oder der indonesische Staat,

wenn es darum geht, soziale Verantwortung zu übernehmen, die seit 1945 in der indonesischen Verfassung fest geschrieben steht.

Korruption wird einerseits immer wieder als Problem benannt, aber dennoch als etwas Alltägliches hingenommen. Dies liegt daran, dass Wählerverhalten und die Arbeit in den Verwaltungen meist als Ausdruck von Loyalitäten eines Einzelnen zu bestimmten Personen und Gruppen gedeutet wird: durch die Stimmabgabe bei einer Wahl wählt man nicht ein bestimmtes politisches Programm, sondern tut seine Loyalität zu einer bestimmten Person oder deren Gruppe kund. Administrative Angelegenheiten werden oft nicht als Belange zwischen dem Staat und einer Privatperson, sondern als eine Angelegenheit zwischen zwei Privatpersonen (Beamter und Antragsteller) bzw. zwischen deren beider Gruppen betrachtet. Die Herausforderung wäre hier, durch Bildung zu vermitteln, dass staatliche Politik und Verwaltung die Aufgabe haben, für das Wohl aller zu arbeiten und nicht nur für das der jeweils eigenen Gruppe oder Familie. Das soll die wichtigen sozialen Beziehungen zwischen Großfamilien und lokalen Gruppen sowie die Stellung Einzelner zu ihren Gruppen nicht gefährden. Denn diese Loyalitäten haben auch ihr Gutes in dieser strukturschwachen Region: sie garantieren gegenseitige Hilfe, z.B., wenn größere Ausgaben für einen Krankenhausaufenthalt oder für eine Hochzeit fällig werden oder wenn bei der Ernte Arbeitskräfte nötig sind.



Traditionelles Manggarai Dorf bei Ruteng ...

Foto: Timo Duile

Es ist leicht absehbar, dass eine plötzliche Individualisierung der sozialen Beziehungen nach dem Vorbild des Westens ein riesiges Chaos auslösen würde. Das Problem ist, dass nach westlichem Verständnis unternehmerisches Handeln und individuelles Gewinnstreben eine Grundvoraussetzung für Entwicklung ist, wie das auch der Bericht des UNRC zum Ausdruck bringt. Genau dies ist aber aufgrund der gegebenen sozialen, ökonomischen und ökologischen Verhältnisse auf absehbare

Zeit nicht zu erwarten – und vielleicht auch gar nicht nötig. Stattdessen müsste genauer betrachtet werden, wo Loyalitäten gesellschaftlich von Nutzen sind und daher beibehalten werden sollten, und wo sie schaden, indem sie Machtasymmetrien, ökonomische Abhängigkeiten und Korruption verschärfen. Externe EntwicklungsexpertInnen können diese Probleme nicht ohne Einbeziehung der Betroffenen identifizieren. In erster Linie müssen die Menschen ihre Probleme selbst erkennen. EntwicklungsexpertInnen können bestenfalls einen Beitrag leisten, um die Betroffenen zu einer solchen Problemanalyse zu befähigen.

Nach all dem, was ich in zahlreichen Gesprächen in Flores und Sumba erfahren konnte, braucht es hier weniger individuelle Marketingkompetenzen oder Fähigkeiten zum unternehmerischen Handeln. Wichtig wäre in erster Linie eine Bildungsoffensive, die den Staat nicht länger als eine abstrakt-transzendente Entität erscheinen lässt, welcher die BürgerInnen mit plattem Nationalismus zu huldigen haben, sondern als eine politische Einrichtung, die dafür zu sorgen hat, dass die Lebensbedingungen aller verbessert werden.

Im genannten UN-Bericht trifft man auf manche Ungereimtheit. So wird z.B. einerseits konstatiert: »Die Bevölkerung in abgelegenen Gebieten gilt als schroff, apathisch und nicht allzu willig, Zeit zu investieren«. Dies sei sowohl Ursache als auch Folge der ökonomischen Unterentwicklung und es gelte, den »Durchbruch« zu schaffen, so dass sich sowohl an dieser angeblich entwicklungshemmenden Einstellung als auch an den wirtschaftlichen Verhältnissen etwas ändere. Andererseits wird dann aber festgestellt: »Viele Rituale sind nahezu verschwenderisch (*highly cosumptive*), z.B. werden zu bestimmten Anlässen oder zur Besiegelung eines Handels Rinder und [anderes] Vieh geschlachtet«. Was die Autoren der Studie nicht wissen und auch im Laufe ihres zweimaligen, gerade einmal je zehn Tage dauernden Besuches in NTT schwerlich in Erfahrung bringen konnten ist, dass fast alle Haushalte, auch die armen, über nicht unerhebliche Geldrücklagen verfügen. Diese werden aber in der Regel nicht zur Bank gebracht, tauchen daher in keiner Statistik auf, sondern werden für besondere Anlässe zu Hause gehortet und auch nur für diese Anlässe verwendet. Dennoch ist freilich richtig, dass diese Reserven im wirtschaftlichen Sinne »totes Kapital« darstellen, welches keinen Mehrwert erwirtschaftet, sondern im Gegenteil von beständigem Wertverfall bedroht ist.

Auch verfügen Kleinbauern oft über erhebliche Ressourcen in Form von Land, Kakao-, Kaffee- und Cashewpflanzungen oder Vieh. Wer einmal einen Bauern aus Flores beim Bestellen seines Reisfeldes, beim Ernten seines Kakaos an den steilen Berghängen, beim Verkaufen seiner Ware auf einem der lebhaften lokalen

Märkte oder bei der Pflege seines Viehs beobachtet hat, wird kaum sagen können, dass es sich hier um apathische Menschen handelt, die nicht genügend Zeit in ihre Arbeit investieren. Ganz im Gegenteil: der Arbeitstag eines Kleinbauern auf Flores beginnt spätestens um 6 Uhr früh. Wenn er auf den Markt muss, steht er sogar meist mitten in der Nacht auf. Nachmittags, wenn während der Regenzeit Gewittergüsse zu erwarten sind, ist er mit seiner Arbeit meist fertig. Dann müssen private Dinge geregelt werden und man trifft sich mit Bekannten und Familie, um das wichtige Netz der sozialen Beziehungen zu pflegen. Den Frauen fallen meist Haushaltsarbeiten zu, die ebenfalls zeit- und arbeitsintensiv sind.



... doch auch hier gibt es Satellitenschüsseln und Motorräder

Foto: Timo Duile

In der Küche, die, wie in Flores üblich, separat neben dem Haupthaus steht, halte ich mich oft auf, denn hier ist immer etwas los. Tagsüber kochen die Frauen, Abends kommen Leute aus der Nachbarschaft. Seit meinem letzten Besuch gibt es Licht und einen Fernseher, der fast jeden Abend läuft. Ein dringenderes Problem hat die Distriktregierung aber noch immer nicht in Angriff genommen: es gibt in den Häusern kein fließendes Wasser, jeden Morgen müssen viele Kanister für Trinkwasser und Toilettenspülung von einem Fluss zum Haus gekarrt werden, Frauenarbeit. »Das dringendste Problem neben der Korruption und der Gesundheitsversorgung ist die Wasserversorgung«, erzählt mir ein Freund. »Leitungen, in denen das Wasser bis zu den Häusern fließt, wie es sie in den Städten gibt und wie ich sie auf Bali überall gesehen habe, das wäre gut!« Flores ist immerhin mit zahlreichen Bächen gesegnet. Schlimmer ist es in Sumba, wo viele Bäche in der Trockenzeit versiegen. Das Wasser muss rationiert werden, die Wege zum nächsten Bach werden mitunter sehr lang.

Nach regelmäßigen Aufenthalten in dieser Provinz stehe ich unter dem Eindruck, dass die Lebensweise der Menschen dort keinesfalls irrational oder ineffektiv ist.

Ihr Leben als Bauern ist eingestellt auf die Anforderungen einer komplexen sozialen Gemeinschaft. Diese Lebensweise zunächst einmal zu verstehen und als gleichberechtigt anzuerkennen, wäre eine Grundvoraussetzung für den Dialog mit den Betroffenen. Verstehen heißt, den eigenen Blick auf ihre Probleme freizulegen und darauf aufbauend **mit** ihnen zu handeln, anstatt das Entwicklungsideal einer ihnen fremden Welt zu verordnen, welche sie in der »Peripherie« verortet.

Nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit müsste sich die notwendige Zeit nehmen, mit den Betroffenen direkt in Kontakt zu treten, und nicht nur, wie im UNRC-Bericht offensichtlich geschehen, mit einigen Bupatis (Distriktchefs) zu reden, hier und da ein paar

Fälle aufzulisten und die Probleme durch die Augen eines Entwicklungsmodells zu betrachten, das einmal mehr wirtschaftliches Wachstum als universelle Lösung aller Probleme zugrunde legt. Der UNRC-Bericht benennt an vielen Stellen richtig die dringenden Probleme der Provinz. Doch seine Schlussfolgerungen basieren auf der westlich-kapitalistischen Doktrin verstärkter Einbindung in nationale und internationale Märkte sowie der Ausbeutung von Ressourcen und touristischen Potentialen – ein Modell, welches hier und da Erfolg zu versprechen vermag, aber keinen Raum für notwendige, auf die soziale Lebenswirklichkeit der Menschen abgestimmte Alternativen lässt. ♦

**Quelle:** Bottema, Taco; Sukesu, Keppi; Seram, Simon: NTT at a crossroads. A report commissioned by UNRC to support the UNDAF Process. Der Bericht ist online abrufbar unter:

[http://www.un.or.id/documents\\_upload/publication/NTT%20at%20a%20crossroads.pdf](http://www.un.or.id/documents_upload/publication/NTT%20at%20a%20crossroads.pdf) (20.3.2012)

Auf diesen Bericht verweist auch: David, Bettina: Machtverschiebungen zwischen Indonesiens Zentrum und Peripherie. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 62. Jahrgang, 11-12/2012, S. 25-26,

<http://www.bpb.de/files/2UWAWUR.pdf>. Bettina David führt dies aber zurecht als ein Beispiel aus, dass die Stärkung der Regionalen Autonomie bisher kaum positive Impulse für eine Entwicklung peripherer Provinzen mit sich gebracht hat.

Timo Duile hat Politische Wissenschaft, Ethnologie und Philosophie studiert und ist zur Zeit Promotionsstudent der Südostasienwissenschaften an der Universität Bonn.

# Gewalt um Land eskaliert

von Marianne Klute

**Dutzende von getöteten Bauern, Hunderte verletzt und im Gefängnis: das ist das Resultat der Gewalt um Land im Jahre 2011, hauptsächlich für Ölpalmplantagen. Die Landkonflikte drohen zu eskalieren. Die Polizei steht häufig auf der Seite der Unternehmen und verschärft somit die Konflikte.**

Im Februar 2012 wurden fünf Bauern in der Provinz Riau von Schüssen getroffen, als sie sich Bulldozern des Ölpalmunternehmens *PT Mazuma Agro Indonesia* (MAI) in den Weg stellten. Fünf weitere Bürger wurden festgenommen und in Polizeigewahrsam gebracht. Mit schwerem Gerät und gesichert von Mobilbrigaden der Polizei (*Brimob*) war das Unternehmen auf Land vorgedrungen, das die Bevölkerung des Dorfes Batang Kumuh als ihr eigenes betrachtet und bewirtschaftet.

schlugen auf das Dorf, wobei Dutzende von Häusern abbrannten. 2011 zog die Bevölkerung vor Gericht, und sie gewann. Derzeit ist der Fall beim Obersten Gerichtshof anhängig. Nichtsdestotrotz hat MAI die Arbeiten auf der Plantage nicht eingestellt, und als MAI mit schwerem Gerät auf das von den Bauern beanspruchte Land drang, blockierten 200 Bauern die Weiterfahrt. Wie in so vielen der derzeit eskalierenden Konflikte heuerte auch das Unternehmen in Riau *Brimob*-Einheiten an.

## Alte und neue Konflikte

»Die Gewalt um Ölpalmplantagen und Land eskaliert seit einigen Monaten«, sagt Saurin Siagaan (s.S. 55). Auch die Nichtregierungsorganisation *Sawit Watch* und regionale Büros der Umweltorganisation *Walhi* verzeichnen seit 2008 einen Anstieg von Konflikten um Ölpalmplantagen mit einer zunehmenden Kriminalisierung der Landbevölkerung. Immer häufiger nehmen sich Bauern den Kampf um Land andernorts als Beispiel und werden aktiv. Das Resultat: 22 in Zusammenhang mit Landkonflikten ermordete Bauern allein im Jahre 2011. Die meisten Konflikte schwelen seit Jahren, manchmal seit Jahrzehnten. Andere sind neuesten Ursprungs, denn für die als wachstumsfördernd geltenden Sektoren Agroindustrie, Papier und Bergbau wird viel Land benötigt. Der aktuelle Ansturm auf Land ist sicherlich eine der Ursachen für die zu Tausenden zählenden Konflikte in Indonesien, aber warum müssen diese nun eskalieren?

Der Konflikt in Riau ist alten Ursprungs. Die Bauern von Batang Kumuh beanspruchen 5.800 Hektar, die das Unternehmen *PT Mazuma Agro Indonesia* (MAI) seit 1998 von den Behörden der Nachbarprovinz Nordsumatra gepachtet hat. Damals wurden die Bewohner von Batang Kumuh vertrieben, einige ihrer Häuser abgebrannt und ihre Gärten zerstört. Ein Jahr später erlebten die Menschen erneut das gleiche Szenario: wieder ließ PT MAI vierzig Häuser abbrennen. 2009 wurden 14 Bürger von Batang Kumuh verhaftet, von denen sechs Personen schließlich zu dreijährigen Haftstrafen verurteilt wurden. 2010 kam es wieder zu Brandan-

## Ursachen von Gewalt um Land

Dieser Fall steht exemplarisch für viele weitere. Nach Angaben des Landwirtschaftsministeriums sind allein im Ölpalmsektor mehr als 7.000 Konflikte ungelöst. Die Muster ähneln sich: immer ist ein Konflikt um Land die Ursache. Die Behörden vergeben Konzessionen an Unternehmen, ohne die Nutzung durch die Bevölkerung anzuerkennen. Die Konzessionsvergabe ist genauestens geregelt, während es keinerlei Prozeduren für die Anerkennung bestehender oder traditioneller Landrechte gibt. Viele der Konflikte sind alt und reichen bis in die 1970er und 1980er Jahre zurück, als im großen Stil Konzessionen für die ersten großen Plantagen- und Bergbauprojekte der Suharto-Ära Land vergeben wurden.

Land heißt im Falle neuer Plantagen und Minen in den meisten Fällen Wald. Auch wenn der Staat laut Verfassung Wald und Land »beherrscht«, so ist damit rechtlich noch längst nichts geregelt. Nur 12% der indonesischen Wälder haben einen rechtlich verbindlichen Status. Konflikte sind also vorprogrammiert, und aus der Sicht vieler *Stakeholder*, sowohl der Unternehmen als auch der Zivilgesellschaft, wäre eine verbindliche Regelung dringend notwendig. Unternehmen wünschen sich Sicherheit, dass die Konzession wirklich für die vereinbarte Dauer garantiert bleibt, während NGOs und die Landbevölkerung konkrete Schritte für die Einrichtung von Verfahren der Anerkennung von Nutzungsrechten oder traditionellen Landtiteln fordern.

Gängige Praxis ist – das hat sich seit der Kolonialzeit nicht wesentlich verändert – dass die relevanten Ministerien für Landwirtschaft, Bergbau und Energie sowie

Forsten ohne Kenntnisnahme der tatsächlich Nutzung großflächige Konzessionen an die Unternehmen vergeben, oft im Widerspruch zur Raumplanung. Geändert hat sich seit 1999 aber, dass heute auch jeder Landrat Konzessionen vergeben kann. Verändert hat sich auch die Dimension der Konzessionsgebiete. Es geht nicht mehr um 5.000 oder 8.000 Hektar, sondern um 100.000



### Stoppt die Gewalt gegen Bauern ... !!!

Foto: Feri Irawan

oder eine Million und mehr. Die Planung solcher Großprojekte geschieht im Eilverfahren, ohne Berücksichtigung ökologischer und sozialer Gesichtspunkte, und fordert Konflikte geradezu heraus.

Die Politik setzt allein auf makroökonomisches Wirtschaftswachstum, das heißt auf Plantagenwirtschaft und Bergbau. Aus Sicht von Ökonomen scheint dies der richtige Weg, hat doch Indonesien ein tolles Wirtschaftswachstum von etwa 7% vorzuweisen. Erkauft wird dieses aber mit Ungerechtigkeit. Gerade in den ländlichen Regionen verarmt die Bevölkerung durch die landhungrigen Großprojekte. Die soziale Kluft vergrößert sich zusehends. Auf der einen Seite fünfzehn superreichen Familien – identisch mit den Papier-, Palmöl- und Kohleproduzenten – auf der anderen Seite die Masse der Besitzlosen und Verarmten, und dazwischen die wenigen, die in irgendeiner Art und Weise vom Wirtschaftsboom profitieren. Es sei erwähnt, dass diese Zwischenschicht oftmals identisch ist mit der Gruppe derjenigen zugezogenen Transmigranten, denen es gelungen ist, größere Flächen dazuzupachten und auf diese Weise eine Existenz als Ölpalmbauer aufzubauen.

Auch wenn Landnahme im Kolonialstil, eine ungerichte Wirtschaftspolitik und mangelhafte Rechtssicherheit als Wurzeln der Konflikte identifiziert werden können, so ist doch der Anlass für den Ausbruch eines Konfliktes meist viel konkreter. Eine häufige Ursache von Wut und Enttäuschung sind die nicht eingehaltenen Versprechungen, mit denen die Unternehmen die Zustimmung der Bevölkerung erlangen wollen. Oft ist eine Art von Entschädigung vereinbart, aber nie ge-

zahlt worden, wie im Fall von Mesuji. Die Hoffnungen, am Palmölboom teilzunehmen, haben sich für die Masse der bäuerlichen Bevölkerung von Sumatra, Kalimantan, Sulawesi und Papua nicht erfüllt. Ohne Land ist ihre Existenzgrundlage vernichtet, wenn nicht andere Einkommensquellen erschlossen werden. Die aber sind rar, und so bleibt nur die Erwartung der versprochenen Kompensationszahlungen. Mal zahlen Unternehmen, mal zahlen sie nicht. Doch auch wenn sie zahlen, ist das Geld schnell verbraucht.

Gerade in Gebieten, die noch wenig Erfahrung mit industriellen Großprojekten haben, lassen die Erwartungen auf traumhaften Gewinn jede Vernunft vergessen. Im Süden Papuas, wo das MIFEE-Projekt (*Merauke Integrated Food and Energy Estate*, s. SUARA Nr. 3/2010, S. 15) trotz lokaler und internationaler Proteste weiter vorangetrieben wird, treibt die Praxis der Kompensation seltsame Blüten. In Dörfern ohne Strom besitzen die Familien jetzt plötzlich Fernsehgeräte, gekauft von dem Geld, das sie von Firmen wie *Medco* oder den Konzernen der Präsidentschaftsanwärter Prabowo und Bakrie erhalten haben.

Bald wird das Geld ausgegeben sein, die Geräte kaputt, das Land weg – und die Verzweigung groß.

### Eskalation der Landkonflikte

Jede Mine und jede Plantage wird von privaten Milizen, Polizei oder Militär gesichert. Industriespionage fürchtet man kaum, und gegen gewöhnlichen Diebstahl würde eine geringe Zahl von Wachleuten ausreichen. Es ist das Wissen um den rechtlichen Anspruch der verdrängten Bevölkerung, das Firmen dazu veranlasst, ständig in großer Zahl Sicherheitskräfte einzusetzen. Eskaliert der Konflikt, so bedeutet dies meist: noch mehr Sicherheitskräfte.

Methoden zur »Lösung« der Konflikte reichen von Einschüchterung, Erpressung und Betrug bis hin zu Mord. Eine wirksame Methode der Einschüchterung ist die der Kriminalisierung der sich widersetzenden Bevölkerung. Mag die Verhaftung von Brandstiftern und Mördern noch gerechtfertigt sein, so ist in vielen Fällen kaum nachvollziehbar, warum Tausende von Bauern in Indonesien im Gefängnis sitzen. Die Vorwürfe gegen sie reichen von Korruption (Verweigerung der Annahme von Bestechungsgeldern) über Diebstahl (von Ölpalmfrüchten auf dem als Eigentum betrachteten Land) und Hausfriedensbruch (Betreten des eigenen Landes) bis hin zur Anstiftung zur Unruhe. Häufig wird ihnen ein Verbrechen in die Schuhe geschoben, das sie nicht begangen haben.

»Die alten Konflikte wurden nie gelöst, und heute verschärfen sie sich«, sagt Saurin Siagaan, und auch



Abetnego Tarigan von *Sawit Watch* warnt, dass die aktuellen Gewalteskalationen erst der Anfang von noch mehr Gewalt um Palmöl, Papier und Gold sein werden. Die Regierung hat es versäumt, die Wurzeln der Konflikte anzupacken, und die betroffene Bevölkerung sieht keinen anderen Weg gegen den Verlust ihres Landes, als selbst zur Gewalt zu greifen. Auch das Beispiel der *Occupy*-Bewegung macht Schule, und auf einigen Plantagen steht bereits ein »Occupy«-Schild.

### Möglichkeiten der Konfliktlösung

Für den einen oder anderen Fall mag es eine Möglichkeit der Konfliktlösung geben, doch ist Vorsicht geboten, die Methode zu übertragen. Ein Beispiel, an dem *Watch Indonesia!* selbst beteiligt war, ist das des Dorfes Karang Mendapo in Jambi. Nach Protestaktionen seitens der Dorfbevölkerung, gefolgt von Einschüchterungen und Gefangennahme des Bürgermeisters Rusdi, kam es schließlich zu Verhandlungen mit dem Konzern *Sinar Mas*. Das Beispiel ist kaum übertragbar, denn die örtlichen Bedingungen sind immer wieder andere. Wichtiger wäre, die Ursachen der Konflikte grundsätzlich anzugehen.



Zutritt verboten!

Foto: Saurlin Siagaan

Versuche der Vermittlung seitens des Parlaments, staatlicher Behörden oder der Menschenrechtskommission *Komnas HAM* sind durchaus vorhanden, doch bisher ist kein Fall bekannt, in dem die Mediation zur Beilegung eines Konfliktes geführt hätte. Auch die Weltbank bzw. ihr *Compliance Advisor Ombudsman* hat in mehreren Konflikten zwischen Einwohnern von Westkalimantan und Jambi mit dem Konzern *Wilmar* vermittelt. Die Ergebnisse solcher Bemühungen beschränken sich zumeist auf Empfehlungen an die Unternehmen, Wiedergutmachung zu leisten und Kompensationen zu zahlen. Häufig lehnen die betroffenen Menschen eine solche Konfliktlösung ab, da sie meist einen

endgültigen Verzicht auf das beanspruchte Land bedeutet.

Sieht man von externen Faktoren wie der weltweit steigenden Nachfrage nach Rohstoffen und dem globalen Run auf Land einmal ab, sind viele Ursachen der Konflikte hausgemacht und könnten zum Teil im Rahmen des Systems angepackt werden, so zum Beispiel widersprüchliche Gesetze und die Praxis der Konzessionsvergabe ohne Berücksichtigung der Ökologie und der traditionellen Landnutzung. Auch kommt es, zum Teil der Dezentralisierung geschuldet, zu Konflikten zwischen Regierungsstellen auf verschiedenen Ebenen. Nicht selten überlappen sich Bergbau- und Plantagenkonzessionen, oder ein Landrat vergibt eine Konzession in einem von Jakarta zu anderen Zwecken bestimmten Gebiet, mitunter sogar in einem Naturschutzgebiet. Indonesien sollte alle Konzessionen einer Prüfung unterziehen, die Gesetze abgleichen und Instrumente zum Schutz und zur Anerkennung traditioneller Nutzung einführen.

Weiterhin braucht Indonesien eine Reform der Raumplanung, einschließlich einer Reform der Raumplanungsbehörde. Es gibt schlechthin keine landesumfassende Raumplanung, an die sich die einzelnen Behörden, Provinzen und Distrikte halten müssten. Die Raumplanungsbehörde selbst, direkt dem Präsidenten verantwortlich, hat die Aufgabe, Landnutzung auf nationaler und regionaler Ebene zu planen und zu koordinieren. Wie gut sie diese Aufgabe erledigt, sei dahingestellt, doch sie handelt zweifelsohne einseitig im Interesse von Investoren und hält sich aus Konflikten heraus. Dabei wäre die Behörde nach Ansicht einiger Politiker sehr wohl geeignet, Konflikte im Interesse der betroffenen Bevölkerung zu lösen.

Schließlich und endlich braucht Indonesien eine Entmilitarisierung des ländlichen Raums. Soldaten und *Brimob*-Polizisten um Plantagen und Minen bewirken genau das, was sie verhindern sollen. Sie werden selbst zur Ursache der Konflikte. Sie werden von den Unternehmen besoldet und handeln in deren Interesse. Wenn, wie im Falle von Batang Kumuh, ein Unternehmen der Bevölkerung Land raubt, oder wie in Sungai Beruang in Jambi ganze Dörfer dem Erdboden gleichmacht (s.S. 52), so wäre es Aufgabe der Polizei, den Räuber zu stellen. Stattdessen beteiligt sich die Polizei selbst an Zerstörung, Vertreibung und Gewalt.

»Die Polizei ist kein Freund und Helfer. Sie rückt nicht an, wenn etwas passiert. Nein, sie hat ihr Quartier direkt auf den Plantagen. Das macht die Situation so gefährlich. Und allzu leicht richtet die Polizei die Waffe auf die Bevölkerung«, sagt *Walhi*-Direktor Berry Forqan. Angesichts der vielen Verletzten und Toten im letzten Jahr fordert *Walhi*, die Mobilien Brigaden der Polizei sofort von den Ölpalmplantagen abzuziehen. »Wenn nicht, dann drohen die Konflikte weiter zu eskalieren und werden Tausende Opfer fordern.« ♦

# Unvereinbare Welten

## Indigene versus REDD

Aus Katunjung und Palangkaraya von Anett Keller

Das Volk der Dayak im indonesischen Kalimantan wird seit Jahrzehnten verdrängt. Erst kamen die Holzfirmen, dann der Bergbau, und danach die Ölpalmplantagen. Jetzt kommt REDD+. In der Suara Nr. 2/2012 (Zank und Streit bei den Dayak Ngaju) berichteten wir über über den Konflikt. Die Autorin hat sich vor Ort umgesehen und nachgefragt.

Stundenlang hat der Regen in der Nacht gepeitscht, haben Blitze den Himmel geteilt und Donner die hölzernen Pfahlbauten am Kapuas-Fluss in Zentralkalimantan erzittern lassen. Am Morgen strahlt der Himmel wieder blau. Doch der angestiegene Fluss hat die Stege verschluckt, die zu schwimmenden kleinen Holzverschlägen führen, den »Badezimmern« der Bewohner, in denen ein großes Loch in der Mitte den Abfluss darstellt.

Der 31jährige Abdul Hamid, Vater zweier Kinder, geht bis zum knietief im Wasser liegenden Steg, zieht sich bis auf die Unterhose aus und verrichtet seine Morgenwäsche. Zwei Meter weiter hat gerade das aus der zwei Stunden entfernten Kleinstadt angereiste Marktboot angelegt und bietet Reis, Obst und Gemüse an. Am Steg des Nachbarhauses sitzt ein Mädchen und wäscht Wäsche. Es gibt hier keine Brunnen, lediglich ein paar Tonnen, in denen Regenwasser aufgefangen wird, das den Bewohnern zum Trinken dient. Das Flusswasser, schmutzig braun, führt die Abwässer der weiter nördlich gelegenen Goldminen mit sich.



Abdul Hamid im Dorf Katunjung

Foto: Anett Keller

»Hautausschläge und Durchfall sind unser ständiger Begleiter«, klagt Abduls Frau, Elyana.

Alltag in Katunjung, einem Dorf am Kapuas-Fluss, in dem über mehrere Kilometer verstreut 275 Familien leben, die nur zu Wasser besucht werden können. Viele von ihnen gehören zum Volk der Dayak, den Indigenen in Kalimantan. Ihr Lebensraum wurde durch Holzfirmen, Minen und Palmölplantagen in den letzten Jahrzehnten immer mehr verringert. Hinter den Hütten von Katunjung, in denen es nur abends Strom vom Generator gibt, beginnt die Landschaft, in die die Welt in Zeiten des Klimawandels ihre Hoffnung setzt – Torfböden, mehrere Meter dick.

### Die Theorie im Praxistest

Diese Böden sind wichtige Kohlenstoffspeicher. Werden sie entwaldet, setzen sie riesige Mengen an Treibhausgasen frei. Das System REDD (*Reduced Emissions from Deforestation and Degradation; ein Modell der Weltbank*) soll Entwicklungsländern mit hoher Entwaldungsrate wirtschaftliche Anreize geben, diese zu verringern. Inzwischen wurde dem REDD noch ein Plus hinzugefügt, welches Aufforstung belohnen soll. Als Finanzierungsmechanismus ist eine Art Ablasshandel vorgesehen, bei dem Staaten oder Unternehmen, die große Luftverschmutzer sind, Zertifikate kaufen, mit deren Erlös bestehender Wald geschützt oder vernichteter Wald wieder aufgeforstet werden soll. So weit die Theorie.

In Katunjung wird die Praxis erprobt. Das Dorf liegt in der Provinz Zentralkalimantan, die von Indonesiens Präsident Susilo Bambang Yudhoyono zur Pilotprovinz für REDD+ Projekte bestimmt wurde. Eine der implementierenden Organisationen ist die australisch-indonesische *Kalimantan Forest and Climate Partnership* (KFCP), die auf einer Fläche von 120.000 Hektar REDD+ Pilotprojekte mit Mitteln von 30 Millionen aus-

tralischen Dollar (22 Millionen Euro) umsetzt. Im Rahmen von KFCP kooperieren die Organisationen WWF, Wetlands International, CARE International, BOS und die Universität von Palangkaraya.

Die Bewohner von Katunjung hatten zunächst jede Menge Hoffnung in REDD+. Hinter ihren Häusern sieht man kleine, mit Plastik überdachte Holzverschläge, die mit Setzlingen in schwarzen Plastiktüten (*Polybags*) gefüllt sind. »Wir haben sie gehegt wie unsere Kinder«, sagt die 38-jährige Neneng. »Aber wenn sie uns nicht bald Geld dafür geben, werden wir sie wohl wegwerfen.« Die Setzlinge sollen Bäume



Setzlinge

Foto: Anett Keller

werden, so der Plan von KFCP. Doch seit sie im Juli 2011 in die Plastiksäcke gepflanzt wurden, weiß keiner so recht, wohin damit. Und alle warten auf Geld. Die ersten Raten gab es im Juli und August. 300.000 Rupiah (25 Euro) hat Neneng bekommen. »Das reicht gerade mal für eine Woche Essen«, sagt die dreifache Mutter. Und dass sie mehr verdient hätte, wenn sie in der Zeit, die sie für die Setzlinge aufgewendet hat, das getan hätte, womit sie sonst ihr Leben bestreitet: Kautschuk von den Bäumen in der Nähe des Dorfes zu sammeln.

### Alter Wein in neuen Schläuchen?

Die meisten hier im Dorf leben vom Kautschuk, Fischfang, suchen Rattan für Körbe und Matten oder Bauholz für ihre Häuser und Boote. Zwar gab es auch ein paar, die Holz an Händler verkauft haben, aber im großen Stil Wald vernichtet haben andere. Katunjung liegt im Gebiet des berühmt gewordenen »Mega-Reis-Projektes«, mit dem Indonesiens ehemaliger Militärdiktator Suharto auf einer Million Hektar Fläche Reis anbauen lassen wollte. Das Roden und Abfackeln des dortigen Waldes gepaart mit durch El Niño ausgelöster extremer Hitze sorgten für die größten je bekannten Waldbrände in der Region. Und den größten je gemessenen Anstieg der globalen Treibhausmissionen.

Inzwischen haben zahlreiche Ölpalmplantagen, die auf einem Teil des Landes operieren, neue Fakten geschaffen. Diese seien das eigentliche Problem, so Abdul Hamid. Abdul arbeitet für die lokale Stiftung »Petak Danum« (YPD). Seine Organisation steht dem REDD+ Programm äußerst kritisch gegenüber. () Es sei eine Fortsetzung bereits zuvor begonnener Programme unter neuem Namen. Es negiere die Rechte der Indigenen. Und es löse die Probleme der fortschreitenden Entwaldung nicht.

### Gegen alles war ein Kraut gewachsen

»Früher fing der Wald gleich hinter dem Dorf an«, erinnert sich Nenengs Mutter, Dimas. Die 69jährige sitzt im Schneidersitz auf dem Fußboden, rollt Betelnuss und Kalk in ein Blatt ein und fängt genüsslich an zu kauen, bis ihr Mund sich rot färbt. »Damals brauchten wir keine Ärzte, wir gingen los und sammelten Wurzeln, Rinde und Samen.« Dimas ist ein wandelndes Heilpflanzenlexikon. Während sie immer wieder ihren roten Betelsaft ausspuckt, zählt sie auf, was gegen Durchfall hilft, womit postnatale Blutungen gestoppt werden und womit man Asthma behandeln kann. Sie erzählt von den großen Feuern, die den Wald schluckten, »gleich hinter der Schule fingen sie an«. Möglichst viele der Heilpflanzen sollten wieder ge-



Abdul Hamid kontrolliert Setzlinge

Foto: Anett Keller

pflanzt werden, hofft Dimas. Dann könnten sie sich Arztkosten und das Geld für teure Pharmaprodukte sparen.

Ob sich Dimas Hoffnung erfüllt, steht in den Sternen. Im Dezember 2010 wurden auf 25 Hektar Fläche im Rahmen des REDD+-Programms Baum-Setzlinge gepflanzt. »83 Prozent davon wachsen«, berichtet M. Adut, Koordinator für das Programm im Dorf, stolz. Wer sich selbst ein Bild vom Wiederaufforstungsprojekt machen will, muss mit einem kleinen Boot über Kanäle fünf Kilometer ins Hinterland fahren. Das Wasser in den durch die Torfböden gegrabenen Kanälen ist tiefschwarz, als würde man durch Kaffee schwimmen. Das Boot schwenkt von einem kleinen in einen breiteren Kanal ein. »Diese Kanäle wurden mit schwerem Gerät für das Reisprojekt ausgehoben« erklärt Abdul Hamid. Dahinter Ödnis, so weit das Auge reicht. Aus Farn und Gestrüpp ragen einzelne verkohlte Baumstämme hervor.

Ein kaum noch lesbares Schild am Kanalrand verweist auf die 25 Hektar bepflanzte Fläche. Abdul Hamid bahnt sich mühsam seinen Weg durch das kniehohe Farn. Er schaut an Dutzenden etwa einen Meter hohen Stöcken nach, die die Pflanzorte der Setzlinge markieren. Und findet nicht einmal zehn Prozent lebende Bäume. Beinahe überall stehen vertrocknete Stängel. »Das ist zum Fenster hinaus geworfenes Geld«, schimpft Hamid. »Hätten sie das Wissen der Dorfbevölkerung einbezogen, wäre das nicht passiert.«

Arben Anus ist ein *Mantir Adat*, einer derjenigen, die »das alte Wissen« verkörpern. Der 58jährige schaut auf die Liste der 34 im Rahmen des Projektes gepflanzten Baumsorten. Sieben davon würden auf Torfböden überhaupt nicht wachsen, so Arben. Bei den anderen käme es auf die Dicke der Böden an. Eine weitere Aktivität im Rahmen des KFCP-Projektes ist ebenfalls umstritten: Das Blockieren von Kanälen, die die Torflandschaft durchziehen. In der Theorie soll es dafür sorgen, dass die Böden wieder mehr Wasser speichern können. Für die Dorfbewohner sind die Kanäle aber längst zu wichtigen Transportwegen zu ihren Kautschukbäumen und Fischfanggebieten geworden. Und Experten kritisieren, dass für die Kanalblockaden erneut schweres Gerät eingesetzt wird, das mehr Schaden als Nutzen anrichtet.

---

## Die falsche Lösung für das richtige Ziel

»Indonesien als Zielland für die Verringerung von Emissionen auszuwählen ist richtig«, sagt Arie Rompas von der indonesischen Umweltschutzorganisation *Walhi*. »Aber REDD ist die falsche Lösung, weil es die Entwaldung nicht stoppt.« Zentralkalimantan umfasse 15,3 Millionen Hektar Land. Für 12,8 Millionen Hektar hätten Holz-, Bergbau- und Palmölunternehmen bereits Konzessionen bekommen. »Man müsste einfach nur

aufhören, Konzessionen zu vergeben. Oder, wenn man Waldschutz konsequent betreiben will, bestehende Konzessionen zurück ziehen.«, sagt Arie. Ein im Mai 2011 verabschiedetes Waldschutzmoratorium helfe kein bisschen, da es nur Primärwälder schütze. »Nur noch vier bis sechs Prozent sind Primärwälder.« Arie kritisiert seine Regierung: »Sie wollen alle Gelder gleichzeitig einstreichen, die Steuern der Unternehmen, die Wald vernichten und gleichzeitig die Gelder der internationalen Institutionen, die den Wald schützen wollen.« Und er kritisiert die Industriestaaten, die ihre Emissionen selbst nicht verringern wollen, aber ihre Probleme auf die Länder des Südens verlagern. »Der Wald wird einseitig definiert nach dem Nutzen für die reichen Länder.«

---

## »Denen sind die Tiere wichtiger als Menschen«

In Katunjung am Kapuas-Fluss ist ein Speedboot angekommen. Doch die damit angereiste Mitarbeiterin von KFCP sagt, dass sie mit der Reporterin nicht sprechen dürfe. Die Richtlinien besagten, dass sie dafür die Genehmigung ihres Chefs brauche. Mehrere Interviewanfragen bei der Presseabteilung von KFCP in der Provinzhauptstadt Palangkaraya bleiben unbeantwortet. Unterdessen warten die Menschen in Katunjung weiter auf Geld.

Ob die Enkel der 69-jährigen Dimas sich ihre Medizin wieder aus dem aufgeforsteten Wald holen können? Die Bewohner in Katunjung sind skeptisch. Sie haben ihre Erfahrungen gemacht mit früheren Naturschutzprojekten. Eine Stunde mit dem Boot flussaufwärts befindet sich eine Orang Utan Forschungsstation der *Borneo Orang Utan Survival Foundation* (BOSF). Dort findet man zwar keinen Primärregenwald, aber zumindest einen Wald, der diesen Namen verdient. 30 Meter hohe Bäume, aus allen Richtungen Vogelgezwitzcher, Orang Utans, Bären, Wildschweine und andere Waldbewohner in freier Natur. Während Forscher aus aller Welt die Station besuchen, klagen die Indigenen aus den nahe gelegenen Dörfern, dass sie ihn nicht mehr betreten dürften. Am Eingang wird Abdul Hamid gebeten, sich ins Gästebuch einzutragen – von zwei Forschern, die aus der Hauptstadt Jakarta kommen. Entrüstet lehnt er ab: »Dies ist meine Heimat. Ich bin kein Gast hier.«

»Denen sind die Tiere wichtiger als die Menschen«, kritisierte Alfianus G. Rinting von der Allianz der Indigenen Völker (AMAN) dieses Vorgehen. Auch REDD sei »wieder so ein Elitenprojekt«, so Rinting. »Die Workshops finden mit ausgewählten Vertretern in Städten statt. Die Leute in den Dörfern wissen nichts über den Sinn von REDD.« Das Prinzip des *Free Prior and Informed Consent* (FPIC) [ein Schlüsselement der Menschenrechte der Indigenen, das sichert, dass Indigene Projekte, die ihre traditionelle Landnutzung



Das Dorf Katunjung

Foto: Anett Keller

berühren, ablehnen oder annehmen können, d.Red.], werde völlig missachtet.

Seine Organisation sei nicht prinzipiell gegen REDD, so Alfianus. Aber erst mal müsse klar sein, wie die Emissionsverringerung überhaupt berechnet werden soll, wie die Zahlungsmechanismen funktionieren und welchen Status das Land haben wird, auf dem REDD-Projekte laufen. Nach dem traditionellen *Adat*-Recht verständigen sich die Dorfbewohner auf die Grenzen ihres Landes. Bäume und Flüsse gelten als Wegmarken. So gilt am Kapuas-Fluss, dass vom Ufer gerechnet fünf Kilometer Land den dortigen Dorfgemeinschaften gehören. Im Jahr 2009 erließ der Gouverneur von Zentralkalimantan ein Dekret, nach dem *Adat*-Gemeinschaften sich ihre Landrechte sichern können. Allerdings nur, wenn sie bis zum Jahr 2015 entsprechende Landkarten einreichen. »Was wie eine Chance aussieht«, so Alfianus, »ist eine große Gefahr. Die Bestimmung sagt, wer nicht inventarisiert, wird sanktioniert. Die Dorfbewohner haben aber gar keine Möglichkeit, um Land in großem Stil zu vermessen.«

Im Bürokomplex des Gouverneurs der Provinzhauptstadt Palangkaraya bemüht sich Dewi Eliyana redlich, über das bürokratische Ungetüm REDD Auskunft zu geben. Die 34-jährige Mitarbeiterin des UNDP (*United Nations Development Program*) zog im Mai von der Hauptstadt Jakarta in die Provinz, um das Vorbereitungsbüro für die REDD-Aktivitäten in Zentralkalimantan zu koordinieren. In einem Informationszentrum stehen mehrere ungenutzte Computer, in einem Glasschrank liegen Broschüren zum FPIC, Filme, in denen die Wichtigkeit der Torfmoore erklärt wird. 2012 soll mit der Implementierung von REDD in der ganzen Provinz begonnen werden. Welche Gebiete dafür festgelegt worden seien? Bislang noch keine. Auf welchen Erfahrungen wird die Implementierung basieren? Gesammelte *lessons learnt* gäbe es noch nicht. Wieviel Geld wird zur Verfügung stehen? Auch das sei noch unklar. Das Projekt stehe ja erst am Anfang, zunächst brauche es eine behördliche Struktur,

dann Experten. Die Namen weltbekannter, teurer Beratungsfirmen fallen. Dewi räumt ein, dass »das Volk« zu wenig informiert worden sei. Aber die Art, in der sie vom »Volk« spricht und davon, dass dieses mehr Informationen bekommen müsse, verdeutlicht die *top-down*-Struktur des Prozesses.

### Kleinbäume bringen keinen Mist

Es sind Welten, die in Zentralkalimantan aufeinander prallen. Sie scheinen unvereinbar. Als der britische Ex-Premier Tony Blair die Provinz im Oktober 2011 besuchte, erklärte Zentralkalimantans Gouverneur hernach öffentlich: »Blair hatte viele Fragen zu den Herausforderungen, die sich im Rahmen des Programms stellen. Ich habe ihm gesagt, dass wir bislang keine Hindernisse in der Implementierung feststellen konnten, auch nicht in der Kommunikation des Projektes.« Auf ihre Interviewanfragen bei KFCP erhält die Autorin hingegen aus der Pressestelle der Organisation die folgende Antwort: »Wir konnten aus unserer Zentrale keine Genehmigung bekommen und können Ihnen daher keine zitierfähigen Aussagen zur Verfügung stellen.«

In Katunjung indes sind die Bewohner stinksauer. Zwar fand Ende November Woche endlich der lang ersehnte Zahltag statt. Pro gepflanztem Baum im *Polybag* erhalten die Bewohner 1.140 Rupiah (knapp 10 Cent). Sind die Bäume 20 Zentimeter hoch und können ausgepflanzt werden, gibt es pro Baum noch einmal 100 Rp. (knapp 1 Cent). Rund 600 Bäume versorgt jede Familie, das macht einen Gesamterlös von etwa 60 €. Dass die Höhe der Bäume bei der Bezahlung eine Rolle spielen würde, hat den Dorfbewohnern allerdings keiner erklärt, als sie die Keimlinge pflanzten. Nun ist die Verstimmung groß, weil viele Setzlinge noch zu klein sind und es daher noch kein Geld gibt. Noch größer ist die Verunsicherung. Denn bislang gibt es keine geschriebene Übereinkunft, die den Status des bepflanzten Landes eindeutig festlegen würde. »Warum müssen wir überhaupt dafür sorgen, dass die Australier sich von ihren Umweltsünden reinwaschen können?«, fragt Abdul Hamid. »Katunjung gehört doch nicht zu Australien. Das ist, als würden die auf die Toilette gehen und wir müssen ihnen den Hintern abwischen.« ♦

Anett Keller berichtet als freie Journalistin aus Indonesien und ist erreichbar unter [anettkeller@ymail.com](mailto:anettkeller@ymail.com). Ihre Reportage zu REDD+ erschien in gekürzter Form in der taz vom 30. November 2011. Die Recherche dazu wurde ermöglicht durch finanzielle Unterstützung des Recherchefonds Ausland e.V. der taz.

# Lange Wege zur Freiheit

## BOS wildert wieder Orang-Utans aus

von Ulrich Holberg

Ende Februar dieses Jahres konnte BOS seit langer Zeit wieder Orang-Utans auswildern: drei Weibchen und ein Männchen. Über dreißig weitere Tiere sollen dieses Jahr noch folgen. Die Zeit drängt, denn nicht nur dass die Stationen der BOS Foundation überfüllt sind, auch nach dem offiziellen *Orangutan Action Plan* der indonesischen Regierung sollen alle dazu befähigten Tiere bis 2017 freigesetzt werden. Der Weg dahin ist jedoch so langwierig wie kostenintensiv.

Die nichtstaatliche *BOS Foundation* gibt es seit 1991. Sie betreibt heute das größte Primatenschutzprojekt der Welt. Der Name ist Programm: BOS – *Borneo Orangutan Survival*, das Überleben der Orang-Utans auf Borneo.

Bis vor einigen tausend Jahren bewohnten Orang-Utans weite Teile der Wälder Südostasiens, heute kommen sie in jeweils einer Art nur noch auf Sumatra und Borneo vor.

Der Sumatra-Orang-Utan ist mit geschätzt 4.000 freilebenden Individuen vom Aussterben bedroht (*critically endangered* nach IUCN – *International Union for Conservation of Nature and Natural Resources*), sein Vetter auf Borneo mit noch 15-40.000 Individuen »nur« stark gefährdet (*endangered* nach IUCN).

BOS betreibt zwei Auffang- und Rehabilitationsstationen für Orang-Utans: Nyaru Menteng in Zentralkalimantan und Samboja Lestari in Ostkalimantan. Letzterer Standort ist besonders durch ein seit 2001 auf ca.

1.800 Hektar durchgeführtes Aufforstungsprogramm bekannt.

In diesen Stationen beherbergt BOS zurzeit insgesamt etwa 850 der rothaarigen Menschenaffen. Die Wege, auf

denen sie zu BOS gelangten, waren unterschiedlich, aber stets leidvoll. Viele der Tiere wurden durch Polizei und die Naturschutzbehörde BKSDA (*Balai Konservasi Sumber Daya Alam*) aus privater Gefangenschaft konfisziert und in die Obhut von BOS gegeben. Andere kamen zu BOS, nachdem sie auf Ölpalmpflanzungen oder in der Nähe von Siedlungen aufgegriffen wurden.

Die Haltung von Orang-Utans ist in Indonesien illegal, wird aber dennoch häufig ohne Konsequenzen praktiziert.

Mitunter kommen die Halter auch von sich aus zur *BOS Foundation*, wenn sie z.B. feststellen, dass ihr Affenbaby ihnen buchstäblich über den Kopf zu wachsen droht. Nicht selten werden solche Tiere aber auch gezwungen, jahrelang in einem Hinterhof angekettet



So süß! Aber nicht als Haustier geeignet.

Foto: BOS

oder in finsternen Verschlügen eingesperrt, dahinzuvegetieren.

In weiten Teilen Südostasiens findet ein regelrechter Handel mit Orang-Utan-Babys statt. Die jungen Tiere werden als prestigeträchtiges Spielzeug verkauft oder für Tiershows abgerichtet. Kaum zu glauben, aber leider wahr: Weibliche Tiere landen manchmal in Bordellen, wo sie rasiert als Sexualobjekt herhalten müssen.

Die eigentliche Bedrohung des Orang-Utans als Spezies ist jedoch die nahezu ungezügelter Vernichtung ihres einzigen Lebensraumes, der Urwälder Borneos und Sumatras. Hauptnutzer der niedergemachten ehemaligen Waldflächen ist zumindest in Kalimantan die Palmölindustrie. Plantagen von tausend Hektar Ausdehnung und mehr befriedigen den weltweiten Hunger nach den vielseitig verwendbaren Fetten der überaus produktiven Ölpalme. Dass solchen Plantagen nach wie vor auch Primärwald zum Opfer fällt, hat System: Der Anlage der Plantage geht der Raubbau an wertvollen Hölzern voraus und bringt Extraprofit oder dient der Vorfinanzierung des Ölpalmenanbaus.

Durch die Plantagen streifen dann hungrig die heimatlos gewordenen Orang-Utans, wo sie Gefahr laufen, von Arbeitern oder Anwohnern wie Ungeziefer getötet zu werden – illegal und oft gegen eine ebenso illegale Prämie des Plantagenbetreibers. Gemessen am Einkommen der nebenberuflichen Kopfgeldjäger sind umgerechnet etwa 85 Euro pro Tier ein nicht geringer Anreiz. Besonders begehrt sind junge führende Weibchen. Die Orang-Utan-Mütter selbst werden erschossen oder erschlagen und ihr Junges verkauft. So schließt sich der Kreis zum Orang-Utan als Handelsware.

### Auswildern ist nicht gleich Auswildern

BOS hat natürlich das Ziel, möglichst alle Orang-Utans wieder auszuwildern, aber das ist ein langer, gewundener und kostenintensiver Weg. Etliche der Tiere sind zu krank oder waren zu lange in Gefangenschaft, als dass sie in der Wildnis noch zu-rechtkommen könnten. Für sie muss BOS dauerhaft sorgen. Die anderen sind grundsätzlich wiederauswildernsfähig, allerdings unter ganz verschiedenen Voraussetzungen.

Zunächst sind da jene Orang-Utans, die als ausgewachsene Tiere aus der Wildnis zu BOS kamen und bis dahin noch keinen längeren Kontakt mit Menschen hatten. Sie werden, wenn möglich, umgehend in andere Waldgebiete umgesiedelt (*translocation*) oder müssen lediglich eine gewisse Zeit in Quarantäne oder medizinischer Behandlung verbringen. Alle Fähigkeiten für ein Leben in der Wildnis bringen sie bereits mit.

Orang-Utans, die im Alter von 3–5 Jahren zu BOS kommen und zumindest grundlegende Fertigkeiten erlernt haben, werden in der Station gestärkt, medizinisch versorgt und in ihrem natürlichen Verhalten unterstützt. Diese Tiere müssen zwar nach ihrer Auswilderung noch beobachtet werden (*post-release monitoring*), können sich aber schnell wieder an ihre natürliche Umgebung gewöhnen. Die vier Ende Februar 2012 ausgewilderten Tiere gehören in diese Kategorie. Ihr jahrelanger Aufenthalt bei BOS lag schlicht am Mangel an geeigneten Waldgebieten.

Orang-Utans, die als verwaiste Babys oder »Kleinkinder« zu BOS gelangen, müssen dagegen von Grund auf lernen, was es heißt, im Dschungel zu (über-)leben. BOS nennt dies Rehabilitation. Dazu gehört die Fähigkeit, essbare von giftigen Pflanzen zu unterscheiden, Schlafnester zu bauen, sich effizient und sicher im Geäst vorwärts zu bewegen (Orang-Utans sind die schwersten permanent baumbewohnenden Tiere; ihre Bewegungsabläufe müssen daher viel komplexer und umsichtiger sein als beispielsweise die der viel leichteren Gibbons) und etliches mehr.

Ein junger Orang-Utan lebt in der Natur durchaus sechs bis acht Jahre bei seiner Mutter, bis er wirklich selbständig wird. Bei BOS ersetzen menschliche Pfleger und »Baby-Sisters« die Mutter. So gut es eben geht, denn mit den Kleinen durch die Baumwipfel streifen können sie natürlich nicht. Es geht allerdings auch um intensive emotionale Zuwendung für die oft hochtraumatisierten Kleinen. Ihnen wurde ja nicht nur die Mutter buchstäblich unter dem Bauch weggeschossen, sondern oft mussten sie danach noch unter unsäglichen Bedingungen allein in Gefangenschaft dahinvegetieren.

Während des mehrjährigen Rehabilitationsprozesses durchwandern diese jungen Orang-Utans verschiedene Lernstufen und leben in Gruppen, getrennt nach Alter,



Auch kleine Orang-Utans müssen zum Kinderarzt

Foto: BOS

Größe und Entwicklungsstand. BOS nutzt bei den Stationen kleine »Lernwälder«, in denen die jungen Orang-Utans tagsüber ihrer »Ausbildung« nachgehen. Ihre letzte Station bis zur Auswilderungsbefähigung sind Flussinseln, in denen die Tiere dann schon fast unter natürlichen Bedingungen leben.

### Limitierende Faktoren für Auswilderungen: Wald und Geld

Ein solches Waldgebiet muss verschiedene Bedingungen erfüllen: Es muss groß genug sein, um eine reproduktionsfähige Population zu tragen – pro Orang-Utan mindestens 120 Hektar. Es muss genügend Nahrungspflanzen, insbesondere bestimmte fruchttragende Bäume, aufweisen. Es muss sicher vor Abholzung oder Brandrodung sein (so sicher dies in Indonesien beim heutigen Stand der Rechtsdurchsetzung eben sein kann). Die von Anfang an rehabilitierten Orang-Utans benötigen darüber hinaus Wälder ohne größere Populationen wilder Artgenossen, da der Konkurrenzdruck sonst wahrscheinlich zu groß wäre.

Wald, der alle diese notwendigen Bedingungen erfüllt, ist rar. Und im Zweifelsfall teuer. Kaufen kann man Wald nach indonesischem Recht zwar nicht, dafür vergibt der Staat aber verschiedene Nutzungskonzessionen. Seit kurzem ist es auch möglich, eine gesetzlich definierte Konzession für Naturschutzzwecke zu erwerben. Rechtlich ist das jedoch nur für Unternehmen möglich, so dass die *BOS Foundation* eigens dafür die Firma *PT Restorasi Habitat Orangutan Indonesia*, PT RHOI gegründet hat.

BOS bzw. PT RHOI sind die ersten, die eine dieser neuartigen Naturschutzkonzessionen erworben haben. Es handelt sich um das ca. 860 km<sup>2</sup> große Waldgebiet *Kehje Sewen* (»Orang-Utan-Wald« in der lokalen Sprache) in Ostkalimantan. Für deutlich mehr als umgerechnet eine Million Euro konnte BOS das Gebiet für wenigstens 60 Jahre sichern, mit der Option auf 95 Jahre. Weitere Gebiete sollen folgen, sofern BOS sie finanzieren kann.

Allerdings bemüht sich BOS darüber hinaus auch erfolgreich um Abkommen mit privaten Konzessionshaltern um Schutzgebiete sowie um Auswilderungsmöglichkeiten in staatlichen Schutzgebieten. Noch steht allerdings längst nicht so viel Wald zur Verfügung, wie notwendig wäre, um alle Orang-Utans in der Obhut von BOS auszuwildern.

### Auswilderung als kommunikative und logistische Herausforderung

Allein die Sicherung der Auswilderungsgebiete erfordert umfangreiche Verhandlungen mit staatlichen Behörden auf Distrikts-, Provinz- und zentraler Ebene so-

wie mit privaten Akteuren. Nicht zuletzt müssen auch lokale Gemeinschaften mit eingebunden und von der Sache überzeugt werden. Die Menschen vor Ort sind über die Ansiedlung von Orang-Utans nicht zwangsläufig begeistert. Bis auch nur ein einziger Menschenaffe zurück in den Wald gebracht werden kann, ist jahrelanger Vorlauf nötig.

Die konkreten Auswilderungen dann bedeuten ebenfalls einen enormen logistischen und finanziellen Aufwand. Auch hier ist wieder langer Vorlauf nötig. BOS muss *Ranger* ausbilden und bezahlen. In den abgelegenen und fast wegelosen Gebieten müssen Stationen für *Ranger* und Wissenschaftler errichtet werden. Kommunikationsinfrastruktur muss bereitgestellt werden. Verkehrsmittel wie Boote oder auch mal ein Kleinflugzeug müssen zur Verfügung stehen.

Um die Tiere schlussendlich in den Wald zu bringen, müssen Flugzeuge und Helikopter organisiert werden. Provisorische Hubschrauberlandeplätze sind nötig. Behördliche Genehmigungen sind einzuholen. Die Auswilderungskandidaten selbst müssen natürlich Impfungen und umfangreichen Gesundheitschecks unterzogen werden. Allein der Auswilderungsvorgang als solcher schlägt mit geschätzt 6.700 Euro pro Tier zu Buche.

Sind sie dann schließlich glücklich in ihrer neuen/alten Heimat angelangt, beginnt erst der Praxistest. Die rehabilitierten Tiere werden ein Jahr lang beobachtet, unter anderem über in die Haut implantierten Sender. Erst wenn sie dieses erste Jahr schadlos überlebt haben, gilt die Auswilderung als erfolgreich – dann müssen und dürfen sie ganz ohne Pfleger und Veterinärin wieder als wilde Menschenaffen existieren.

Orang-Utan-Schutz braucht einen langen Atem. Orang-Utans sind aber nicht nur an sich schützenswert, sondern geben auch ihren Urwäldern ein unverwechselbares Gesicht. Orang-Schutz ist Waldschutz. Waldschutz wiederum ist Artenschutz und nicht zuletzt globaler Klimaschutz. Der Wald ist auch Lebensgrundlage für viele Menschen vor Ort. So gesehen, ist Orang-Utan-Schutz langfristig auch Menschenschutz. ♦

Ulrich Holberg ist Mitarbeiter des deutschen Unterstützervereins BOS Deutschland e.V.

Weitere Infos:

[www.bos-deutschland.de](http://www.bos-deutschland.de)

[www.bos-deutschland.de/augenblick](http://www.bos-deutschland.de/augenblick)

[www.orangutan-blog.de/](http://www.orangutan-blog.de/)



# In Memoriam: Papua Dialog 1999

von Budi Hernawan

Vor dreizehn Jahren, am 26. Februar 1999, hatte der damalige Präsident B.J. Habibie das »Team der 100« Papua-Führer zu einem sogenannten »nationalen Dialog« in den Präsidentenpalast in Jakarta eingeladen, um über die Probleme Papuas zu diskutieren. Dies war kein gewöhnlicher Vorgang. Im Gegenteil: es war eine einzigartige Initiative, hervorgerufen durch die weit verbreiteten Rufe nach »merdeka« (Freiheit), öffentlichen Demonstrationen und das Hissen von Morgensternflaggen in zahlreichen Orten Papuas, welche von den indonesischen Sicherheitskräften mit harter Hand unterdrückt wurden. Es schwang dabei die bittere Ironie mit, dass sich diese harte Reaktion inmitten der Euphorie der Transition Indonesiens zur Demokratie ereignete.

Während des Treffens im Präsidentenpalast stellte Tom Beanal, der Anführer des Teams, unverblümt klar, dass die Papuas einen unabhängigen Staat wollten, der separat von Indonesien wäre. Der Präsident und sein Kabinett waren von dieser unerwarteten Forderung geschockt und erwiderten der Papua-Delegation sinngemäß: »Geht mal wieder zurück nach Hause und überlegt euch das nochmal.« Das Treffen brachte

keine nennenswerten positiven Ergebnisse. Es wurde jedoch für Papua zu einem wichtigen Symbol dafür, wie sie ihre politischen Bestrebungen mit Würde und Ehre vortragen konnten. Keines der Mitglieder des Teams wurde verhaftet und vor Gericht gestellt, wie kürzlich Forkorus Yaboisembut und seine vier Mitstreiter.

Dreizehn Jahre nach dem Treffen in Jakarta ist der Ruf nach einem Dialog in Papua weiterhin laut und deutlich zu hören. Als Antwort darauf hat Präsident Yudhoyono (SBY) sich bereits zweimal privat und offi-

ziell mit Kirchenführern aus Papua getroffen. Zudem hat Präsident Yudhoyono zwei Sondergesandte ernannt, den General a.D. Bambang Darmono und Dr. Farid Hussain. Sie sollen die Frage eines möglichen Dialogs durch verschiedene Mechanismen ergründen. Was können wir von den nächsten Phasen erwarten? Wird es in den letzten beiden noch verbleibenden Jahren der Amtszeit SBY's noch zu ähnlichen politischen Verhandlungen wie in Aceh kommen? Bis jetzt bleiben diese Fragen unbeantwortet.

Wie wir wissen, ist das Konzept des Dialogs nicht unangefochten. Es gibt Papuas, welche nicht hinter diesem Ansatz stehen und dies auch öffentlich bekunden. Sie fordern einen international vermittelten Prozess

und/oder ein Referendum um »merdeka« für Papua zu erreichen. Der Öffentlichkeit in Papua bleibt jedoch unklar, wie dies erreicht werden sollte. Andere, darunter die kürzlich zu drei Jahren Gefängnis verurteilte Gruppe um Yaboisembut, vertreten den Ansatz, dass Indonesien die Souveränität des Staates Westpapua anerkennen sollte. Trotz dieser verschiedenen Ansätze versucht das Friedensnetzwerk Papua unter der Leitung von Fr.

Neles Tebay und Dr. Muridan Wijoyo Freiräume für Gespräche zu schaffen. Ähnlich wie Foreri (*Forum Rekonstruksi Rakyat Irian*) im Jahre 1999 versucht das Netzwerk sowohl innerhalb Papuas als auch außerhalb zwischen den potentiellen Gesprächsparteien zu vermitteln.

Im täglichen politischen Leben in Papua muss sich die Gesellschaft gleichzeitig aber auch mit anderen brennenden Fragen auseinandersetzen. Was wird zum Beispiel bei den kommenden Gouverneurswahlen passieren, die wegen politischer Meinungsverschiedenhei-



Forkorus Yaboisembut und seine Mitstreiter vor Gericht

Foto: HRW



Militäreinheiten beim 3. Papuakongress

Foto: AHRC

ten mehrfach verschoben worden sind? Kann die andauernde Gewalt in und um Puncak Jaya, der Freeport-Mine oder in Paniai beendet werden? Die Gewalt und die ungeklärte politische Lage haben bereits zu vielen Spannungen, zu Zerstörung und dem Verlust von Menschenleben geführt und müssen dringend gelöst werden.

Auch auf der Seite der Zentralregierung gibt es verschiedene Ansichten, was einen möglichen Dialogprozess angeht. Ein Ansatz ist, dass es ein Dialog *über* Papua sein sollte, anstatt *zwischen* Jakarta und Papua, wie es viele Stimmen in Papua fordern. Die Logik hinter dieser Argumentation ist, dass Papua Teil Indonesiens ist und eine Polarisierung in »Jakarta« und »Papua« der Konfliktlösung nicht dienlich wäre. Stattdessen sollten alle Interessengruppen in Papua die Möglichkeit haben, gleichberechtigt über die Zukunft zu diskutieren. Ein anderer Ansatz folgt eher dem Aceh-Modell, und befürwortet bilaterale Verhandlungen zwischen der Zentralregierung und Vertretern Papuas. Hierbei ist jedoch weiterhin unklar, wer Papua vertreten und ob diejenigen eine gemeinsame Position vertreten könnten. Ein weiterer Ansatz ist der, sich erst auf die Grenzen einer möglichen Lösung zu konzentrieren, nämlich dass die territoriale Integrität Indonesiens unantastbar bleiben muss. Unterhalb dieser nicht-verhandelbaren Forderung gibt es bei diesem Ansatz jedoch die Bereitschaft zu weitgehenden Konzessionen, so zum Beispiel einer Amnestie für politische Häftlinge, einer Klärung der verschiedenen Ansichten zum »Act of Free Choice« von 1969, einer Aufarbeitung vergangener Verstöße gegen die Menschenrechte und einer grundlegenden Reform der Sonderautonomie, welches insgesamt eine ernstzunehmende Position für mögliche Verhandlungen ist. Ein letzter Ansatz ist der, die gesamte Dialoginitia-

tive dadurch zu kooptieren, dass man verschiedene parallel laufende Prozesse initiiert, in denen entweder exakt oder fast das Gleiche besprochen wird, jedoch unter leicht abgeänderten Vorzeichen. Auf lange Sicht würde dieser letzte Ansatz jedoch nur zu weiteren Missverständnissen und Misstrauen führen, welche möglichen späteren Verhandlungen der Zentralregierung mit Papua abträglich wären.

Es ist klar, dass auch für die Zentralregierung ein Dialog mit Papua nicht die einzige Alternative ist. Auch für die Yudhoyono-Regierung gibt es mehrere andere Themen, die ebenfalls ihre Aufmerksamkeit fordern, seien es die Energiepolitik oder Korruptionsskandale, welche bereits der Legitimität der Regierung geschadet haben. Die Kritik sowohl der Opposition als auch der Öffentlichkeit an der Regierung wächst stetig.

Wenn wir uns aber auf das Jahr 1999 zurück besinnen, sehen wir, dass die

Zentralregierung in den vergangenen dreizehn Jahren nicht auf die ursprüngliche Forderung der Papuas nach einem Dialog eingegangen ist. Die vorläufigen ersten Schritte der letzten Jahre signalisieren jedoch Positives. Es ist daher an der Zeit, trotz aller Meinungsverschiedenheiten über die Demonstration des »guten Willens« hinauszugehen und konkrete Schritte zu implementieren. Das Zeitfenster hierfür ist für die derzeitige Regierung denkbar knapp bemessen und keiner kann garantieren, dass die nächste Regierung dialogbereit sein wird. Es ist also an der Zeit für SBY, seine letzte Amtszeit dadurch abzuschließen, dass er seinen Beitrag zur Demokratisierung Indonesiens leistet und die Probleme Papuas ein für alle Mal löst. ♦

Budi Hernawan ist ehemaliger Leiter des Büros für Gerechtigkeit und Frieden der Katholischen Kirche in Jayapura, Papua, und derzeit Doktorand an der Australian National University in Canberra. Eine abgeänderte Version des Textes wurde am 28 März 2012 in der The Jakarta Post veröffentlicht.

Übersetzung aus dem Englischen von Henri Myrntinen

# Die Spirale der Gewalt dreht sich weiter

von Henri Myrntinen

Seit Ende letzten Jahres hat sich viel getan in den Provinzen Papua und Westpapua, aber leider nur wenig in Richtung einer konstruktiven Lösung der Konflikte. Es besteht die Gefahr, dass mit jedem Monat, der vertan wird, und mit jedem weiteren Gewaltakt die Positionen härter, die Forderungen zugespitzter und der Manövrierraum für moderate Kräfte geringer werden.

Der Dritte Papua Kongress endete Mitte Oktober 2011 in der Ausrufung einer unabhängigen ›Bundesrepublik Westpapua‹. Dieser bisher radikalste gewaltfreie Ausdruck der Frustration vieler Papuas endete blutig und hat den Proklamatoren nun Haftstrafen beschert – der ›Präsident‹ Forkorus Yaboisebut, sein designierter ›Premierminister‹ Edison Waromi sowie drei weitere Mitstreiter wurden am 16. März 2012 zu je drei Jahren Haft wegen Staatsverrats verurteilt. Dass die Urteile vergleichsweise milde ausfielen,<sup>1</sup> wird von den meisten Papuas kaum als ein Zeichen des Entgegenkommens verstanden werden, denn

Wachsen begriffen – ist. Mehrere nationale und internationale Menschenrechtsorganisationen kritisierten die Urteile gegen Forkorus und seine Mitstreiter als unverhältnismäßig, da sie lediglich ihr Recht auf friedliche Meinungsäußerung ausgeübt hätten. Es wurde auch kritisiert, dass die von der Polizei während der gewaltsamen Auflösung des Kongresses, bei der mindestens drei Papuas ums Leben kamen, begangenen Menschenrechtsverletzungen nicht ernsthaft geahndet wurden: dreizehn lokale Polizisten, vier Angehörige der mobilen Polizeibrigade *Brimob* und ein lokaler Polizeikommandeur wurden verwarnt, fünf Polizisten bekamen je eine Woche Arrest.

Die angespannte Lage wird durch fort-dauernde Militär- und Polizeioperationen vor allem in den Distrikten Mulia, Paniai und Puncak Jaya weiter verschärft. In den Distrikten Mulia und Puncak Jaya kommt es bereits seit Jahren zu Kämpfen zwischen Sicherheitskräften und Elementen, die aller Wahrscheinlichkeit nach der militanten OPM/TPM-Gruppe (*Operasi Papua Merdeka/Tentara Papua Merdeka*; Unabhängigkeitsorganisation der Papua/Armee des freien Papua) um Goliath Tabuni zuzurechnen sind.

Dieser bewaffnete Konflikt hat seine Wurzeln nicht nur im Kampf um das Überziel der Unabhängigkeit, denn auch um handfeste wirtschaftliche und lokalpolitische Interessen spielen hier eine Rolle. Nach Berichten von Kirchen und Menschenrechtsorganisationen sowie lokalen Presseberichten kam es im Distrikt Paniai im Dezember 2011 zu einer brachialen Offensive der paramilitärischen mobilen Polizeibrigade

*Brimob*, möglicherweise auch unter Beteiligung des Militärs. Wie so oft in Papua, blieben nähere Einzelheiten im Dunkeln. Es ist somit unklar, ob das Ziel der Aktion in Paniai die mutmaßliche OPM Gruppe um Jhon Yogi war, ob sie dem Schutz einer Goldmine galt, oder möglicherweise beides. Unklar ist auch die Anzahl der Opfer, denn das Gebiet ist für lokale Medien und Orga-



Forkorus Yaboisebut nach Gerichtsverhandlung

Foto: HRW

weite Teile der Gesellschaft sehen den Dritten Papua Kongress als eine friedliche Protestform und empfinden die Unabhängigkeitserklärung als völlig legitim. Über die Sinnhaftigkeit der im Verlaufe dieses Kongresses gewählten Mittel gibt es freilich unterschiedliche Ansichten. Aber es ist nicht zu leugnen, dass die Frustration über den *Status Quo* in Papua immens – und weiter im

nisationen nur schwer zugänglich und für internationale komplett gesperrt.

Auch lokalpolitische Themen sorgen dafür, dass sich die Gewaltspirale beständig weiter dreht. In vielen Distrikten kam es wiederholt zur Gewalt zwischen Anhängern verschiedener Kandidaten auf die als lukrativ angesehenen Posten in – häufig neu-geschaffenen – Verwaltungsapparaten. 11 Tote und über 200 Verletzte waren das Ergebnis von Kämpfen zwischen verfeindeten Gruppen vergangenen Februar im Distrikt Tolikara. Im Distrikt Puncak Jaya nahm die Gewalt zwischen Anhängern der Kandidaten um das Amt des *Bupati* (Distriktchef), Elvis Tabuni und Simon Alom, mit zwei weiteren Toten im Februar 2012 ihren Fortgang, womit in dem Distrikt seit Mitte 2011 insgesamt 55 Menschen im Wahlkampf umgekommen sind.

In beiden Provinzen Papuas führt die angespannte Lage immer häufiger zu Gewalttätigkeiten, die nur durch die Entladung aufgetauter Wut und Frustration erklärbar zu sein scheinen. Als Auslöser solcher Zusammenstöße reicht meist ein eher trivialer Anlass. Bei Unruhen in Wamena wurde im Februar ein Soldat erstoßen. Zuvor hatten sich ein Fahrgast und ein Motorradtaxifahrer um den Fahrpreis gestritten. Es fielen harte Worte, es wurde vielleicht ein wenig geschubst. Schnell wuchs um die Streitenden eine Menschenmasse an und die Situation kippte in einen Krawall über. Wenn in solch einer Situation Sicherheitskräfte eingreifen, werden sie als parteiisch angesehen und mutieren zur Konfliktpartei. Der unangemessene Einsatz von Gewalt, beispielsweise durch Verwendung scharfer Munition, tut dann ein übriges zur Eskalation des Konflikts.

Auch bei der Gold- und Kupfermine von PT Freeport Indonesia will keine Ruhe einkehren. Zwar ging der monatelange Streik zum Jahreswechsel zu Ende, doch bereits im Februar führten Gewalttätigkeiten zwischen ehemaligen streikenden und nicht-streikenden Arbeitern erneut zu Produktionsausfällen.

Ebenfalls riss die Reihe von ungeklärten Erschießungen entlang der Straße zu der Mine nicht ab: bei mindestens drei Feuerüberfällen kamen zwei *Freeport*-Mitarbeiter und ein Polizist ums Leben. Daneben ist *Freeport* weiterhin beliebtes Ziel rhetorischer Angriffe seitens nationalistischer indonesischer Politiker. In der Debatte um neue Regeln für ausländische Investoren im allgemeinen und im Bergbaubereich im besonderen, wird fast täglich die Forderung gestellt, die Firma zugunsten des indonesischen Fiskus stärker zur Kasse zu bitten.

Während sich insbesondere in der östlichen der beiden Papua-Provinzen die Gewaltspirale unaufhörlich schneller dreht, lassen klare politische Signale aus Jakarta auf sich warten. Einerseits will Präsident Yudhoyono demonstrativ seinen guten Willen im Umgang mit

der Papua-Frage unter Beweis stellen, andererseits verbieten er und seine Regierung sich jegliche Kritik an der Menschenrechtslage. Vollkommen unklar bleibt dabei, welche konkreten politischen Schritte aus dem »guten Willen« erwachsen sollen. Bei einem Treffen mit Kirchenvertretern aus Papua und Westpapua versprach Yudhoyono ein Ende der Militäroperationen und rief zu einer »konstruktiven Kommunikation« auf. Er wolle sich der Lösung des Papua-Konfliktes mit vollem Herzen widmen. In manchen Berichten war sogar von einem möglichen Abzug der »nicht-organischen Truppen«, Militäreinheiten aus anderen Regionen Indonesiens, zu lesen. Noch überraschender war jedoch, dass der Präsident sogar bereit zu sein schien, das Herzstück seiner neuen Papua-Politik, die UP4B (*Unit Percepatan Pembangunan Papua dan Papua Barat*; Einheit für die die Beschleunigung der [wirtschaftlichen] Entwicklung in Papua und Westpapua, s. SUARA Nr. 1/2011, S. 25) neu zu überdenken. Die Vertreter aus Papua hatten zu Bedenken gegeben, dass dieses Entwicklungsprogramm ohne Beteiligung der Betroffenen einseitig in Jakarta entworfen wurde und somit keineswegs sicher sei, dass es die Bedürfnisse der Menschen in Papua richtig adressiere.

Presseberichten zufolge soll der Präsident auf diese Kritik eingegangen zu sein und erwog, die Arbeit der UP4B auszusetzen. Die angeblichen Äußerungen blieben jedoch bislang ohne Folgen, denn die UP4B wird weiterhin als das neue Flaggschiff zur Lösung des Konflikts der Regierung vermarktet. Aus Sicht Jakartas markiert die UP4B tatsächlich einen radikalen politischen Neuanfang. In Papua und Westpapua dagegen wird diese Initiative weit gehend als »*too little, too late*« angesehen.

Es ist an der Zeit, den komplexen Problemen Papuas und Westpapas mehr als nur guten Willen entgegenzubringen. Die sich immer schneller drehende Spirale der Gewalt lässt den Raum für moderate Kräfte und die Zeit für konstruktive Lösungen zunehmend dahin schmelzen. Die indonesische Regierung muss endlich den Mut zeigen, die Probleme mit wirklich beherzten Schritten anzugehen. Ein Ende der Straflosigkeit, die Freilassung gewaltloser politischer Gefangener, der Beginn eines Dialogprozesses auf Augenhöhe und die gemeinsame Suche nach Lösungsansätzen für die wirtschaftlichen und Umweltprobleme der beiden Provinzen könnten ein Anfang sein. Die Zeit läuft. ♦

<sup>1</sup> Johan Teterisa wurde zum Beispiel 2008 in Ambon zu lebenslanger Haft verurteilt während seine Mitstreiter 10-20 Jahre Haft bekamen, nur weil sie in Sichtweite des Präsidenten die verbotene Fahne der Republik Südmolukken gezeigt hatten – ohne dabei gleichzeitig einen separaten, unabhängigen Staat ausgerufen zu haben.

# Eine internationale Bedrohung?

## Drogen in Indonesien

von Antje Mißbach

Willkommen in Indonesien. Todesstrafe für Drogenschmuggler!«. So steht es gut sichtbar für alle auf einem Leuchtplakat in der Transithalle des internationalen Flughafens Jakarta zu Lesen. »Was soll ich von einer Begrüßung halten, deren viertes Wort ›Todesstrafe‹ lautet?«, mögen sich viele Reisende fragen.

Entsprechend der Drogengesetze 22/1997 und 35/2009 kann die Produktion, Verbreitung und der Verkauf von Drogen der Kategorie 1 (Opiate, Heroin, Methadon, Kokain, Ecstasy und LSD) mit der Todesstrafe oder einer lebenslänglichen Gefängnisstrafe (mindestens 20 Jahre) geahndet werden. Trotzdem berichten die Medien regelmäßig über ausländische Drogenschmuggler, die an Flughäfen festgenommen werden. Im Vorjahr wurden allein am Flughafen Sukarno-Hatta in Jakarta 105,2 kg Drogen im Wert von 143,3 Mrd. Rp. (ca. 13 Mio. €) beschlagnahmt (Jakarta Post, 20.12.11).

Besonderes häufig finden sich Reisende aus Nigeria unter den internationalen Kurieren. Aber auch eine Reihe von AustralierInnen haben in den letzten Jahren negative Schlagzeilen geschrieben. Zu den Spektakelärsten zählt der als »Bali Nine« bekannte Fall. Neun junge Australier wurden im April 2005 beim Versuch, 8,6 kg Heroin von Indonesien nach Australien zu schmuggeln, in Denpasar festgenommen. Einem der Anführer droht trotz Berufung weiterhin die Todesstrafe durch Erschießen, bei den meisten anderen wurde diese nach der Revision in eine lebenslängliche Haftstrafe umgewandelt. Aufgrund der hohen Strafmaße regte sich in Australien heftiger Protest. Medien und Öffentlichkeit beklagten, dass indonesische Terroristen, die unter anderem für die Bali Bombenanschläge verantwortlich waren, bei denen 202 Menschen ums Leben kamen, wesentlich kürzere Haftstrafen bekamen (s. »Bis dass der Tod euch scheidet«, Suara Nr. 2/2008). Noch höher schlugen die Wogen im Fall von Chapelle

Corby, die im Mai 2005 bei dem Versuch 4,2 kg Cannabis nach Bali zu schmuggeln, festgenommen wurde. Obwohl Corby weiterhin behauptet, nichts von den Drogen in ihrer Surfboardtasche gewusst zu haben, sitzt sie jetzt eine 20-jährige Haftstrafe ab.

Zuletzt sorgte die Festnahme eines 14-jährigen Australiers in Kuta (Bali) im Oktober 2011 für Aufregung. Der »Bali Boy«, wie ihn die Presse allgemein titulierte, hatte bei einem Straßenhändler 3 g Marihuana gekauft. Obwohl auf den Besitz von Drogen mindestens zwei Jahre Haft stehen, kam er bereits nach zwei Monaten wieder frei. Nicht nur, weil er noch minderjährig ist, sondern auch weil er dem Gericht nachgewiesen hatte, dass er schon über längere Zeit Marihuana regelmäßig konsumierte und daher als drogenabhängig galt, konnte er mit richterlicher Nachsicht rechnen.

Nichtsdestotrotz stellt sich hier die Frage nach Sinn und Aufwand, Konsumenten mit Kleinstmengen ein-

zusperren, zumal indonesische Gefängnisse alles andere als drogenfreie Räume sind. Beispielsweise entdeckten Drogenfahnder Anfang letzten Jahres, dass Marwan Adli, der Direktor des Hochsicherheitsgefängnisses in Nusakambangan,

zusammen mit zwei

Kollegen den Handel von Shabu-Shabu in ihrem Gefängnis tolerierten, weil sie direkt daran mitverdienten (Jakarta Globe, 4.4.11).

Verfolgt man die Presse, kann man sich des Eindrucks kaum erwehren, dass indonesische Behörden gern ein abschreckendes Exempel statuieren wollen, zumindest wenn AusländerInnen im Spiel sind. Im Gegensatz dazu scheint es, als walte bei der Strafverfolgung für IndonesierInnen mehr Nachsicht. Und das gilt sicherlich um so mehr für Prominente und Staatsdiener. Beispielsweise wurde Putri Aryanti Haryowibowo, die Urenkelin des ehemaligen Präsidenten Suharto, statt zu einer Gefängnisstrafe zu einer einjährigen Drogenentzugskur »verdonnert«. Sie war im März gemeinsam mit



Foto: Alex Flor

einigen FreundInnen in einem Hotel in Jakarta mit 0,88 g Chrystalmethamphetamin festgenommen wurden (Jakarta Post, 25.8.11). Putri Aryanti ist nur eine der jüngst bekannt gewordenen DrogenkonsumentInnen. Insbesondere der Konsum von synthetischen und sogenannten Designerdrogen gehört in Schickeriekreisen Indonesiens heute so zum Alltag wie ehemals eine Strecke Kokains auf einer Münchener Künstlerparty. In Jakartas einschlägigen Clubs präsentiert der Kellner den Gästen auf Bestellung Ecstasy auf dem Silberblett ebenso selbstverständlich wie anderen ihren *Long Island* oder *Singapore Slim*.

Auch außerhalb des Feierabendvergnügens werden Drogen regelmäßig konsumiert. Unlängst sorgten die Fälle mehrere Piloten der Billigfluggesellschaft Lion für Furore (Jakarta Globe, 4.2.2012). Syaiful Salam, einer der Piloten, wurde wenige Stunden vor Dienstbeginn in seinem Hotel in Surabaya mit 0,4 g Methamphetamin und einer Pfeife festgenommen. Trotz gegenteiliger Behauptungen der Airline, deren Motto »*We make you fly*« lautet, wurde ihm und drei anderen Kollegen nachgewiesen, dass sie zu »*high*« geflogen waren (Reuters, 8.2.2012). Als Folge dessen wurde ihnen die Fluglizenz entzogen, weitere Konsequenzen sind jedoch nicht zu erwarten.

Nun müssen sich freilich die Strafmaße für den privaten Drogenkonsum auf der einen Seite und den größer angelegten, profitorientierten Drogenhandel auf der anderen deutlich unterscheiden. Doch der Drogenimport, der in der Öffentlichkeit allzu oft als »internationale Bedrohung« dargestellt wird, scheint in der Tat nur die halbe Wahrheit zu sein. Längst ist bekannt, dass nur ein Teil der in Indonesien gehandelten und konsumierten Drogen aus dem Ausland stammt. Sowohl pflanzliche wie auch chemische Drogen werden in großem Umfang in der heimischen Inselwelt hergestellt. Eines der Hauptanbauggebiete für Marihuana ist Aceh. Alles andere als selten erfährt man von »zufällig« entdeckten Marihuanafeldern, gern auch einmal in der Größe von 11 ha und mehr (Jakarta Post, 29.7.11). Wen wundert es also, wenn der Polizei auch ab und zu größere Ladungen ins Netz gehen, wie unlängst in Nordaceh, wo ihr im Februar 2012 die Beschlagnahme von 2,8 t Marihuana einer Qualität glückte, die zum aktuellen Kurs etwa 39 US\$ pro kg Wert war (Jakarta Globe, 16.2.12). Aber auch was die Produktion von Ecstasy und Amphetaminen – oftmals in kleinen, mobilen Laboren – angeht, hat Indonesien längst seinen Nachbarn (vor allem Myanmar und Thailand) den Rang abgelaufen (UNODC Global ATS Assessment Report 2011).

In Ihren Bemühungen, die lokale Herstellung und Verbreitung von Drogen in Indonesien zu unterbinden, stoßen lokale Behörden immer wieder auf Probleme. Das liegt nicht nur an den fehlenden Kapazitäten, sondern auch am mangelnden Willen. Beispielsweise können Drogenlabore auch dann weiterbetrieben werden, wenn der Hauptverantwortliche bereits im Gefängnis sitzt – ein paar koordinierende Telefonate genügen

(Tempo Interaktif, 12.7.11). Es ist ein offenes Geheimnis, dass sowohl Teile der Polizei als auch des Militärs am üppigen Drogengeschäft mitverdienen, sei es in der Form von Schutzgeldern, die bestimmte Bars und Dealer an sie zahlen müssen, oder auch durch die direkte Involvierung in den Handel. Beispielsweise wurde Ende Februar der stellvertretende Direktor der Drogenabteilung in Nordsumatra wegen Drogenhandels in einem Nachtclub in Medan festgenommen. Er hatte mehrere Pillen Ecstasy gekauft, um diese an seine Freunde weiterzugeben (Jakarta Globe, 23.2.12).

Darüber hinaus finden sich auch eine Reihe von Beispielen, welche die Zusammenarbeit von anderen staatlichen Behörden und kriminellen Vereinigungen belegen. So wurde im Februar 2012 in Bali ein Staatsanwalt unehrenhaft aus dem Dienst entlassen. Dieser hatte gerichtliche Papiere gefälscht, damit ein fünf Jahre zuvor verurteilter philippinischer Drogenkonsument vorzeitig aus der Haft entlassen werden konnte (Jakarta Globe, 7.2.12). Der Vorfall wurde erst bekannt, als der Philippino erneut bei Gericht als Zeuge erscheinen sollte, aber nicht mehr im Gefängnis anzutreffen war. Nun könnte man sicherlich sagen, dass es sich bei solchen Ereignissen um Einzelfälle handelt. Und dem ist sicherlich auch so. Wären da nur nicht deutliche Anzeichen, dass das Problem um die Verwicklung von lokalen Behörden in die kriminellen Drogennetzwerke viel größere Ausmaße hat. Als Ende letzten Jahres 13.000 PolizistInnen in Aceh auf Drogenkonsum getestet wurden, waren die Ergebnisse von mehr als 1000 Personen positiv (Jakarta Post, 13.12.11). Vor allem Reste von Amphetaminen konnten nachgewiesen werden. Da man unmöglich all die betroffenen StaatsdienerInnen entlassen und strafrechtlich verfolgen konnte, sollten sich die Betroffenen lediglich einem einmonatigen Training unterziehen. Außerdem haben sie mit Lohnkürzungen und Verzögerungen ihrer weiteren Polizeikarriere zu rechnen. Acehs Kriminalkommissar Iskandar Hasan zufolge versuchen internationale Drogenkuriere vor allem aus Malaysia indonesische Polizisten, Soldaten, Gefängnisbehörden und Staatsanwälte zu kaufen, damit diese sich nicht den kriminellen Operationen entgegenstellen. Würde man also mit einem Schlag 1000 PolizistInnen entlassen, wer könnte dann die DrogenhändlerInnen jagen? Während also die dem Drogenkonsum nicht abgeneigten PolizistInnen weiterhin Dienst tun, bangt derzeit ein japanischer Tourist, der mit 1,6 g Marihuana in Bali gefasst wurde, ob das Gericht in Bali die von der Staatsanwaltschaft geforderte Strafe von 15 Jahren gegen ihn verhängt oder nicht. ♦

Antje Mißbach ist Postdoc an der Melbourne Law School, University of Melbourne. Derzeit forscht sie zu Transitmigration in Indonesien.

# Das Phänomen BlackBerry

## Symbol für kulturelle Veränderung ohne Substanz

von Vinka Siregar

Indonesien gehört zu den Ländern in Südostasien, in denen sich die KonsumentInnen in ausgeprägter Weise am aktuellen Lifestyle orientieren. Besonders beliebt sind elektronische Geräte, und fast jeder Indonesier und jede Indonesierin besitzt inzwischen ein Handy. Am beliebtesten sind die der Marke *BlackBerry*. Es gibt wohl kaum ein Land, in dem *BlackBerry* einen so hohen Status besitzt wie in Indonesien. Nicht nur wohlhabende Geschäftsleute telefonieren damit. Auch viele Jugendliche verwenden ein *BB*, wie sie es nennen, und sogar fünfjährige Kinder wissen schon, wie sie mit ihrem *BB* umgehen müssen. Man mag über eingeleitete Modernisierung und speziell über *BlackBerry* streiten, aber gewiss ist, dass *BB* einen Machtfaktor darstellt, der massiv in den Zusammenhalt von Familien und in die traditionellen Verhaltensmuster eingreift.

Das Phänomen, dass Kinder ein *BlackBerry* ohne Wissen und Erlaubnis der Eltern benutzen, beunruhigt viele. *BlackBerry* verleitet dazu, dass Kinder und Jugendliche ihren Eltern etwas verheimlichen. Das wäre an sich kein Drama, doch es ist ein Signal, dass *BlackBerry* das Verhältnis zwischen Eltern und Kindern verändert: war dieses Verhältnis früher von Gehorsam aus Angst und Respekt geprägt, so scheint dies heute anders. Mit der schwindenden Angst verliert sich offensichtlich auch der Respekt vor der älteren Generation, so dass manche Erwachsene durch *BlackBerry* bereits Moral und Kultur beschädigt sehen, ja sogar einen durch die Technologie ausgelösten kulturellen Wandel befürchten. Das Rückgrat der familiären Werte, nämlich die früher üblichen guten Manieren der Jugend den Älteren gegenüber, geht allmählich verloren – mit erheblichen Auswirkungen auf die auf Familienwerten basierende indonesisch-asiatische Kultur.

Hörten Kinder ihren Eltern früher respektvoll zu, wenn sie redeten, so spielt der Sohn heute mit seinem *BlackBerry*, während der *Bapak* (Vater) spricht. Zwar sind die Eltern darüber nicht begeistert, doch meist dulden sie das Benehmen ihrer Kinder. Denn, so sagen die meisten, sie wollen Konflikte mit den Kindern vermeiden, weil sie von der Arbeit und den Mühen des Alltags überanstrengt sind; nach dem Motto: »Ich möchte meine Ruhe haben«. Gerade in den Städten sind viele Eltern berufstätig, um die hohen Kosten für Gesundheit und Bildung aufbringen zu können. Ich habe einmal eine Mutter gefragt, warum sie zulässt, dass ihre Kinder mit dem *BlackBerry* spielen, während sie redet. Sie



Überlebenskit für NGO-AktivistInnen

Foto: Alex Flor

antwortete, dass sie manchmal Schuldgefühle habe. Ihr Mann und sie selbst arbeiten bis spät abends. Um ihre Schuldgefühle gegenüber den Kindern zu überdecken, erfüllen sie dem Nachwuchs alle Wünsche. Streit mit den Kindern möchten sie aus dem Weg gehen, und so schweigen sie lieber. Die allzu gewährende Haltung der Eltern prägt das Verhalten der Kinder für die Zukunft. Den Kindern fehlen Bezugspersonen, an denen sie sich orientieren können und von denen sie lernen können, was korrekt ist und was nicht.

*Lifestyle* ist in Indonesien enorm wichtig. Mit Markenklamotten oder Markenprodukte gesehen zu werden, steigert das Prestige. Stolz wie ein aufgeplusterter Hahn hält man sein *BlackBerry* in der Hand und beschäftigt sich nur damit. Im Restaurant legen die Leute ihr *BB* demonstrativ auf den Tisch, damit auch jeder sieht, dass man eines hat. Noch prestigeträchtiger sind zusätzliche Attribute: die unterschiedlichsten Klingeltöne und die buntesten Accessoires verkaufen sich wie frische Semmeln – allesamt geeignet, noch mehr Aufmerksamkeit zu bekommen. Andere Handy-Marken, gerade die preiswerteren Modelle, sehen fast genauso wie ein *BlackBerry* aus. Sie sind in den ärmeren Schichten so beliebt, dass viele Leute fast ihr ganzes Einkommen für ein solches Handy opfern. Sie nehmen einen Kredit auf, obwohl der Lebensunterhalt für den nächsten Monat nicht gesichert ist. Wichtig ist nur das Prestige innerhalb des eigenen Umfelds.

In den Mittel- und Oberschulen ist das *BB* das beliebteste Handy-Modell. Richtige Anerkennung bei ihren Freunden finden Schüler nur, wenn sie ein *BlackBerry*

besitzen, sagen viele junge Leute. Anerkennung definiert sich im heutigen – materialistischen – Indonesien stark über das »Haben«. Das geht so weit, dass gar Freundschaften über Besitz, Marken und bestimmte Modelle eingestuft werden: wer ein bestimmtes (neues) *BlackBerry*-Modell besitzt, gilt als besserer Freund als derjenige, der nur ein älteres (billigeres) Modell hat.

*BlackBerry* verändert auch die indonesische Sprache. Nachrichten werden sehr schnell getippt, wobei man oft Abkürzungen benutzt, die Nicht-Eingeweihte kaum noch verstehen können. Die Mode der kryptischen Kürzungen findet bereits Eingang in die geschriebene und formelle Sprache, mit dem Ergebnis, dass oft kein richtiges Indonesisch mehr geschrieben wird.

Fast im Minutentakt verändern die *BB*-BesitzerInnen ihr Profil und ihren Status. Das gibt ihnen das Gefühl, zu existieren. Dabei ist *BB* viel mehr als nur ein Kommunikationsgerät. Ich frage mich, ob wie viele BenutzerInnen überhaupt verstehen, über welche Funktionen ihr *BB* verfügt und wofür diese gut sind. Wichtig ist das *BB* nur als Statussymbol. Aus demselben Grund geht man mit einer *McDonald's*-Tüte spazieren (in der kein Hamburger ist), trägt einen *Benetton*-Pullover (den man sich geliehen hat) oder benutzt zeitweise ein Markenprodukt (das kollektiv mit Freunden gekauft und abwechselnd, genutzt wird). Kaum kommt ein neues Modell auf den Markt, so wird es gekauft, um *up-to-date* zu sein.

*BlackBerry* ist identisch mit modern sein. Modernität wird auf den Lebensstil reduziert, ohne dass verstanden wird, dass Modernität auch eine mentale Entwicklung einschließt, die eng verbunden ist mit der (europäischen) Aufklärung und der mit ihr einsetzenden Umge-

staltung traditioneller Gesellschaften, Welt- und Lebensauffassungen nach Vorgaben der Vernunft von Autonomie und Freiheit, Demokratie und Menschenrechten, aber auch Rationalität und Gesellschaftsplanung.

Der Wille zur persönlichen Entwicklung, zum Kennenlernen der Werte anderer Kulturen und der Auseinandersetzung mit ihnen, der Wille zum Lernen und innovativen Denken wirken auf unser Sozialverhalten und auf die von Familie und Schule geprägte Mentalität. Daraus entsteht etwas Neues, »Modernes«, welches Traditionelles durch Vernunft umgestaltet. Der moderne Mensch ist, soziologisch gesprochen, ein rational denkender, autonom handelnder Mensch, der die Werte der Modernität – Freiheit, Demokratie und Menschenrechte – achtet und lebt.

In diesem Sinne ist die indonesische *BlackBerry* Generation nicht modern. Die Familie, die Charakter und Sozialverhalten eines Individuums prägt, versagt bei der Vermittlung der Werte. Eltern ergreifen keiner Initiative, um den verantwortungsvollen Umgang mit dem *BB* zu lehren. So bleibt *BlackBerry* nur ein Phänomen, das die indonesische Kultur auflöst und der nächsten Generation schadet, ein bloßes Statussymbol, das die mangelnde Aufklärung kaschiert. ♦

Vinka Siregar arbeitet an der Universitas Indonesia im Center for Aging Studies. Zuvor absolvierte sie ein Studium an der Uni Bonn und ein Praktikum bei Watch Indonesia!

## Porno im Parlament

von Alex Flor

*BlackBerry* hat den *Nokia Organizer* abgelöst, der bis vor einigen Jahren als führendes Statussymbol der Mittelklasse galt. Und Dank seiner *Chatting*-Funktionen und dem ubiquitären Zugriff auf soziale Netzwerke wie *Facebook* und *Twitter* hat *BlackBerry* vor allem die Jugend erobert. In kaum einem anderen Land findet das *BlackBerry* derart reisenden Absatz wie in Indonesien. Bereits Anfang letzten Jahres wurden 5 Mio. *BB*-BesitzerInnen gezählt. Die in anderen Teilen der Welt derzeit populären *Touchscreen*-Geräte wie *IPad* und Co. können sich in Indonesien nicht derselben Beliebtheit erfreuen.

»*BB-messages* können nicht abgezapft werden«, lautet eines von vielen zweifelhaften Argumenten. Doch welcher Geheimdienst sollte sich für all den Kommunikationsschrott, der über *BlackBerry* verschickt wird, interessieren? Zumal, wenn die NutzerInnen gleichzeitig über *Facebook* ihre intimsten Daten öffentlich preisgeben?

Doch *BlackBerry* hat in Indonesien nicht nur Freunde. Kommunikationsminister Tifatul Sembiring von der islamistischen Partei PKS ließ Anfang letzten Jahres die Muskeln spielen und drohte, den Zugang zu RIM (*Research in Motion*), dem zentralen Server der *BlackBerry*-Dienste in Kanada, zu sperren, da dieser die Verbreitung von Pornografie begünstige. Gleichmaßen die religiös-moralische wie auch die nationalistische Karte spielend, forderte der Minister RIM auf, einen von den indonesischen Behörden kontrollierbaren Server im eigenen Land einzurichten.

Nachdem im April 2011 Arifinto, ein Abgeordneter von Minister Tifatuls Partei PKS, von Pressefotografen dabei erwischt wurde, wie er sich während einer Parlamentssitzung auf seinem *Tablet*-Computer Pornos anschaute, ist es um das Thema ein wenig ruhiger geworden. Zumindest Tifatuls Parteifreunde scheinen zu wissen, wie man Internetsperren für Pornoseiten auch ohne ein *BlackBerry* umgehen kann. ♦



# Kleiner Bruder verliert, großer Bruder gewinnt

## Präsidentenwahlen in Osttimor

von Henri Myrntinen

Am 17. März und am 16. April 2012 waren rund 600.000 OsttimoresInnen zum dritten Mal aufgerufen einen Präsidenten zu wählen. Bei der friedlich verlaufenen ersten Runde setzten sich Francisco ›Lú-Olo‹ Guterres als Kandidat der *Fretilin* und der ehemalige Armeechef Taur Matan Ruak durch. In der entscheidenden zweiten Runde gewann Taur Matan Ruak mit rund 61% Prozent. Der derzeitige Amtsinhaber José Ramos-Horta gestand seine Wahlniederlage bereits nach der ersten Runde ein.

Entgegen einiger Befürchtungen verlief der Wahlkampf größtenteils friedlich. Neben kleineren Vorfällen in Baucau, Dili, und Uatolari kurz vor der Stichwahl, ereignete sich der schwerste Vorfall zu Beginn des Wahlkampfes, als Unbekannte nachts das Büro der zentralen Wahlbehörde mit einem Molotow-Cocktail bewarfen. Der Angriff verleitetete Polizeikommandeur Monteiro zu der martialischen Warnung, dass seine Truppe jeden, der die Wahlen störe, auf der Stelle erschießen würde. Eine ähnliche Warnung kam später auch vom Oberbefehlshaber der Streitkräfte, Generalmajor Lere Anan Timor, was im In- und Ausland zu Diskussionen über das Demokratieverständnis der Sicherheitskräfte führte.

Angetreten waren ursprünglich zwei Kandidatinnen und elf Kandidaten, von denen jedoch einer der Prominentesten noch während des Wahlkampfes verstarb: Francisco Xavier do Amaral. Er war der erste Präsident des Landes und damit auch Verkünder der kurzlebigen ersten Unabhängigkeit am 28. November 1975. Er war trotz seiner schweren Erkrankung noch von seiner ASDT-Partei als Kandidat aufgestellt worden.

Des Weiteren traten an: der ehemalige Innenminister Rogério Lobato, der derzeitige Parlamentspräsident, Fernando ›Lasama‹ de Araújo, der derzeitige Vize-Premier, José Luís Guterres, die ehemalige Freundin des 2008 erschossenen Alfredo Reinado, Angelita Pires, der Anführer der KOTA-Partei, Manuel Tilman, der ehemalige pro-Autonomieführer Abílio Araújo, der Rektor der

UNPAZ Universität, Lucas da Costa, die Mitbegründerin der Solidaritätsgruppe *Timor Aid*, María do Ceu sowie Francisco Gomes von der kleinen PLPA-Partei.

Die Kandidatur einer weiteren Kandidatin, Angela Freitas von der *Partido Trabalhista*, wurde vom Obersten Gericht wegen fehlender Unterschriften abgelehnt. Trotz ihrer krassen Außenseiterposition und der abgelehnten Kandidatur, wirbelte Freitas im Wahlkampf mehrmals Staub auf. Gleich zum Auftakt brach sie ein Tabu, in dem sie sowohl Taur Matan Ruak wie auch Lobato als für das Präsidentenamt ungeeignet bezeichnete, da beide laut UN-Untersuchungsbericht über die Krise 2006 für die illegale Bewaffnung von Zivilisten verantwortlich waren. Für weitere Aufregung sorgte auch ein Einbruch in ihr Wahlkampfbüro, bei dem Geld und Dokumente entwendet wurden, als sie noch vor dem Obersten Gerichtshof um ihre Kandidatur kämpfte. Freitas bezeichnete den Einbruch als politisch motiviert.

Obwohl es während des Wahlkampfes zu keinen gewalttätigen Zwischenfällen zwischen AnhängerInnen verschiedener KandidatInnen kam, ging es im verbalen Schlagabtausch nicht immer zimperlich zu.

Vor allem der von Xanana Gusmão und seiner CNRT unterstützte Taur Matan Ruak ging den Wahlkampf sehr offensiv an. Häufiges Ziel seiner Attacken war die *Fretilin* und deren Kandidat Lu Olo. Mit Hinweis auf seinen höheren Dienstgrad in der *Falintil* deutete Taur Matan Ruak letzterem an, dieser habe als ›kleiner Bruder‹ seinem ehemaligen Kommandeur den Vortritt zu lassen. Im Gegenzug protestierten Taur Matan Ruaks Gegenkandidaten, dass aktive Soldaten für ihren ehemaligen Kommandeur Wahlkampf machten. Neben Lu Olo und Taur Matan Ruak versuchte auch Lobato zusätzliche Legitimität aus der Vergangenheit zu ziehen, in dem er das Gedenken an seinen 1978 gefallenen Bruder, den Widerstandshelden Nicolau Lobato, im Wahlkampf bemühte. Es war jedoch nicht nur Taur Matan Ruak der seine Sichtweise der politischen Rangordnung

mit den Rollen während des Widerstands begründete. Auch Ramos-Horta erklärte explizit die alten Kämpen Lu Olo und Taur Matan Ruak als, neben ihm, ebenfalls wählbar, wohingegen Lasama noch »zu jung und unerfahren« sei.

In der zweiten Runde hat sich der »große Bruder« Taur Matan Ruak nun gegen den »kleinen Bruder« Lu Olo durchgesetzt. Während Lu Olo und *Fretilin* in der ersten Runde mit 28% der Stimmen fast exakt das gleiche Resultat wie in der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen 2007 bekamen, konnten sie in der zweiten Runde gute zehn Prozent dazugewinnen. Geographisch gesehen konnte sich der *Fretilin*-Kandidat vor allem in den Stammgebieten der Partei in den östlichen Distrikten durchsetzen. In allen westlichen Distrikten war Taur Matan Ruak der Gewinner. Bei Redaktionschluss war es noch nicht klar, aus welchen politischen Lagern die Zugewinne beider Kandidaten kamen. Während Rogerio Lobato, Manuel Tilman und Angelina Freitas ihren UnterstützerInnen empfohlen hatten Lu Olo zu wählen, hielten sich andere bedeckter, unter ihnen Parlamentspräsident Lasama und der Amtsinhaber Ramos-Horta.

Letzterer gibt sich betont staatsmännisch und erklärte, keine Wahlempfehlung für die zweite Runde aussprechen zu wollen, stichelte jedoch gegen den von Xanana unterstützten Taur Matan Ruak. Ramos-Horta kritisierte mehrfach, dass sich Armeeingehörige im Wahlkampf für ihren ehemaligen Chef eingesetzt hatten und tat kund, dass er, ohne Namen zu nennen, einen ex-Militär nicht gerne als Präsidenten sehen möchte. Es wird auch gemunkelt, dass Ramos-Horta sich bei den Parlamentswahlen für die *Partidu Demokratiku* (PD) einsetzen – und mit ihr gegen Xanana und seine CNRT Wahlkampf machen wird, als Retourkutsche dafür dass diese ihm in der ersten Runde die Unterstützung verweigert hatten.

Obwohl die verfassungsrechtliche Position des Präsidenten eher schwach ist, will Taur Matan Ruak ein starker Präsident sein und die bisher eher zeremonielle Rolle ausbauen. Nach dem kosmopolitischen Ramos-Horta wird er laut eigenen Erklärungen viel mehr die Innenpolitik betonen. Er propagiert unter anderem die Einführung der Wehrpflicht als Mittel gegen die Jugendarbeitslosigkeit. Die Wehrpflicht wurde zwar offiziell bereits 2007 eingeführt, aber bislang nicht in die Tat umgesetzt, da das kleine Militär nur schwerlich Tausende Rekruten hätte integrieren und ausbilden können. Auch die Idee, dass man potentielle zukünftige Gang-Mitglieder von der Strasse holt, sie an Schnellfeuerwaffen und Handgranaten ausbildet und dann zurück in die Arbeitslosigkeit schickt, hatte zu Bedenken geführt.

Die Wahlergebnisse zeigen, dass das politische Leben Osttimors dem langen Schatten des Unabhängigkeits-

kampfes noch nicht entwachsen ist. Noch immer wird politische Legitimität über die jeweilige Rolle im Widerstand definiert, was einen Generationswechsel in der Führung des Landes massiv behindert. Auch der »ewig zu junge« Lasama ist inzwischen mehr als dreimal so alt wie die oder der DurchschnittsosttimoresIn. Im Wahlkampf spielten aber auch neuere politische Hypothesen eine Rolle. Die Diskussion über die Rolle Taur Matan Ruaks und Rogério Lobatos in der Krise 2006, welche Freitas anstoßen wollte fand zwar nicht statt. Aber auch wenn das Thema »Krise« nicht öffentlich diskutiert wurde, schwang die Erinnerung an die Krisenjahre mit, zum Beispiel bei dem immer wieder vorgetragenen Mantra dass sich alle Parteien, die Polizei und die Streitkräfte für die Einheit der Nation und für den Frieden einsetzen sollten. Auch wenn die politische Stimmung diesmal bei weitem nicht so von einer Anti-Haltung gegen *Fretilin* geprägt war wie 2007, bleibt es bei einer geographischen Spaltung der Parteistimmen. Und letztlich kamen die Zwischenfälle kurz vor den Wahlen wie ein Echo der Ereignisse von vor fünf Jahren: sie ereigneten sich genau wie damals in den Orten Baucau, Dili und Uatolari. ♦

ASDT - *Associação Social-Democrata de Timor*. Konservative, 2001 gegründete Partei, maßgeblich von Francisco Xavier do Amaral geprägt. Teil der regierenden AMP-Koalition

CNRT - *Congresso Nacional da Reconstrução Timorense*. Von Xanana Gusmão im Jahre 2007 gegründete Partei. Dominante Kraft in der Regierung. Mitte rechts.

*Falintil*: bewaffneter Arm des Widerstands, gegründet 1975 und aufgelöst 2001. Letzter Oberkommandierender war Taur Matan Ruak, der nach der Auflösung das Kommando der neuen nationalen Streitkräfte übernahm  
*Fretilin - Frente Revolucionaria do Timor-Leste Independente*. Im Jahre 1974 gegründete Partei. Spielte die führende Rolle im Widerstand. Zwischen 2002-2007 Regierungspartei, seit 2007 Hauptoppositionspartei. Mitte links

KOTA - *Klibur Oan Timor Asuwain*. Kleine, 1974 gegründete, stark traditionsorientierte konservative Partei, mit teilweise monarchistischen Ansätzen

PD - *Partidu Demokratiku*. Eine im Jahre 2001 gegründete Mitte-rechtspartei, wird im Ausland oft als die Partei der urbanen Mittelschicht angesehen, wobei ihre Hochburgen eher im ländlichen Westen liegen.

PLPA - *Partidu Liberta Povu Aileba*. Kleine, 2009 von der ASDT abgespaltene Partei, Mitte links

PT - *Partido Trabalhista Timorense*. Kleine, 1974 gegründete sozialdemokratische bis sozialistische Partei.

# UN-Mission sieht ihrem Ende entgegen

von Monika Schlicher

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen beschloss im Februar eine Verlängerung der UN-Mission bis zum Jahresende. Dann wird die Mission eingestellt. Die Vereinten Nationen werden sich aber weiterhin in dem jungen Land engagieren.

Präsident José Ramos-Horta war eigens angereist, um dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen über Osttimors Erfolg versprechende Entwicklung in den jüngsten Jahren zu berichten. Im Jahre 2006 sei in Dili die Angst fühlbar gewesen. Die Stadt war dem Kollaps nahe. Zu seinem großen Bedauern musste er damals beim Sicherheitsrat vorstellig werden und dringend um Unterstützung zur Herstellung von Recht und Gesetz ersuchen. Osttimor habe jedoch aus den Erfahrungen gelernt. Heute sei der Friede spürbar: in den Städten, den Gemeinden, auf den Straßen und in den Schulen. In den letzten fünf Jahren, so führte der Präsident auf der Sitzung am 23. Februar aus, konnte vieles erreicht werden, wenngleich auch noch einiges umzusetzen bleibt. »Ohne die großzügige Unterstützung durch die internationale Staatengemeinschaft und der Vereinten Nationen in Form der UNMIT (*United Nations Integrated Mission in Timor-Leste*) wären wir nicht dahin gekommen, wo wir heute stehen. Osttimors Erfolg ist auch ein Erfolg der Vereinten Nationen«

So dankte er allen Beteiligten und betonte, Osttimor möchte mit Ablauf des Jahres die *peacekeeping* Maßnahmen beendet sehen und die Partnerschaft mit den Vereinten Nationen neu ausrichten. Die Weichen, die UN-Mission auslaufen zu lassen, waren bereits auf der Sicherheitsratssitzung vor einem Jahr gestellt worden. Doch in diesem Jahr stehen in Osttimor Präsidentschafts- und Parlamentswahlen an. Der Verlauf von freien, fairen und friedlichen Wahlen gilt als Kriterium

dafür, dass das Land auf dem richtigen Weg ist und der Abzug der UN ein folgerichtiger Schritt. Kritikern gilt die Mission als zu teuer und zu ineffektiv. Die Reform der Polizei, das Herzstück von UNMIT's Aufgaben, hat eher schlecht als recht funktioniert. Grundlegende Probleme konnten, wie die UN vor einem Jahr festhielt, nicht gelöst werden. Die Übergabe der Verantwortung an die PNTL, Osttimors Polizei, ist inzwischen trotzdem in allen Distrikten erfolgt.

Die wiederholten Forderungen der UN nach Strafverfolgung und ihre Kritik an Straflosigkeit und Amnestien für Fälle politischer Gewalt stoßen in Osttimor auf taube Ohren. Die Arbeit der Ermittlungsabteilung der UNMIT für die Verbrechen gegen die Menschlichkeit von 1999 wurde vom Präsidenten öffentlich in Frage gestellt. Die Kooperation mit der Staatsanwaltschaft sei von fehlender Kommunikation bestimmt, wie die UN-Arbeitsgruppe für erzwungenes oder unfreiwilliges Verschwinden in ihrem Bericht zu Osttimor jüngst festhielt. Überhaupt hatte sich das Verhältnis zwischen UNMIT und der Regierung über die letzten Jahre merklich abgekühlt, schon Nichtigkeiten und Missverständnisse führten zu heftigem Schlagabtausch. Osttimor schien der Einmischung von Außen langsam aber sicher überdrüssig zu sein. (vgl. *SUARA*, 1/2011, S. 3; *SUARA* 2/2011, S.41?)

Auf der anderen Seite ist sich die politische Führung bewusst, dass Osttimor weiterhin internationale Unterstützung bei der Entwicklung des Landes, dem Staatsaufbau und der Stärkung der Institutionen benötigt. Da gilt es, niemanden zu verprellen, sich das Wohlwollen zu erhalten. Der Abzug der *Peacekeeper* wie auch der *International Stabilisation Forces* (460 Soldaten aus Australien und Neuseeland) aber gilt in Dili parteiübergreifend als ausgemachte Sache und trifft im Sicherheitsrat keineswegs auf Widerstand. Um zum Ziel zu kommen, brauchen beide erfolgreich verlaufende Wahlen. So lautet die Hauptaufgabe der rund 2.700 UN-Mitarbeiter, vor allem der über 1.100 Polizisten, das Land bei der Durchführung von ordnungsgemäßen Wahlen zu unterstützen.

Die Beendigung der Mission vor Augen, scheint auch das Verhältnis zwischen Regierung und UNMIT wieder etwas entspannt zu haben. Kritische Töne waren nach außen hin jedenfalls weniger vernehmbar. Wie wir aus



Foto: Henri Myrntinen

gut informierter Quelle wissen, ist es nach innen hin mit der zur Schau gestellten Harmonie nicht ganz so weit. »Osttimor hat auf dem Weg zu Frieden und Stabilität enorme Fortschritte gemacht«, betonte die UN-Sondergesandte Ameerah Haq und hob die gute Zusammenarbeit beim Abbau der UN Mission hervor. Die Staaten im Sicherheitsrat stimmten ein, dankten allen Seiten und schlossen sich den lobenden Worten wie dem optimistischen Blick von Präsident Ramos-Horta an.

Nichtregierungsorganisationen im Land hingegen stößt dieser Schmusekurs auf. *La'õ Hamutuk*, eine der führenden Watchdogs in Timor, möchte den Sicherheitsrat ermutigen, »die UN-Agenturen in Osttimor zu drängen, doch ehrlicher zu sein und kein Blatt vor den Mund zu nehmen, auch wenn ihre Prioritäten oder Schlussfolgerungen nicht die gleichen sind, wie die der momentanen Regierung.« Den im Sicherheitsrat anerkennend hervorgehobenen »Strategischen Nationalen Entwicklungsplan 2011 – 2030« von Osttimor kritisiert die Organisation als realitätsfremden Traum, der viel zu wenig auf einer nachhaltigen Entwicklung fuße, dafür umso mehr auf der Verschwendung von Ressourcen für ehrgeizige Infrastrukturprojekte im Ölsektor. Das gehe zu Lasten von Bildung und Gesundheit, Armutsbekämpfung und der Förderung einer privatwirtschaftlichen Entwicklung außerhalb des Öl-Sektors.

## Erfolgsgeschichte?

Vieles ist in Osttimor in den jüngsten Jahren erreicht worden, das Land hat unzweifelhaft Fortschritte gemacht, aber es gibt noch keinen Anlass mit Superlativen um sich zu werfen. Schon einmal galt Osttimor als die Erfolgsgeschichte der Vereinten Nationen. Dies hatte den Blick auf die Realität sehr getrübt, denn 2006 schlitterte das Land in eine Krise, die es nahe an den Zusammenbruch führte. Die UNMIT hat seither zu Stabilität beigetragen, aber gemessen an Mandat und Aufgabe konnte sie nicht allzu viel erreichen. Die Regierung von Osttimor hat nur wenige der für nötig befundenen Reformen umgesetzt, vieles ist nur oberflächlich gelöst.

Bei der Debatte des Sicherheitsrates lenkten viele Staaten denn auch den Blick auf die Zeit nach UNMIT und befürworteten ein weiteres Engagement der Vereinten Nationen in Osttimor. In der UN-Resolution vom Februar wurden viele der noch offenen Aufgaben thematisiert, wie auch die anhaltende Straflosigkeit und die notwendige Fortsetzung der Reformen im Sicherheitssektor. Doch die Resolution geht im Sprachgebrauch nicht über die bisherigen Stellungnahmen hinaus und dürfte in diesen strittigen Punkten auch weiterhin nicht die nötige Beachtung der Regierung von Osttimor finden. Nur noch wenige Staaten, darunter die EU, die USA und Südafrika, haben in ihren Stel-

lungnahmen die Umsetzung der Empfehlungen der Wahrheitskommission als eine Voraussetzung für anhaltenden Frieden und Stabilität angeführt und das Parlament aufgefordert, die Gesetzesvorlagen zu Reparationen sowie der Einrichtung eines Erinnerungsinstitutes zu verabschieden.

Menschenrechtsorganisationen kritisieren die zunehmende Zurückhaltung und fordern den Sicherheitsrat auf, effektive Maßnahmen zur Beendigung der Straflosigkeit für Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die in Osttimor zwischen 1975 und 1999 begangen wurden, zu ergreifen. Auch über die UNMIT hinaus solle dies eine zentrale Aufgabe bleiben. Die Opfer und ihre Familien fordern Gerechtigkeit, Wahrheit und Reparationen. Die EU hält es für überlegenswert, dass das Hochkommissariat für Menschenrechte in Osttimor ein Büro einrichtet.

Eine genaue Abstimmung über das zukünftige Wirken der Vereinten Nationen kann erst nach den Parlamentswahlen im Juni erfolgen. Die UNMIT ist gefordert, innerhalb von 60 Tagen nach Einsetzung der neuen Regierung in Osttimor, nicht später als zum 15. Oktober 2012, Empfehlungen über den Anschluss der Mission und die Übergabe der Verantwortlichkeiten zu unterbreiten. Die neue Regierung von Osttimor wird gebeten, zeitnah eine Entscheidung über Rahmen und Aktivitäten der Vereinten Nationen nach Beendigung der Mission mit UNMIT zu koordinieren.

Osttimor hat die Krisenjahre hinter sich gelassen und möchte mit Selbstbewusstsein die Zügel wieder gänzlich in die eigenen Hände nehmen. Daran hat in Osttimor niemand so sehr Anteil wie José Ramos-Horta. Als strikt unparteiischer Präsident hat er sich ganz der Wiederherstellung von nationaler Einheit und Frieden verschrieben: Es galt nicht weniger, als die tiefen Spaltungen in der Politik auszubalancieren, die Gräben in der Gesellschaft, die sich mit einer regionalen Ost-Westteilung aufmachten, zu überwinden und gleichzeitig die nötige Unterstützung durch die Vereinten Nationen und internationale Sicherheitskräfte zu verhandeln. Inzwischen sind die Präsidentschaftswahlen über die Bühne gegangen. Das Ergebnis spiegelt gewissermaßen den Aufbruch wider, den das Land gerade vollzieht: Die Wähler und Wählerinnen setzen auf Wechsel. ♦

### Quellen

Security Council SC/10554, 6771st Meeting: Security Council extends Mission in Timor-Leste until 31 December, endorses phased Drawdown following successful 2012 Elections, 23 February 2012

La'õ Hamutuk: Open Letter to all Members of the United Nations Security Council, 15 Februar 2012

JSMP, KontraS, amnesty international: Open Letter to all Members of the Security Council regarding Justice, Truth and Reparation in Timor-Leste, 20.02.2012

Osttimor vor dem UN Menschenrechtsrat

# »Wir müssen selbst entscheiden, ob wir Reformen oder Stagnation wollen«

Interview mit Botschafter Joaquim da Fonseca

Der sogenannte *Universal Periodic Review* (UPR) ist ein relativ neues Instrument des Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen. Seit 2008 werden jedes Jahr 48 Staaten von anderen UN Mitgliedsstaaten und Nichtregierungsorganisationen auf ihre Menschenrechtslage hin überprüft. Bei 193 Mitgliedstaaten wird somit jedes Land alle vier Jahre geprüft.

Osttimor legte seinen Bericht 2011 vor und erhielt von anderen Staaten 125 Vorschläge zur Verbesserung der Menschenrechtslage. Im März berichtete das Land dem Rat darüber, welche Vorschläge es annehmen werde. Die Regierung zeigte sich offen für Verbesserungen, unterstrich jedoch dass viele der Probleme außerhalb der Kompetenzen der Regierung lägen. Die Vorschläge decken eine große Bandbreite ab: von der Ratifizierung internationaler Abkommen zu Gesundheitsversorgung und Kinderrechten, über häusliche Gewalt, Recht auf Bildung bis hin zur Stärkung von rechtlichen Institutionen und vieles mehr. Für Kontroverse sorgte erneut das Thema Umgang mit den Menschenrechtsverbrechen der Vergangenheit. Während sowohl die osttimoresische als auch die indonesische Delegation die bisherigen Errungenschaften im bilateralen Prozess der Freundschaftskommission CTF hervorhoben, erinnerten nationale und internationale Menschenrechtsorganisationen an die Verpflichtung Osttimors, auch die Empfehlungen der Wahrheitskommission CAVR umzusetzen. Sie kritisierten Straflosigkeit und mahnten die Rechte der Opfer auf Gerechtigkeit, Wahrheit und Reparationen an. Interessant hierbei war, dass diese Kritik an der offiziellen Linie in Genf von einer staatlichen osttimoresischen Institution, der *Provedoria de Direitos Humanos e Justiça* im Plenum vorgetragen wurde.

Der ehemalige Menschenrechtsaktivist Joaquim da Fonseca ist heute Botschafter der Ständigen Vertretung Osttimors bei den Vereinten Nationen in Genf und nahm somit eine Schlüsselposition beim ersten *Universal Periodic Review* des Landes vor dem UN Menschenrechtsrat ein. Henri Myrntinen sprach mit Joaquim da Fonseca am Vorabend der zweiten Lesung des UPR-Berichtes.

**Herr Botschafter, morgen wird der erste UPR-Prozess Osttimors zu Ende gehen. Wie haben sie diesen Prozess empfunden? Was nehmen Sie persönlich daraus mit?**

Ja, es war auf jeden Fall ein intensiver, auch oft anstrengender Prozess, aber ich bin mit dem Endergebnis zufrieden. Wir alle haben sehr viel gelernt. Wir mussten uns damit auseinandersetzen, was die verschiedenen Menschenrechtsideale in der gelebten Wirklichkeit bedeuten. Was haben zum Beispiel die von uns unterzeichneten und ratifizierten Konventionen für reelle Auswirkungen auf das Leben in den Dörfern, auf die Landwirtschaft oder aber auf das Leben von Kindern? Ich glaube, wir alle haben sowohl unser Land als auch die Menschenrechte in einem viel tieferen Sinne als bisher kennengelernt.

Wichtig für mich war der Ansatz des ganzen Prozesses: Obwohl die Kritik teilweise sehr hart war, wurde sie immer in einem konstruktiven Geist vorgebracht mit einem Blick darauf, was man wie verbessern könnte und wie man zur Verbesserung der Menschenrechtslage zusammenarbeiten kann.

Bedeutsam für uns war auch zu sehen, wie viel Interesse es an Osttimor gibt. Auch wenn natürlich nicht alle Delegationen ihre Botschafter zu der ersten Lesung des Berichtes geschickt hatten, so blieb der Saal doch bis zum Ende voll und es gab 56 Länder, die eine Wortmeldung geben wollten – von denen jedoch aus zeitlichen Gründen nur 40 reden konnten. Die ASEAN-Länder saßen alle in der ersten Reihe, der indonesische Botschafter flog sogar extra für einen Tag von einer Konferenz in Nairobi ein, nur um präsent zu sein.

**Sowohl beim UPR als auch jüngst bei der Sitzung des UN Sicherheitsrates zu Osttimor kam das Thema der Aufarbeitung der Vergangenheit auf. Es ist auch ein Thema, das für osttimoresische und internationale Menschenrechtsorganisationen wichtig ist. Wie sehen Sie die Implementierung der Empfehlungen der Wahrheitskommissionen CAVR und CTF?**

Ich glaube, man muss hier auch einen Blick auf das bisher Erreichte werfen. Die Tatsache, dass das Parlament die Berichte nicht debattiert hat, heißt nicht, dass nichts passiert wäre. Man muss auch bedenken, dass das Parlament ja für die allermeisten Empfehlungen überhaupt nicht zuständig ist. Die Regierung hat zum Beispiel über das Ministerium für Soziale Solidarität und andere Institutionen viele der Empfehlungen umgesetzt, so im Bereich der Unterstützung für Hinterbliebene, für Kriegswaisen und für Veteranen.

Auch müssen wir uns im Klaren sein, dass die Empfehlungen sich ja nicht nur an die osttimoresische Seite richten, sondern auch an andere: Indonesien, Australien, die Vereinigten Staaten, die UN, die Weltgemeinschaft.

Zwar spielte Indonesien eine zentrale Rolle, aber das Gesamtbild war wesentlich größer und komplexer. Wenn man sich die Akteure anschaut, an welche die Empfehlungen gerichtet wurden, so sieht man, dass Osttimor da doch bisher am meisten getan hat. Wir versuchen das zu tun, was wir können, aber vieles wurde und wird nicht bei uns, sondern in anderen Hauptstädten entschieden. Da wünsche ich mir manchmal etwas mehr Nachsehen mit Osttimor. Man kann nicht von uns erwarten, dass wir als kleinstes der Länder, als das Opfer, uns als Chefankläger generieren könnten.

Das Wichtigste ist meines Erachtens, dafür zu sorgen, dass es in der Gegenwart und in der Zukunft nicht zu weiteren Menschenrechtsverletzungen kommt. Da müssen wir stärkere Institutionen und mehr Verständnis für die Bedeutung von Menschenrechten schaffen. Dabei müssen wir auch lernen, dass nicht nur Bürgerrechte und politische Rechte wichtig sind, sondern auch die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte.

**Kommen wir damit auf die aktuelle Menschenrechtslage zu sprechen. In verschiedenen Berichten, so im UPR-Bericht oder auch im UN Sicherheitsrat, werden Probleme bei zentralen nationalen Institutionen benannt, wie zum Beispiel bei den Sicherheitskräften, beim Ombudsman (Provedora) oder bei der Antikorruptionsbehörde KAK.**

### *Wie sehen Sie die aktuelle Lage?*

Es leugnet niemand, dass es noch Probleme und Aufbaubedarf bei diesen verschiedenen Institutionen gibt. Die Probleme sind unterschiedlich und haben viel mit den verschiedenartigen Strukturen, Rollen und der Geschichte der Institutionen zu tun.

Bei den Streitkräften, der F-FDTL, gibt es eine gute Entwicklung. Wo die Institution noch 2006-2008 schwere interne Krisen durchlebte, hat sich die Lage jetzt stabilisiert. Ich glaube, das

hat vor allem mit zwei Faktoren zu tun: einerseits mit der hohen Moral und Qualität der Leute, die aus der *Falintil* (ehem. Widerstandsarmee) in die F-FDTL kamen. Zum anderen sind die Streitkräfte abgeschotteter von der Gesellschaft, da lassen sich Reformen einfacher und wirkungsvoller durchführen. Dank der Werte der Leute, die aus dem Widerstand kamen, und aufgrund der relativen Isolierung sind die Streitkräfte weniger anfällig für, sagen wir mal, die gesellschaftlichen Übel, die es auch bei uns gibt.

Bei der Polizei, der PNTL, ist das natürlich komplett anders. Sie

muss sich täglich und aktiv mit diesen gesellschaftlichen Übeln auseinandersetzen. Und wie das indonesische Sprichwort besagt: »Man kann nicht ins Wasser fallen ohne nass zu werden.« Aber auch hier sehe ich Fortschritte. Dass jetzt mehrere Polizeioffiziere unehrenhaft entlassen wurden auf Grund von Beschwerden aus der Bevölkerung, die bei der *Provedora* eingingen, ist nur positiv zu bewerten. Ich finde das sehr, sehr ermutigend. Erstens zeigt es, dass die PNTL willens ist, wie es sich gehört, sich den Entscheidungen anderer staatlicher Institutionen zu unterwerfen. Zweitens hat die Bevölkerung gelernt, dass es funktionierende Beschwerdemechanismen gibt.

Das bringt mich zur *Provedora*. Nach den anfänglichen Schwierigkeiten fangen die Menschen langsam aber sicher an, diesen Mechanismus zu nutzen. Das stimmt mich zuversichtlich. Früher haben sie ihre Probleme dem *Padre* (Pastor) oder dem *chefe de suco* (Dorfchef) erzählt oder versuchten, an Xanana, den Premierminister und früheren Präsidenten, ranzukom-

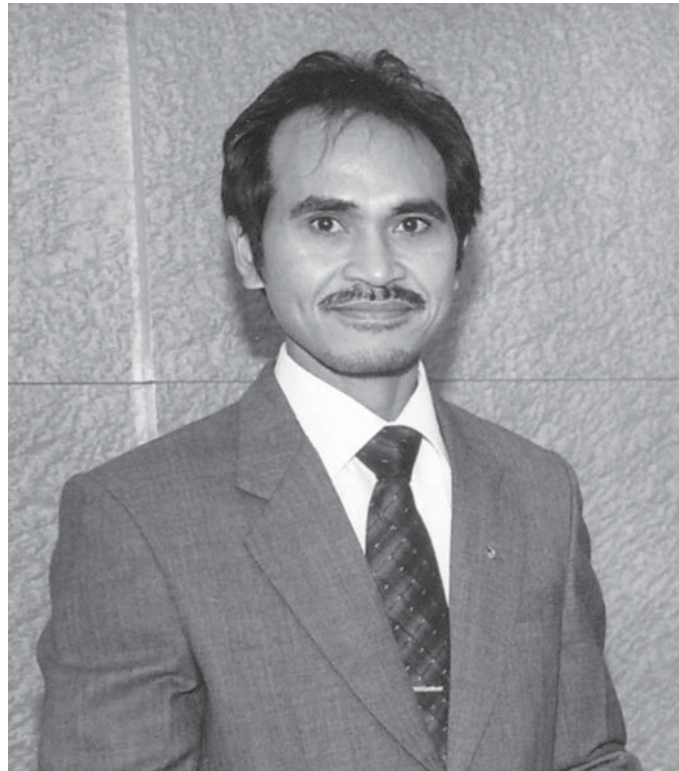


Foto: privat

men, was natürlich alles nutzlos war. Inzwischen kann auch die Staatsanwaltschaft effektiv mit dem Material arbeiten, was von der *Provedora* kommt und muss es nicht wegen Mängeln zurückschicken.

Kapazitätsprobleme gibt es natürlich auch bei der Antikorruptionsbehörde KAK, die ja sehr neu ist. Wie bei vielen anderen unserer Institutionen hat sie viele Kompetenzen erhalten, hat aber bisher nicht die Kapazität, diese auch effektiv umzusetzen. Aber auch hier gibt es Fortschritte. Für mich ist auch wichtig, dass die Institutionen nicht vor der Macht kuschen: einen Vizepremierminister und einen Außenminister vorzuladen ist ein starkes Zeichen.

Dies trägt hoffentlich zu einem Sinneswandel bei der Bevölkerung bei. Bis heute stößt man oft auf Apathie und Resignation, wenn es um die Staatsmacht geht. Man misstraut ihr, hat aber das Gefühl, ihr gegenüber ohnmächtig zu sein. Das ist ein Relikt aus der Vergangenheit, mit dem wir aufräumen müssen.

***Beim UPR wurden ja viele dieser Probleme angesprochen. Inwiefern kann dieser Prozess bei deren Bewältigung helfen?***

Erst einmal möchte ich nochmal betonen, dass wir den ganzen Prozess als einen sehr nützlichen und konstruktiven empfunden haben. Von den 125 Empfehlungen haben wir 88 sofort angenommen, bei den Übrigen haben wir noch Rücksprache mit Dili gehalten. Eine der zentralen Erkenntnisse kam aber im Bericht nicht direkt vor. Wir mussten bei diesem Prozess wieder einmal feststellen, dass uns wichtige Feedback-Mechanismen in der Verwaltung fehlen. Viel zu vieles geschieht bei uns *ad hoc* und hängt von der Initiative Einzelner ab.

Mit dem UPR-Bericht haben wir aber jetzt auch ein äußerst nützliches Instrument zur Verbesserung unserer Menschenrechtslage in der Hand. Dadurch kann jeder sehen, was wir gemacht haben, was wir aktuell machen und wo es bei uns hapert. Mit dieser gründlichen Analyse unserer Lage kann ich jetzt den Botschafter des Landes X anrufen und sagen, »wie sie wissen, haben wir hier und da Mängel, wäre es da möglich eine Zusammenarbeit zur Verbesserung der Lage einzuleiten?« Ich hoffe, dass wir so die etwas abgehobenen Debatten hier in Genf mit der Realität vor Ort in Osttimor verbinden können. Dabei muss es sich nicht um Projekte in Millionen- oder Milliardengröße handeln. Mit gezielter Hilfe kann man auch mit wenigen Mitteln eine große Wirkung erreichen. Wichtig ist, dass Wissen weitervermittelt wird – was leider bei den UN Missionen bei uns im Lande meist nicht der Fall war.

***Stichwort UN-Missionen. Wie wird sich der Abzug der UNMIT aus Ihrer Sicht auswirken?***

Ich denke, es ist an der Zeit für sie zu gehen. Wir müssen selber die Verantwortung übernehmen. Die Institution, die am meisten von der UN abhängig ist, ist die PNTL. Und gerade da sehe ich den größten Nutzen eines Abzugs. Ab dann muss die Polizei selbst für ihre Taten und Unterlassungen gerade stehen, da können sie nicht mehr mit dem Finger auf die *Malaes* (Ausländer) zeigen oder darauf warten, dass es die *Malaes* schon richten. Da werden wir uns dann selbst entscheiden müssen, ob wir Reformen oder Stagnation wollen.

Ich finde den gemeinsamen Übergangsplan grundsätzlich gut, aber was mich etwas daran stört, ist, dass das Ganze zu einem Verhandlungsprozess geworden ist. Es ist ein Geben und Nehmen, wo ich mir denke, die UN könnte sich nach all diesen Jahren auch einmal etwas zurückhalten und uns mal machen lassen.

Ich denke auch, dass wir keine neue UN Mission brauchen. Was wir brauchen, sind starke lokale Institutionen. Wenn wir starke osttimoresische Menschenrechtsorganisationen haben, werden sie in unserem Land viel mehr Einfluss haben als irgendein ausländischer Berater, auch wenn er ein noch so hohes Amt bekleidet.

***Sie treten ja bereits seit Jahrzehnten für Menschenrechte ein, zunächst als Aktivist bis Sie schließlich zum Diplomaten berufen wurden. Wie war dieser Wechsel für Sie persönlich?***

Es war natürlich schon eine neue Situation, nicht mehr nur seine eigene Position einzubringen, sondern die Außenpolitik des Landes, das man repräsentiert, mitdenken zu müssen. Dabei kommt mir von meiner Regierung viel Vertrauen entgegen, denn wir haben ja noch nicht zu allen Fragen ausgearbeitete außenpolitische Richtlinien.

Früher, als wir für die Unabhängigkeit kämpften, waren wir in einer anderen Lage. Damals haben wir viel mit anderen Soli-Gruppen gearbeitet, die jetzt zu uns kommen und eventuell enttäuscht sind. Als Staat können wir uns nicht mehr so positionieren wie damals als Aktivisten, aber dafür haben wir jetzt neue Möglichkeiten. Nehmen wir Burma als Beispiel. Da waren wir früher in der Soli-Bewegung zusammen, aber heute haben wir im Staatsapparat andere Möglichkeiten auf die Lage einzuwirken, indem wir auch direkt mit der burmesischen Regierung reden können. Das heißt nicht, dass wir unsere Prinzipien über Bord geworfen haben, aber dass wir eben jetzt andere Gestaltungsmöglichkeiten haben.

Persönlich ist es für mich auf dieser Stelle in Genf auch schön, mich die weiter für Menschenrechte einsetzen zu können. Darüber treffe ich auch viele alte Bekannte, sei es aus verschiedenen Organisationen oder aber auch andere Botschafter, die ich noch aus der Zeit kenne, als ich noch Aktivist war. ♦

# Muttersprachlicher Unterricht soll Kindern das Lernen erleichtern

von Monika Schlicher

Ein Pilotprojekt zur Einführung von muttersprachlichem Unterricht in Grundschulen erhitzt in Osttimor die Gemüter und sorgt für heftige Kontroversen. In der Bevölkerung löst es die Angst aus, die Einheit und Identität des Landes sei gefährdet. Es solle lediglich Kindern das Lernen erleichtern, hält das Bildungsministerium dagegen. Das Parlament trat zu einer Dringlichkeitssitzung zusammen.

Schon zu Zeiten der portugiesischen Kolonialherrschaft war das Bildungswesen in Osttimor ein gänzlich vernachlässigter Bereich. Die Analphabetenrate lag bei 95-98%. Während der indonesischen Herrschaft wurde das Land mit Grundschulen überzogen, das schulische Niveau blieb jedoch, auch im Vergleich mit »anderen Provinzen« Indonesiens, äußerst niedrig. Osttimor hatte innerhalb von Indonesien die wenigsten Schulabgänger. Die Lehrer waren mehrheitlich Indonesier (rund 75%). Viele Kinder waren zwar in einer Schule registriert, erschienen aber nicht oder nur

selten zum Unterricht. 1999, nach dem Votum für die Unabhängigkeit, zerstörten Milizen mit Unterstützung des indonesischen Militärs nahezu alle Schulen im Land. Schon im Vorfeld des Referendums war vielerorts kein geregelter Unterricht mehr möglich, da die indonesischen Lehrer das Land verlassen hatten. 1999 konnten rund 49 % der Bevölkerung nicht lesen und schreiben, wobei die Analphabetenrate bei Mädchen und Frauen deutlich höher lag.

Erst Mitte 2001 konnte der Schulbetrieb in Osttimor wieder aufgenommen werden. Das Bildungswesen musste komplett neu aufgebaut werden, das junge Land stand vor einer Mammutaufgabe. Nicht nur mussten Schulen gebaut und ausgestattet werden, sondern es galt auch Lehrinhalte zu entwickeln und vor allem Lehrer auszubilden. Dem nicht genug, stellte die Umstellung auf die neue Unterrichtssprache Lehrer wie Schüler vor größte Herausforderungen. Mit der Unabhängigkeit gelten in Osttimor Portugiesisch und die lokale Sprache Tetum als offizielle Landessprachen. Bahasa Indonesia und Englisch sind in der Verfassung als Arbeitssprachen aufgeführt, die neben den offiziellen Sprachen gebraucht werden dürfen, solange dies noch als nötig erachtet wird.



## Sprache als Ausdruck von Identität

Die Sprachenregelung ist in Osttimor politisch nicht unumstritten. Die Wahl des Portugiesischen ging von der alten Elite, der Generation 1974/75, aus, die Schlüsselpositionen in der Führung des Landes einnimmt. Portugiesisch war die Sprache des Widerstandes und mit der Entscheidung für diese Sprache sollte die kulturelle und historische Abgrenzung zur Nachbarwelt deutlich gemacht werden. Darüber hinaus fand Osttimor damit den Anschluss an die große Gemeinschaft der Portugiesisch sprechenden Ländern weltweit. Für



Premierminister Xanana Gusmão ist diese Sprache Ausdruck der osttimoresischen Identität – einer Identität, die eben auch geprägt sei durch die portugiesische Kolonialherrschaft.

Osttimor ist ein junges Land. Eine eigene osttimoresische Identität hat sich infolge des Widerstands gegen die brutale Einverleibung durch Indonesien herausgebildet. Nachdem das Ziel – die Unabhängigkeit – erreicht war, ringt das Land heute mit der Aufgabe, seine Identität als Staat und Nation zu festigen.

Für das sich vom Joch des Kolonialismus befreiende Indonesien war seinerzeit die Wahl von Bahasa Indonesia als Nationalsprache (»Ein Land, ein Volk, eine Sprache!«) ein Glücksgriff: »Eigentlich dem Malaiischen entlehnt, wurde diese Sprache von praktisch keinem der indonesischen Völker als Muttersprache gesprochen, aber als weit verbreitete Verkehrs- und Handelssprache von sehr vielen verstanden« (Alex Flor: Einheit ohne Gemeinsamkeit in: Länderprofil Indonesien, DGB Bildungswerk 2007, S. 39). Dagegen wird Portugiesisch, das in Osttimor nun dieselbe identitätsstiftende Funktion übernehmen soll, bislang nur von einer Minderheit gesprochen und verstanden. Für das Gros der Bevölkerung, besonders für die junge Generation, die unter der Herrschaft Indonesiens aufgewachsen ist, ist Indonesisch die geläufige Sprache. Als *Lingua franca* hat sich die lokale Sprache Tetum – genauer deren kreolische Variante Tetum Praca, die viele Wörter aus dem Portugiesischen und dem Indonesischen aufgenommen hat – über die Jahrhunderte etabliert. Für gut 40% der Bevölkerung ist Tetum Muttersprache. Als Schriftsprache ist sie bislang jedoch nur mäßig standardisiert.

Insgesamt gibt es im kleinen Osttimor mindestens 17 Sprachen, ungezählt der verschiedenen Dialekte. In der Verfassung erfahren sie neben Tetum als »andere nationale Sprachen« Anerkennung und Wertschätzung. Bei der Volkszählung 2010 wurde die Bevölkerung nach ihrer jeweiligen Muttersprache erfasst. Die Erhebung erfasste 32 »lokale« Sprachen plus Portugiesisch, Indonesisch, Englisch, Malaiisch, Chinesisch und andere mehr.

Den Schlüssel, um Portugiesisch als Nationalsprache zu befördern, hat der Bildungssektor inne. Portugal und die portugiesischsprachigen Länder fördern die Lehrerbildung und haben selbst viele Lehrer nach Osttimor geschickt. Der Unterricht wird vielerorts noch mehr schlecht als recht auf Portugiesisch abgehalten; zu Hause und im Alltag sprechen die Kinder Tetum oder eine andere Sprache. Trotz großer Anstrengungen, die im Bildungsbereich bisher unternommen wurden, sanken insgesamt Niveau und Qualität. Nur die Hälfte der Schülerinnen und Schüler beendet die Grundschule.

---

## Kinder verlieren die Freude am Lernen

Seit einigen Jahren ging man deshalb dazu über, den Schulen freizustellen, ob sie die Kinder in den ersten Klassen auf Tetum unterrichten möchten. Doch das Ni-

veau blieb weiterhin bescheiden. Durchschnittlich brauchen die Kinder 11,2 Jahre, um die 6. Klasse abzuschließen, heißt es im *Strategic Plan for Education 2011 – 2030* des Bildungsministeriums. Über 70 % der Schülerinnen und Schüler beenden die Schule vor der 9. Klasse, wobei in den ersten beiden Klassen die höchsten Abgangsraten zu verzeichnen sind. Die Kinder haben Schwierigkeiten, den Stoff zu erfassen und verlieren das Interesse am Lernen, da sie in einer Sprache unterrichtet werden, der sie nicht mächtig sind. Zu diesem Ergebnis kommt eine Erhebung, die von einem timoresischen Team von Experten mit Hilfe der NGO BELUN durchgeführt wurde. Eine der wesentlichen Empfehlungen der Studie ist, die Kinder in den ersten Jahren in ihrer Muttersprache zu unterrichten. Dies berge für die Kinder die besten Voraussetzungen und würde es auch den Eltern ermöglichen, ihre Kinder zu Anfang ihres schulischen Weges besser begleiten zu können. Tetum und Portugiesisch sollten später als 2. und 3. Sprache gelernt werden.

Im April 2010 hat der Nationale Bildungsrat daher eine *Task Force* gebildet und die Empfehlung aufgegriffen. Es wurde ein Netzwerk für die Förderung von multilingualer Bildung gebildet, dem neben dem Ministerium und der Nationalen Kommission der UNESCO zahlreiche lokale und internationale NGOs sowie weiteren Experten angehören. Dieses hat in den vergangenen 18 Monaten etliche öffentliche Anhörungen und Konsultationen durchgeführt. Unter der Koordination von Kirsty Sword-Gusmão, Osttimors *Good Will*-Botschafterin für Bildung und Vorsitzende der Nationalen UNESCO Kommission, sowie Agostinho Caet vom Bildungsministerium hat das Netzwerk nun ein Konzept für eine auf Muttersprachen basierende multilinguale Bildungspolitik vorgelegt. In zwölf ausgewählten Schulen in den Distrikten Manatuto, Lautem und Oecussi soll das neue Konzept als Pilotprojekt ausprobiert werden. In den drei Distrikten wurden Muttersprachenräte ins Leben gerufen. Gemeindemitglieder engagieren sich dort für die schriftliche Entwicklung ihrer Sprachen und helfen den staatlichen Stellen, Bildungsmaterialien zu erstellen. Lehrer haben spezielle Schulungen erhalten. Falls sich dieses Konzept als sinnvoll erweist, soll es in die Lehrerbildung integriert werden.

---

## Bedroht muttersprachlicher Unterricht die nationale Einheit?

Was für die einen ein innovatives Konzept zur Verbesserung des Bildungsniveaus und zur Begegnung von Osttimors Sprachenvielfalt ist, stößt bei anderen auf Skepsis und neuerdings gar auf offene Ablehnung: wie ist dieses Konzept praktisch umsetzbar? Wäre es nicht vorrangig, andere enorme Aufgaben, vor denen Osttimors Bildungssektor noch steht, zu bewältigen? »Es gibt auch den Argwohn, wir wollten mit dem Vorhaben die offiziellen Sprachen ersetzen«, so Agostinho Caet.

»Dabei wollen wir damit den Kindern helfen, besser Portugiesisch und Tetum lernen zu können.«

Bereits im August 2011 befasste sich das Parlament mit dem muttersprachlich basierten Bildungskonzept und bekräftigte in einer Resolution die Sprachenpolitik des Landes. Jegliche Änderung der offiziellen Sprachen würde das Land zur Bedeutungslosigkeit verdammen.



Arbeit statt Schule?

Kirsty Sword-Gusmão sieht ein Haupthindernis in dem durch den Kolonialismus eingeflochtenen Minderwertigkeitsgefühl, welches viele verinnerlicht haben: Eltern befürchten, dass ihre Kinder mit dem muttersprachlichen Unterricht einen Schritt rückwärts tun, da sie ihre eigene Sprache als primitiv ansehen. Dies könne sich ändern, wenn die Eltern erst einmal sehen, welche Fortschritte ihre Kinder durch den muttersprachlichen Unterricht machen. In einer Grundschule in Manatuto sei dieser bereits Alltag: die Gemeinde habe sich dafür entschieden, dass die Kinder in den ersten Klassen in der lokalen Sprache Gologei unterrichtet werden. Auch die Eltern der für das Pilotprojekt ausgewählten Schulen stünden dem Vorhaben positiv gegenüber.

Doch die Skepsis ist weit verbreitet und offenbar trifft das Vorhaben auf eine tief sitzende Angst. Ausge-

rechnet das NGO-Netzwerk FONGTIL und das Frauennetzwerk REDE FETO haben nun ihre komplette Ablehnung erklärt. Dies ist umso erstaunlicher, da einige der in diesen Netzwerken verankerten NGOs bislang an der Entwicklung der neuen Bildungspolitik mitgewirkt hatten. Die muttersprachliche Bildungspolitik drohe die nationale Einheit und Identität zu zerstören und befördere

stattdessen Regionalismus und Separation, heißt es in einer Erklärung der Netzwerke. Um die dadurch losgetretene Debatte wieder einzufangen, lud das Netzwerk für die Förderung von multilingualer Bildung zu einem öffentlichen Seminar ein. Dort kam es zum Eklat, als zwei sehr aufgebrachte Frauenaktivistinnen ihren Emotionen freien Lauf ließen und Kirsty Sword-Gusmão mit dem Konzeptpapier zur Bildungspolitik bewarfen. Sie sahen sich später zu einer Entschuldigung für ihr Verhalten genötigt, nachdem Premierminister Gusmão ihr Verhalten verurteilt hatte.

Auf Antrag der *Fretilin*-Fraktion trat am 8. Februar 2012 das Parlament zu einer Dringlichkeitssitzung zu-

sammen. Premierminister Gusmão und Bildungsminister Cândia Freitas erläuterten erneut die Ziele und Inhalte des Projektes. Doch auch das Parlament blieb gespalten. Präsident Ramos-Horta rief zu einem pragmatischen Umgang auf. Man möge zunächst das Pilotvorhaben unterstützen. Erst dessen Auswertung werde zeigen, ob die gewünschten Ergebnisse erzielt wurden und das Konzept landesweit umgesetzt werden solle.

Die Angst vor Spaltung sitzt offenbar tief. Unter der Oberfläche der nationalen Einheit scheinen viele Konflikte zu brodeln. Für die Schulkinder von Osttimor wäre es jedenfalls wünschenswert, wenn sie zukünftig im Zentrum der Bildungspolitik stünden, wie Premierminister Gusmão betonte. Bildung ist der Schlüssel zum Aufbau und Entwicklung der jungen Nation. ♦

Foto: Monika Schlicher

## Armut:

# Allgegenwärtig und weitverbreitet

von Monika Schlicher

Trotz Fortschritten bei der Armutsbekämpfung braucht es größere Anstrengungen, um sicher zu stellen, dass Wachstum und internationale Unterstützung zum Nutzen der Ärmsten sind«, schlussfolgert Magdalena Sepúlveda, die Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen für extreme Armut und Menschenrechte, am Ende ihrer Untersuchungsmission. Osttimors Wirtschaft verzeichnet zweistellige Wachstumsraten, doch es ist eine zweigleisige Entwicklung, bei der die ländliche Region gegenüber der Hauptstadt Dili den Kürzeren zieht. Von den 75% der Bevölkerung, die in der ländlichen Region leben, verbleibe, so die Sonderberichterstatterin, die Mehrheit verankert in einem generationenübergreifenden Teufelskreis von Armut.

Die Sonderberichterstatterin war auf Einladung der Regierung vom 13. bis 18. November 2011 in Osttimor. Sie richtete ihr Augenmerk auf eine ganze Palette von Aufgabenfeldern: Im Fokus ihres Interesses standen nachhaltige Entwicklung, Zugang zu Basisversorgung, Gesundheit und Bildung, des weiteren Geschlechtergleichheit und als übergeordnetes Thema die Umsetzung von wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechten. Hierzu sprach sie mit Mitgliedern von Regierung und Zivilgesellschaft, suchte u.a. Einrichtungen wie die Anti-Korruptionsbehörde, die Nationale Kommission für die Rechte von Kindern und die *Vulnerable Persons Unit* der Polizei auf. Vor allem machte sie sich auf, in den ländlichen Regionen wie auch in der Hauptstadt diejenigen zu treffen, die von extremer Armut betroffen sind und ließ sich von ihren Erfahrungen im täglichen Überlebenskampf berichten.

Osttimor, so unterstrich sie in ihrem vorläufigen Bericht, habe in den vergangenen 10 Jahren beim Aufbau des Landes enorme Fortschritte erzielt und es seien Schritte zur Konsolidierung von Frieden und Sicherheit – Grundvoraussetzung für Entwicklung – erfolgt. Sie begrüßt den Schwerpunkt auf Armutsbekämpfung im Nationalen Strategischen Entwicklungsplan der Regierung, mahnt jedoch an, dass wirtschaftliches Wachstum und Entwicklung noch nicht zu einer nachhaltigen Verbesserung des Lebensstandards und der Existenzgrundlage der Bevölkerung beigetragen haben. Das zeigt sich auch auf dem Arbeitsmarkt, wo es massiv an freien Stellen mangelt. Rund 41 % der Bevölkerung müssen mit weniger als einem US\$ pro Tag auskommen. Schät-



Armut hat viele Gesichter

Foto: Maria Tschanz

zungsweise 58% der Menschen leiden unter chronischer Mangelernährung, weitere 19% unter akuter Mangelernährung. Sepúlvedas Augenmerk richtet sie auf die hohe Arbeitslosigkeit, vor allem unter der jungen Bevölkerung, und die Analphabetenrate. Sie fordert die Regierung von Osttimor auf, die Ausgaben im Sozialwesen und zur menschlichen Entwicklung zu erhöhen, insbesondere mehr für Bildung und das Gesundheitswesen aufzuwenden. Es müssten noch erheblich mehr Anstrengungen unternommen werden, damit wirtschaftliches Wachstum und internationale Hilfe allen Menschen in Osttimor zu Gute kommen. Dazu brauche es Investitionen in die Landwirtschaft, in die ländliche Entwicklung und den Nicht-Öl-Sektor der Wirtschaft, damit das Land nicht zu stark von seinen natürlichen Ressourcen abhängig wird. Einen ausführlichen Bericht wird die Sonderberichterstatterin dem Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen im Frühjahr 2012 vorlegen. ♦

**Quelle:** Magdalena Sepúlveda, Special Rapporteur on Extreme Poverty and Human Rights, Mission to Timor-Leste from 13 to 18 November 2011, Preliminary Observations and Recommendations

# Angesagt – aus der Arbeit von Watch Indonesia!

**Nr. 8, November 2011 – März 2012**

## Überleben in der Megacity Jakarta

Das *Berliner Entwicklungspolitische Bildungsprogramm* (Benbi) stand 2011 unter dem Motto »Stadtwelten«. Vom 7.-11. November 2011 konnten SchülerInnen Berliner Schulen in Workshops zahlreicher NGOs mehr über aktuelle Entwicklungen in Städten lernen. Watch Indonesia! beteiligte sich mit 17 Workshops, welche unter der Überschrift »ÜberLeben in der Megacity Jakarta« für drei Altersstufen konzipiert waren, an dem Programm. Die Workshops leiteten Marianne Klute und Stefanie Hess, unterstützt von Joscha Münter und Bobby Simanjuntak.

GrundschülerInnen hatten die Aufgabe, an Hand von Briefen indonesischer Kinder die Strategien des Überlebens der urbanen Armen zu erkennen. SchülerInnen der Mittelstufe lasen gemeinsam den Bericht der Vertreibung von Tausenden Familien in Jakarta und erarbeiteten daraus die Probleme, mit denen die Einwohner einer wuchernden Metropole konfrontiert sind. SchülerInnen der Sekundarstufe II suchten in einem Rollenspiel an einem virtuellen Runden Tisch im Rathaus von Jakarta nach Lösungen für die Probleme der Megacity. »Überschwemmungen und Verkehrsinfarkt müssen gelöst werden«, sagte eine Schülerin. »Doch die Behörden sollten ihr Verhalten gegenüber den Menschen und besonders den Armen ändern.«

### »Die Freiheit, für die wir kämpfen...«

Um Osttimor ist es still geworden, das junge Land ist weitgehend aus den Schlagzeilen verschwunden. Der Öffentlichkeit ist kaum bekannt, wie Osttimor seit der Unabhängigkeit 2002 den Aufbau eines demokratischen Staates gestaltet und wie die Menschen um die Bewältigung der Vergangenheit ringen. Henri Myrntinen und Monika Schlicher von *Watch Indonesia!*, Ko-Autoren des gleichnamigen politischen Lesebuches, berichteten an Hand von beeindruckenden Fotos anschaulich, wie die Menschen in Osttimor den politischen Wandel und die gesellschaftlichen Umbrüche in ihrem Land erleben und wie sie nach Jahrhunderten der Unterdrückung und Fremdbestimmung nach ihrer Identität und ihrem

eigenen Weg suchen. Tiefe Einblicke in die gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen wechselten dabei ab mit O-Tönen aus Osttimor. Die lebhafteste Diskussion im *taz Café* am 14. November 2011 mit dem fachkundigen Publikum moderierte *taz*-Asienredakteur Sven Hansen.

Das Buch »Die Freiheit, für die wir kämpfen ...«, herausgegeben von Henri Myrntinen, Monika Schlicher und Maria Tschanz für *Watch Indonesia!*, ist bei uns für 18,90 Euro erhältlich.

## Der Wert des Regenwaldes

Regenwald heißt mehr als nur Holz. Der Wald bietet Nahrung, Medizin und Einkommen, Er reguliert das Wasser und reinigt die Luft. Darüber hinaus ist der Wald auch kultureller und spiritueller Raum. Wie wichtig der Regenwald auch für uns, die wir in gemäßigttem Klima leben, ist, lernten Kinder der Klassen 1-3 in dem Workshop »Der Wert des Waldes« mit Stefanie Hess und Marianne Klute am 15. November 2011 an der Pettenkofer-Grundschule in Berlin. Ganz nebenbei erfahren sie viel von der indonesischen Inselwelt. Die Lerneinheit »Der Wert des Waldes« ist Teil des Watch Indonesia! Programms zum Globalen Lernen und kann bei uns angefordert werden.

## Die Regenwaldkämpfer kommen

»Wir wollten unser Land zurück!« sagte Rusdi, Bürgermeister des Dorfes Karang Mendapo in Jambi. Seit Jahren kämpft er gegen Landraub und Umweltzerstörung durch den Konzern *Sinar Mas*. Seine Geschichte ist eine erfolgreiche: *Sinar Mas* hat sich von dem Land zurückgezogen. Doch der Weg war schwer: Rusdi kam ins Gefängnis, und trotz der Beilegung des Konfliktes wird er weiterhin bedroht. Erst kürzlich wurde er wieder einmal verprügelt. Ein weiterer Fall von Gewalt auf Ölpalmplantagen ist der des Dorfes Sungai Beruang in Jambi. Vor wenigen Monaten zerstörten Sicherheitskräfte einer Palmölfirma des Konzerns *Wilmar* das Dorf, in dem ehemalige Waldnomaden, die *Suku Anak Dalam*, inmitten von Plantagen noch leben. In Beglei-

tung ihres Rechtsanwaltes reisten im Dezember 2011 zwei der *Suku Anak Dalam* nach Deutschland. In Berlin standen Lobbygespräche und eine Veranstaltung mit *Watch Indonesia!* auf dem Programm.

Die Veranstaltung bot den zahlreichen Gästen Gelegenheit, mit den sieben Indigenen und Umweltaktivisten direkt zu sprechen. Diese berichteten zur aktuellen Ausweitung der Ölpalmpflanzungen, die für die Umwelt und den sozialen Frieden äußerst bedrohlich sei. Problematisch sei auch die rechtliche Unsicherheit, mit der nicht nur Indigene ohne Grundbucheintrag konfrontiert sind, sondern auch die lokalen Behörden und Firmen. Einige Gesetze erleichtern die Umwandlung von Wald und landwirtschaftlich genutzten Flächen, andere definieren die Bedingungen für den Betrieb einer Plantage strenger. »Doch die meisten Plantagen sind illegal«, so die Umweltaktivisten Feri Irawan, ehemaliger Direktor von *Walhi Jambi*, heute bei der Umweltorganisation *Perkumpulan Hijau* (Grüner Verein) und Nordin und Udin von *Save Our Borneo*, Zentralkalimantan. Viele Palmölunternehmen agieren willkürlich und setzen ihre Interessen auch mit Gewalt durch. Die Organisationen haben Rechtsverstöße dokumentiert, über die sie bei der Veranstaltung berichteten.

In Berlin begleitete Marianne Klute die Gruppe zu politischen Gesprächen mit den Abgeordneten Christoph Strässer, SPD; Eva Bülling-Schröter, Die Linke und Uwe Keckeritz, Die Grünen, und einem Fachgespräch, das von Ute Koczy, MdB Die Grünen, organisiert worden war.

Der viertägige Besuch gab auch ausreichend Gelegenheit für individuelle Gespräche. Anschließend reiste die Delegation nach Hamburg weiter, wo sie bei klirrender Kälte mit bemaltem nacktem Oberkörper vor der *Unilever*-Zentrale demonstrierten. Sie forderten, dass sich *Unilever*, ein wichtiger Abnehmer des Palmöls von *Wilmar*, bei diesem Lieferanten für die Rückgabe des geraubten Landes einsetzt. Das gesamte Besuchsprogramm wurde von *Rettet den Regenwald*, *Robin Wood* und *Watch Indonesia!* gemeinsam gestaltet.

## Papua: Die Würde ist (un)antastbar

Als Vikarin hat sie das blutige Massaker auf Biak erlebt, jetzt setzt sich Dora Baluban als Pfarrerin und Koordinatorin des Büros für *Gerechtigkeit, Frieden und Erhalt der Schöpfung der evangelischen Kirche Papuas* (JPIC) für die Menschenrechte ein. Auch der Kulturanthropologe Ibrahim Peyon und Josef Rumasep, führender *ELHAM*-Mitarbeiter, heute bei *BP*, berichteten am ersten Abend des Partnerschaftsseminars, das vom 20. bis 22. Januar in Waldbröl stattfand, von prägenden Erlebnissen, die zum Auslöser für ihr Engagement wurden.

Am Samstag standen Vorträge und Arbeitsgruppen auf dem Programm. Dora Baluban sprach über »Menschenrechte aus Sicht der Evangelischen Kirche Papua« und Kristina Neubauer über »Rechtsstaatlichkeit in Indonesien?« In seinem Vortrag »Menschenrechte im

Kontext indigener Kulturen in Papua« nannte Ibrahim Peyon im Gegensatz zu seinen Vorrednerinnen individuelle Menschenrechte ein westliches Konzept, wohingegen bei den Papua das Bewusstsein von Recht stark ausgeprägt sei. Recht im Sinne der Yali, der Ethnie, welcher Peyon angehört, ist Recht auf Besitz. Stark ausgeprägt, so Peyon, sei das Wissen um die Rechte einzelner Sippen, um die Abstammung und das Gefühl der Verbundenheit mit der Natur. Übertretungen der Rechte haben Krieg zur Folge. Daneben gebe es andere Formen der Konfliktlösung mittels verwandtschaftlicher Beziehungen oder über führende Persönlichkeiten. Nur bei Mord könne kein Ausgleich geschaffen werden, was Peyon als hohe Wertschätzung des Menschen interpretierte. Über seine abschließende Forderung, den »*Act of Free Choice*« zu revidieren und ein neues Referendum abzuhalten, wurde sehr kontrovers diskutiert.

Die Arbeitsgruppen beschäftigten sich mit den Themen Frauenrecht als Menschenrecht, dem Recht auf Identität der Papua und mit Landrechten. Marianne Klute leitete die Arbeitsgruppe zu Landrechten (Das Recht auf Lebensraum) und Monika Schlicher nahm an der Arbeitsgruppe »Das Recht auf (Papua) Identität« teil. Neben den ernstesten Themen kam Visuelles nicht zu kurz. Eine traurig-amüsante Diaschau über Straßenbau in Papua von Friedrich Tometten, ein Film über das 50-jährige Jubiläum der Mission bei den Yali und viele Gespräche rundeten das Programm ab.

## Coordination Meeting on Indonesia

Die Tragödie von Mesuji auf Sumatra, bei der es zu grausamen Morden kam, hat uns, gemeinsam mit anderen europäischen NGOs, bewegt, einen Brief an den in Brüssel ansässigen indonesischen Botschafter für die EU zu richten. Darin brachten wir unsere Besorgnis über die Eskalation von Menschenrechtsverletzungen in Zusammenhang mit der Ausbeutung der Naturressourcen zum Ausdruck. Zur zukünftigen besseren Koordinierung initiierte das Büro von 11.11.11 ein Treffen am 23. Januar 2012 in Brüssel. Die Teilnehmer (*Rainforest Norway*, *Swedish Society for Nature Conservation*, *Watch Indonesia!*, *Oxfam Novib*, *Hivos*, *Down To Earth*, *Protection International*, *Friends of the Earth Europe*, *FIDH* und *11.11.11*) entwarfen ein Mapping ihrer Arbeit zu Indonesien und diskutierten bessere Vernetzung und Koordination. Marianne Klute nahm für *Watch Indonesia!* an dem Treffen teil.

## Brief an das Parlament von Osttimor zu Empfehlungen der Wahrheitskommissionen

Im vergangenen Oktober unterzog sich Osttimor beim Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen turnusgemäß dem *Universal Periodic Review*. Viele Staaten, darunter auch Deutschland, hinterfragten kritisch den Umgang mit der belasteten Vergangenheit und die mangelnde Umsetzung der Empfehlungen der Wahr-

heitskommissionen (CAVR & CTF). Osttimor unterstrich seine Bereitschaft, den Opfern von Menschenrechtsverletzungen Unterstützung zukommen zu lassen.

In Osttimor warten die Opfer von Menschenrechtsverletzungen von 1974 bis 1999 noch immer auf Anerkennung und Gerechtigkeit. Gesetzesvorlagen für ein Institut des Erinnerns (*Instituto da Memória*). Ein Reparationsprogramm, welches symbolische und materielle Maßnahmen zur Unterstützung von Opfern von Menschenrechtsverletzungen vorsieht, hat das Parlament im September 2010 zwar angenommen, weiterführende Beratungen zur Umsetzung aber vertagt. Diese Entscheidung war einem Antrag der Veteranenpartei UNDERTIM geschuldet, die zunächst mindestens 75% aller Veteranen im Programm für Pensionen aufgenommen sehen möchte, bevor das Parlament Maßnahmen für zivile Opfer beschließt. Opfer- und Menschenrechtsorganisationen fordern seither das Parlament auf, die Gesetzesvorlagen umzusetzen.

Zur Unterstützung der zivilgesellschaftlichen Organisationen in Osttimor wandte sich *Watch Indonesia!* im Januar in einem offenen Brief an den Präsidenten des Nationalen Parlaments, Fernando Lasama de Araujo. Wir machten uns dafür stark, eine abschließende Debatte zur Implementierung der Gesetze noch vor Ende der Legislaturperiode zu führen. Nicht nur für die Überlebenden von Menschenrechtsverletzungen, sondern für die Nation als Ganzes wäre eine gesetzliche Umsetzung der CAVR und CTF-Empfehlungen 20 Jahre nach dem Santa-Cruz Massaker und 10 Jahre nach Erreichen der Unabhängigkeit von immenser Bedeutung. Wir brachten in dem Schreiben gleichfalls unser Bedauern zum Ausdruck, dass die Debatte über die Gesetze mit der Kompensation der Veteranen verbunden wurde. Keinesfalls sollte eine Konkurrenzsituation entstehen. Vielmehr gilt es beide Gruppen für ihr Leiden und ihre Aufopferung anzuerkennen und zu entschädigen.

Gleichfalls haben wir uns an den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe des Deutschen Bundestages gewandt und ihn gebeten, sich mit einem entsprechenden Schreiben an den Parlamentspräsidenten von Osttimor zu wenden. Der Ausschuss hat die Arbeit der nationalen Wahrheits- und Versöhnungskommission CAVR politisch begleitet, die vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanzielle Unterstützung erhielt.

Watch Indonesia!: Open Letter: Legislation to implement CAVR and CTF recommendations

[www.watchindonesia.org/Lasama24.1.12.htm](http://www.watchindonesia.org/Lasama24.1.12.htm)

## Unilever: Goldmedaille für Nachhaltigkeit

Dass ausgerechnet der Großkonzern *Unilever* mit einer Goldmedaille für Nachhaltigkeit ausgezeichnet wurde, hat viele verblüfft. Verliehen wurde die Medaille von der Verbraucher-Initiative, die sich eigentlich der fehlenden Nachhaltigkeit bei der Massenproduktion, insbesondere von Palmöl, bewusst sein müsste. Gemeinsam mit *Watch Indonesia!*-Mitglied Christian Offer sprach Marianne Klute am 2. Februar 2012 mit Georg Abel, Bundesgeschäftsführer der Initiative, über Sinn und Zweck der Verleihung. Es zeigte sich, dass nur große Firmen in der Lage sind, den Fragenkatalog zu beantworten, und dass Fragen nach Gewalt und Menschenrechten, der Zerstörung von Regenwald und kleinbäuerlichen Existenzen nur unter »ferner liefen« behandelt wurden.

## Indonesian Creative Economy as Motor for its Economic Strength

Indonesien wird 2013 offizielles Partnerland der *Internationalen Tourismus-Börse Berlin* (ITB) sein. Grund genug für Mari Pangestu, Ministerin für Tourismus und kreative Ökonomie und frühere Handelsministerin (2004-2011), ein Jahr vorher nach Berlin zu kommen. Zu ihrem Begleitprogramm gehörte u.a. eine Vortragsveranstaltung in der *Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik* am 9. März, moderiert von Paul von Maltzahn, dem ehemaligen deutschen Botschafter in Jakarta.

Unter der globalen Krise, so Maltzahn, habe Indonesien nicht gelitten, was aber dem hohen Inlandskonsum zuzuschreiben sei. Das Wirtschaftswachstum werde jedoch mit negativen Folgen für die Umwelt erkaufte. Frau Pangestu gab einen kurzen Abriss der makroökonomischen Situation, die von guter Wirtschaftsgesetzgebung, einer soliden Steuersituation und einem erfolgreichen Schuldenabbau geprägt sei. Regional werde Indonesien in den kommenden fünf Jahren als ASEAN-Mitglied an Bedeutung gewinnen. Kritisch kommentierte sie die steigenden internationalen Investitionen, die ihrer Wertung nach nicht in die für Indonesien wichtigen Sektoren Infrastruktur und Steigerung der Produktionskapazitäten fließen, bevor sie auf den dramatischen Anstieg der Treibstoffpreise einging, die aktuell zu zahlreichen Protesten führten. Frau Pangestu zufolge sollen Sozialprogramme subventioniert werden, um den Preisanstieg aufzufangen.

Den meisten Anwesenden unbekannt war Pangestus neues Aufgabengebiet, die kreative Ökonomie. Diese soll vorhandenes Wissen nutzen und innovative Ideen befördern. Auf die Frage von Marianne Klute nach der mikroökonomischen Situation und der Förderung angepasster Technologien zur Stärkung von Landwirtschaft und Handwerk ging Mari Pangestu wenig ein. Ihr zufolge hat die Regierung zahlreiche Sozialprogramme, mit der mehr Arme als zuvor erreicht werden, nämlich

ein Drittel der 12,8% extrem Armen. Pangestus zweiter Schwerpunkt, der Tourismus, ist mit 9,5% Wachstum (2010) eine vielversprechende Branche, auch wenn Indonesiens Touristenzahlen weit hinter denen der Nachbarstaaten zurückbleiben. In der Diskussion wurde mehrfach betont, dass Indonesien ein unbekanntes Land geblieben ist.

**Begleitveranstaltungen zur 19. Sitzung des UN Menschenrechtsrats in Genf**

Unser Vorstandsmitglied Henri Myrntinen nahm vom 15.-16.3. in Genf an mehreren Veranstaltungen im Rahmen der 19. Sitzung des UN Menschenrechtsrats teil. Das *Faith-Based Network* (FBN) nahm die Debatte über Indonesiens Menschenrechtsbericht zum Anlass, zwei Veranstaltungen zur Lage in Papua und Westpapua zu organisieren. Bei dem *Side Event* zum UN-Menschenrechtsrat sprachen Ferry Marisan, Direktor des Menschenrechtsinstituts *Elsham Papua*, Novel Matindas, Vertreter des indonesischen Kirchenrates (PGI), und Matheus Adadikam, Generalsekretär der Evangelischen Kirche von Westpapua (GKI-TP) zur aktuellen Menschenrechtssituation in den beiden Provinzen. Vor vier Jahren hatte Indonesien beim *Universal Periodic Review* die Empfehlungen zur Verbesserung der Menschenrechtssituation akzeptiert, konkrete Veränderungen ließen sich für Papua jedoch nicht benennen. Die Veranstaltung war rege besucht, sowohl von NGOs als auch von nationalen Delegationen, u.a. der indonesischen. Am folgenden Tag lud das FBN zu einer Diskussion u.a. über den Dialogprozess und die aktuelle Lage nach der Verurteilung der Organisatoren des 3. Papua Kongresses wegen Staatsverrat ein.

Der Vertreter der indonesischen Delegation zeigte sich gesprächsbereit und stritt nicht ab, dass es in den beiden Provinzen Probleme gäbe, unterstrich aber dass die Regierung unter anderem über den UP4B-Mechanismus (Einheit für die die Beschleunigung der [wirt-

schaftlichen] Entwicklung in Papua und Westpapua, s. SUARA Nr. 1/2011, S. 25) sich um eine Verbesserung der Lage kümmern. Auf eine Frage was dies konkret bedeute und ob UP4B aktiv oder suspendiert sei, blieb der Vertreter eine Antwort schuldig.

Am 16.3. wurde im *Universal Periodic Review*-Verfahren der Menschenrechtsbericht zu Osttimors in zweiter Lesung im Rat diskutiert. Der von Botschafter da Fonseca präsentierte Bericht wurde einstimmig angenommen, wobei osttimoresische und internationale Menschenrechtsorganisationen die fehlende Implementierung der Empfehlungen der Wahrheitskommission bemängelten.

**Menschenrechtsverletzungen auf Ölpalmpflanzungen**

Am 20. März 2012 lud *Watch Indonesia!* zu einem Gespräch mit Saurlin Siagaan von *Lentera Rakyat*, Nordsumatra, ein.

»Auf den Großplantagen herrscht ein Kastensystem«, stellte Saurlin Siagaan fest. Kein Arbeiter könne sein Pensum schaffen, deshalb seien mehr als die Hälfte der Arbeitenden nur Tagelöhner ohne Sozialabsicherung. Dazu komme eine hohe Anzahl an unbezahlten »Helfern«, meist Familienangehörige und Kinder. Die Konflikte um Ölpalmpflanzungen haben sich in den letzten Monaten verschärft, berichtete Siagaan. Bauern und Fischer wehren sich vermehrt mit Gewaltaktionen: sie ernten Ölpalmen von Großplantagen oder brennen die Palmen ab, worauf die Unternehmen ihrerseits häufig mit Gewalt reagieren. In der Regel geht es um Land, das die Bevölkerung für sich reklamiert. In der Tat, so musste *Lentera Rakyat* feststellen, haben sehr viele Ölpalmpflanzungen keine Genehmigung, sind also illegal. Ursachen für die aktuelle »Explosion« von Konflikten sind eine Reihe neuer Gesetze, die Landnahme (eher: Landraub) erleichtern, oftmals wird auch auf die erforderliche Umweltverträglichkeitsprüfung verzichtet. In der Folge werden neue Ölpalmpflanzungen nicht nur auf Waldgebieten angelegt, sondern sogar auf Anbauflächen für Nahrungsmittel. »In Nordsumatra findet ein direkter Landnutzungsänderungsprozess statt, d.h. Ölpalmen statt Reisfelder«, so Siagaan.

In direkter Nachbarschaft zu einer Plantage gedeihe kein Reis mehr, so dass auch immer mehr Kleinbauern sich genötigt sehen, Ölpalmen anzubauen. Indonesien muss immer mehr Reis importieren (2,7 Mio t in 2011). Völlig unbegreiflich sei, dass die Regierung der Ernährungssicherheit niedrigere Priorität einräumt als dem Export von Palmöl und stattdessen dem Mangel mit dem Programm »Ein Tag ohne Reis« begegnen wolle. Deshalb fordert *Lentera Rakyat* einen Stopp weiterer Großplantagen. Saurlin Siagaan war auf Einladung von *Brot für die Welt* in Deutschland. In Berlin führte er Lobbygespräche mit Parlamentariern. Marianne Klute begleitet ihn zu einem Fachgespräch mit Eva Bülling-Schröter, MdB Die Linke. ♦



Saurlin Siagaan

Foto: Alex Flor

# Watch INDONESIA!

Urbanstr. 114, 10967 Berlin  
Tel./Fax: +49-30-698 17 938  
e-mail: [watchindonesia@watchindonesia.org](mailto:watchindonesia@watchindonesia.org)  
[www.watchindonesia.org](http://www.watchindonesia.org)

Für Demokratie, Menschenrechte und Umwelt in Indonesien und Osttimor e.V.

Henri Myrntinen, Monika Schlicher und Maria Tszanz (Hg.)  
für Watch Indonesia!

## «Die Freiheit, für die wir kämpfen...»

Osttimor in der Unabhängigkeit.  
Ein politisches Lesebuch.

### Impressum

**SUARA** 21. Jahrgang, Nr. 1, April 2012  
ISSN 1867-3554, vierteljährlich

Verlag und Herausgeber:  
Watch Indonesia! e.V.  
Urbanstr. 114  
10967 Berlin

Tel./Fax: 030 - 698 17 938  
e-mail: [watchindonesia@watchindonesia.org](mailto:watchindonesia@watchindonesia.org)  
[www.watchindonesia.org](http://www.watchindonesia.org)

Redaktion: Alex Flor, Henri Myrntinen, Marianne Klute, Monika Schlicher  
ViSDP: Alex Flor; gedruckt auf Umweltpapier

Registergericht: Amtsgericht Charlottenburg, Berlin  
Registernummer: 14809 Nz  
Steuernummer: 27/681/50628

### SUARA bestellen

#### Abopreise:

Für ein Jahresabo (4 Ausgaben) inkl. Versand berechnen wir:

Deutschland: € 25,-

Ausland: € 35,-

Einzelheft: € 6,50

Senden Sie uns Ihre Bestellung bitte an o.g. Anschrift.

Bitte überweisen Sie die Abogebühr an  
Watch Indonesia! e.V.

Kto. Nr. 2127 101

Postbank Berlin (BLZ 100 100 10)

IBAN: DE96 1001 0010 0002 1271 01

BIC/SWIFT: PBNKDEFF

SUARA - indonesisch für »Stimme« - heißt für uns nicht nur »jemandem eine Stimme geben« oder »für jemanden Stimme sein«. Die SUARA ist unserem Verständnis von Partnerschaft entsprechend auch ein Medium, um Menschen aus Indonesien und Osttimor die Möglichkeit zu geben, mittels eigener Beiträge oder in Form von Interviews selbst die Stimme erheben zu können.

»Die Freiheit, für die wir kämpfen...«  
Osttimor in der Unabhängigkeit.  
Ein politisches Lesebuch.  
Herausgegeben von Henri Myrntinen, Monika Schlicher und Maria Tszanz für Watch Indonesia!

regiospectra verlag berlin  
ca. 190 Seiten  
ISBN: 978-3940-132-26-0  
Preis: 18,90 Euro  
zu beziehen über Watch Indonesia!

